



Bundesministerium
der Finanzen



Monatsbericht des BMF

Oktober 2015

Monatsbericht des BMF

Oktober 2015

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

Redaktioneller Hinweis

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifisch differenzierende Formulierungen - z. B. der/die Bürger/in - verzichtet. Die in dieser Veröffentlichung verwendete männliche Form gilt im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für Frauen wie Männer gleichermaßen.

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2014	6
Chancen und Risiken der Kapitalmarktunion.....	11
Einigung von OECD und G20 auf internationale Standards gegen Gewinnkürzung und -verlagerung multinationaler Unternehmen.....	18
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	26
Konjunktorentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	26
Steuereinnahmen im September 2015	34
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich September 2015	38
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2015	42
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	44
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik.....	49
Termine, Publikationen	51
Statistiken und Dokumentationen	53
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung.....	55
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	86
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes.....	93
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.....	107

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland bleibt wirtschaftlich im Aufschwung. Die Bundesregierung geht in ihrer am 14. Oktober veröffentlichten Herbstprojektion zur wirtschaftlichen Entwicklung von einem realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von + 1,7 % in diesem und + 1,8 % im Jahr 2016 aus. Dank neuer Beschäftigungsrekorde mit mehr als 43 Millionen Erwerbstätigen und unverändert niedrigen Energiepreisen steigt insbesondere der private Konsum und somit die Inlandsnachfrage insgesamt. Die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer steigen spürbar. Wirtschaftliche Schwierigkeiten in einer Reihe von Schwellenländern haben zuletzt Wachstum und Handel der Weltwirtschaft gebremst, wie auch der Internationale Währungsfonds (IWF) auf seiner Herbsttagung am 9. bis 11. Oktober 2015 in Lima im Kreis der 20 wirtschaftlich führenden Nationen (G20) festgestellt hat. Für das kommende Jahr wird allgemein eine Erholung der Weltkonjunktur erwartet, die auch der Wachstums- und Investitionsdynamik der deutschen Wirtschaft zugutekommen wird.

Die deutsche Finanzpolitik trägt mit Kontinuität und Verlässlichkeit zu einem fortgesetzten Aufschwung bei. Wie in jedem Jahr hat Deutschland seine Planungen und Projektionen für die Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen an die Europäische Kommission und die Eurogruppe übermittelt: Für 2015 erwartet die Bundesregierung einen leichten gesamtstaatlichen Finanzierungsüberschuss. Im kommenden Jahr wird nach gegenwärtigen Projektionen infolge höherer Ausgaben vor allem für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern der Finanzierungssaldo nahezu ausgeglichen sein. Die deutsche Finanzpolitik bleibt wachstumsfreundlich ausgerichtet und sichert zugleich in einem schwierigen Umfeld die gesamtstaatliche Handlungsfähigkeit.



Handlungsfähigkeit in wichtigen steuerpolitischen Fragen hat auch die internationale Staatengemeinschaft bewiesen. Die G20-Finanzminister haben sich nach zwei Jahren intensiver Beratung und Zusammenarbeit mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf internationale Standards zur Vermeidung von Gewinnkürzung und Gewinnverlagerung¹ geeinigt. Insgesamt 62 Staaten haben sich auf Empfehlungen zu allen 15 Punkten des Aktionsplans geeinigt. Für Deutschland ist dabei insbesondere von Bedeutung, dass zukünftig die Möglichkeiten des schädlichen Steuerwettbewerbs eingeschränkt, die Effekte hybrider Gestaltungen neutralisiert und die Transparenz zwischen den Steuerverwaltungen verbessert werden können. Die Bundesregierung wird sich daher für eine konsistente Umsetzung der Empfehlungen und für die Fortführung der globalen Kooperation für einen fairen Steuerwettbewerb einsetzen.

Dr. Thomas Steffen
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

¹ Base Erosion and Profit Shifting (BEPS).

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Die Bundesregierung erwartet in ihrer Herbstprojektion für 2015 einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um preisbereinigt 1,7 % und für 2016 von 1,8 %. Die Wachstumserwartung für das Jahr 2015 fällt damit marginal geringer aus als im Frühjahr projiziert (+ 1,8 %). Am aktuellen Rand zeigen die Konjunkturindikatoren eine vorübergehende leichte Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsbewegung an. Dies könnte mit Verunsicherungen aufgrund der seit dem Sommer zunehmenden außenwirtschaftlichen Risiken im Zusammenhang stehen.
- Der Arbeitsmarkt befindet sich nach wie vor in einer sehr guten Verfassung. Der bis zuletzt anhaltende Beschäftigungsaufbau, steigende Löhne und Entlastungen durch niedrige Energiepreise begünstigen die Kaufkraft der privaten Haushalte und damit deren Konsumenthaltung. Das Wirtschaftswachstum wird daher auch weiterhin vor allem von der binnenwirtschaftlichen Nachfrage getragen.
- Der Verbraucherpreisindex verblieb im September auf Vorjahresniveau. Die jährliche Teuerungsrate sank damit auf 0,0 %, den niedrigsten Stand seit Jahresbeginn. Dies war auf den erneuten deutlichen Rückgang bei den Energiepreisen zurückzuführen.

Finanzen

- Im September 2015 sind die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) im Vorjahresvergleich um 3,5 % angestiegen. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern lag 4,0 % über dem Niveau des Vorjahresmonats. Der September ist traditionell aufkommensstark, da Vorauszahlungen auf veranlagte Einkommensteuer und Körperschaftsteuer eingehen; bei beiden Steuerarten wurden kräftige Zuwächse verzeichnet, was auch die günstige Gewinnentwicklung der Unternehmen widerspiegelt.
- Die Einnahmen des Bundes übertrafen das Ergebnis bis September 2014 um 8,2 %. Die Ausgaben des Bundes lagen bis einschließlich September 2015 knapp über dem Niveau (+ 0,5 %) des Vorjahreszeitraums. Niedrigere Zinsausgaben waren hierfür hauptauschlaggebend.

Europa

- Die Finanzminister der Eurogruppe haben am 5. Oktober 2015 die Situation in Griechenland, Reformen im Dienstleistungssektor, Politik im Niedrigzinsumfeld, die spanische Übersicht zur Haushaltsplanung sowie die Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank besprochen.
- Im ECOFIN-Rat am 6. Oktober 2015 standen der verpflichtende automatische Informationsaustausch zu Steuervorbescheiden und Vorabverständigungsvereinbarungen, die Umsetzung der Bankenunion, die Kapitalmarktunion, das Europäische Semester 2015 sowie der Stabilitäts- und Wachstumspakt auf der Tagesordnung.

Analysen und Berichte

Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2014

Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2014

- Das BMF erstellt jährlich eine Statistik über die Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung auf der Grundlage von Meldungen der Länder.
- Die Betriebskartei der Finanzämter erfasst rund 7,9 Mio. Betriebe, davon wurden 2014 insgesamt 192 741 Betriebe geprüft. Das sind 2,4 % aller steuerlich erfassten Betriebe.
- Mehr als 13 000 Prüfer erzielten ein Mehrergebnis¹ von rund 17,9 Mrd. €. Davon entfielen rund 14 Mrd. € auf die Prüfung von Großbetrieben.

1	Betriebsprüfung.....	6
2	Anzahl der Betriebe und geprüfte Betriebe	8
3	Prüfungszeitraum.....	8
4	Prüfereinsatz und Mehrergebnis der Betriebsprüfung	8

1 Betriebsprüfung

Die Außenprüfung ist ein besonderes Mittel zur Erfüllung der den Finanzbehörden gesetzten Aufgabe, die Steuern nach Maßgabe der Gesetze gleichmäßig festzusetzen und zu erheben. Es handelt sich um ein Verfahren zur Ermittlung steuerlich erheblicher Sachverhalte und ist von besonderen Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen geprägt. Die Außenprüfung dient vornehmlich dem Ziel, Steuergerechtigkeit durch gerechte Vollziehung der Steuergesetze zu verwirklichen (BFH²-Urteil vom 2. Oktober 1991, BStBl I S. 220).

Die Außenprüfung ist eine abschließende nachträgliche Überprüfung des Steuerfalls und

bezieht sich auf bestimmte Steuerarten und bestimmte Besteuerungszeiträume.

Unter den Begriff der Außenprüfung fallen mehrere gesonderte Prüfungsdienste der Steuerverwaltung: die Betriebsprüfung, die Umsatzsteuer-Sonderprüfung und die Lohnsteuer-Außenprüfung. Im folgenden Beitrag wird ausschließlich das Ergebnis der steuerlichen Betriebsprüfung dargestellt.

Außenprüfungen sind nach § 193 Absatz 1 Abgabenordnung (AO) bei Steuerpflichtigen zulässig, die einen gewerblichen oder land- und forstwirtschaftlichen Betrieb unterhalten, die freiberuflich tätig sind oder sogenannte bedeutende Einkünfte erzielen. Bei den übrigen Steuerpflichtigen sind Außenprüfungen insbesondere dann zulässig, wenn für die Besteuerung erhebliche Verhältnisse der Aufklärung bedürfen und eine Prüfung im Finanzamt nach Art und Umfang des zu prüfenden Sachverhalts nicht zweckmäßig ist (§ 193 Absatz 2 Nummer 2 AO).

Das BMF erstellt jährlich auf der Grundlage von Meldungen der Länder eine Statistik über die Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung. Die Statistik umfasst ausschließlich die von den Ländern verwalteten Besitz- und Verkehr-

¹ Mehrergebnis: Die Betriebsprüfung ermittelt den steuerlich bedeutsamen Sachverhalt, um die Gleichmäßigkeit der Besteuerung sicherzustellen. Das Mehrergebnis/Arbeitsergebnis ist dabei der Ausdruck, dass für den ermittelten steuerlichen Sachverhalt eine andere Bemessungsgrundlage als die bislang zugrunde gelegte anzusetzen ist. Führt die Betriebsprüfung z. B. zu keiner Änderung der Bemessungsgrundlage, ergibt sich auch kein Mehrergebnis.

² Bundesfinanzhof.

Analysen und Berichte

Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2014

steuern und die Gewerbesteuer. Nicht berücksichtigt werden somit die Einfuhrumsatzsteuer, die Zölle und speziellen Verbrauchsteuern sowie die Gemeindesteuern außer der Gewerbesteuer. Für Zwecke der Außenprüfung werden die Steuerpflichtigen in die Größenklassen

- Großbetriebe (G),
- Mittelbetriebe (M),
- Kleinbetriebe (K) und

- Kleinbetriebe (Kst)

eingeteilt (§ 3 Betriebsprüfungsordnung 2000³).

Dabei wird die Zuordnung zu den Größenklassen vom Umsatz und Gewinn der Steuerpflichtigen abhängig gemacht. Die im Jahr 2014 geltenden Abgrenzungsmerkmale sind aus der Tabelle 1 ersichtlich.

³ BpO 2000.

Tabelle 1: Einheitliche Abgrenzungsmerkmale für den 21. Prüfungsturnus (1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2015)

Betriebsart ¹	Betriebsmerkmale in €	Großbetriebe (G)	Mittelbetriebe (M)	Kleinbetriebe (K)
Handelsbetriebe (H)	Umsatzerlöse oder steuerlicher Gewinn über	7 300 000 280 000	900 000 56 000	170 000 36 000
Fertigungsbetriebe (F)	Umsatzerlöse oder steuerlicher Gewinn über	4 300 000 250 000	510 000 56 000	170 000 36 000
Freie Berufe (FB)	Umsatzerlöse oder steuerlicher Gewinn über	4 700 000 580 000	830 000 130 000	170 000 36 000
Andere Leistungsbetriebe (AL)	Umsatzerlöse oder steuerlicher Gewinn über	5 600 000 330 000	760 000 63 000	170 000 36 000
Kreditinstitute (K)	Aktivvermögen oder steuerlicher Gewinn über	140 000 000 560 000	35 000 000 190 000	11 000 000 46 000
Versicherungsunternehmen Pensionskassen (V)	Jahresprämieeinnahmen über	30 000 000	5 000 000	1 800 000
Unterstützungskassen (U)				alle
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe (LuF)	Wirtschaftswert der selbst- bewirtschafteten Fläche oder steuerlicher Gewinn über	230 000 125 000	105 000 65 000	47 000 36 000
Sonstige Fallart (soweit nicht unter den Betriebsarten erfasst)	Erfassungsmerkmale	Erfassung in der Betriebskartei als Großbetrieb		
Verlustzuweisungsgesellschaften (VZG) und Bauherrengemeinschaften (BHG)	Personenzusammenschlüsse und Gesamtobjekte im Sinne der Nummern 1.2 und 1.3 des BMF- Schreibens vom 13. Juli 1992, IV A 5 - S 0361 - 19/92 (BStBl I S. 404)		alle	
Bedeutende steuerbegünstigte Körperschaften und Berufsverbände (BKO)	Summe der Einnahmen		über 6 000 000	
Fälle mit bedeutenden Einkünften (bE)	Summe der positiven Einkünfte gem. § 2 Absatz 1 Nummern 4-7 EStG (keine Saldierung mit negativen Einkünften)		über 500 000	

¹ Mittel-, Klein- und Kleinbetriebe, die zugleich die Voraussetzungen für die Behandlung als sonstige Fallart erfüllen, sind nur dort zu erfassen.

Quelle: Anlage zum BMF-Schreiben vom 22. Juni 2012 – IV A 4 – S 1450/09/10001 –.

Analysen und Berichte

Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2014

Die Einordnung in eine Größenklasse erfolgt stichtagbezogen alle drei Jahre. Die ab dem 1. Januar 2013 gültigen Abgrenzungsmerkmale für die Größenklassen hat das BMF mit Schreiben vom 22. Juni 2012 (BStBl S. 689) bekanntgegeben.

2 Anzahl der Betriebe und geprüfte Betriebe

Im Jahr 2014 waren in der Betriebskartei der Finanzämter 7 920 418 Betriebe erfasst, von denen 192 741 Betriebe geprüft wurden. Dies entspricht einer Prüfungsquote von 2,4 %. Damit wurde die Prüfungsquote vom Vorjahr konstant gehalten (siehe Tabelle 2).

3 Prüfungszeitraum

Bei Großbetrieben soll der jeweilige Prüfungszeitraum an den vorhergehenden Prüfungszeitraum anschließen (§ 4 Abs. 2 BpO 2000), um eine durchgehende Prüfung sämtlicher Veranlagungszeiträume zu erreichen. Für

die übrigen Betriebe ist vorgesehen, dass ein Prüfungszeitraum in der Regel nicht mehr als drei zusammenhängende Besteuerungszeiträume umfasst (§ 4 Abs. 3 BpO 2000).

Um eine effektive Betriebsprüfung zu erreichen, werden die zu prüfenden Betriebe unter Risikogesichtspunkten ausgewählt und nicht schematisch. Das heißt, Großbetriebe werden grundsätzlich lückenlos und andere Betriebe unter Risikogesichtspunkten gezielt geprüft. In Großbetrieben, bei denen im Jahr 2014 eine Außenprüfung abgeschlossen wurde, umfasste der Prüfungszeitraum durchschnittlich 3,3 Veranlagungsjahre, während er sich in einem Kleinbetrieb auf 2,9 Veranlagungsjahre belief (siehe Tabelle 3).

4 Prüferinsatz und Mehrergebnis der Betriebsprüfung

In den Betriebsprüfungen der Länder waren im Jahr 2014 bundesweit 13 533 Prüfer tätig. Es wurde ein Mehrergebnis von rund 17,9 Mrd. € erzielt. 14 Mrd. € Mehrergebnis entfielen auf die

Tabelle 2: Anzahl der Betriebe nach Größenklassen im Berichtszeitraum 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014

Größenklasse	gesamt	darunter geprüft	
	Anzahl	Anzahl	Anteil
Großbetriebe (G)	196 402	42 229	21,5 %
Mittelbetriebe (M)	820 778	53 006	6,5 %
Kleinbetriebe (K)	1 214 853	38 791	3,2 %
Kleinbetriebe (Kst)	5 688 385	58 715	1,0 %
Summe	7 920 418	192 741	2,4 %

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 3: Prüfungszeitraum im Berichtszeitraum 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014

Größenklasse	Großbetriebe (G)	Mittelbetriebe (M)	Kleinbetriebe (K)	Kleinbetriebe (Kst)
Prüfungsturnus in Jahren	3,3	3,0	3,0	2,9

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2014

Prüfung von Großbetrieben. Die Prüfung der Kleinstbetriebe erbrachte ein Mehrergebnis von 1,0 Mrd. € (siehe Abbildung 1).

In der Größenklasse „Großbetriebe“ erhöhte sich das erreichte Mehrergebnis gegenüber dem Vorjahr von 13,4 Mrd. € im Jahr 2013 auf 14,0 Mrd. € im Jahr 2014.

Den größten Anteil am Mehrergebnis für das Jahr 2014 insgesamt hat die Körperschaftsteuer mit 26,8 % beziehungsweise 4 569 710 438 €, gefolgt von der Gewerbesteuer mit 23,0 % (3 913 325 558 €). Daneben haben aber auch die Einkommensteuer mit 17,8 % (3 033 512 268 €) und die Umsatzsteuer mit 11,9 % (2 030 144 051 €) einen wesentlichen Anteil am Mehrergebnis (siehe Abbildung 2).

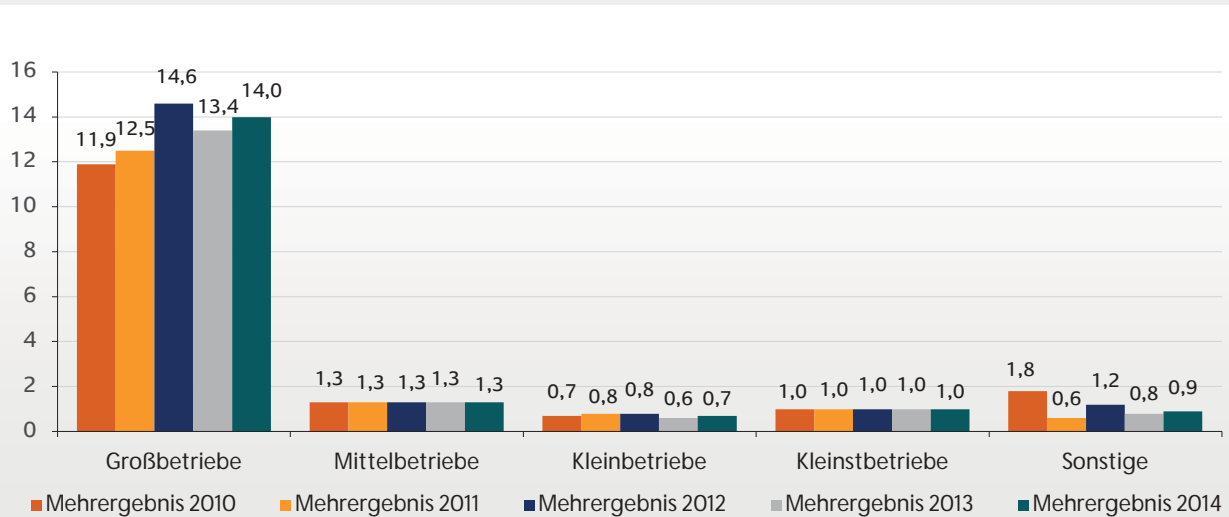
Der Betrag von 881 458 158 € (5,0 %) aus der Prüfung von Bauherrengemeinschaften, Verlustzuweisungsgesellschaften und

sonstigen Steuerpflichtigen entspricht den Mehrergebnissen der Vorjahre.

Das Mehrergebnis im Bereich der Zinsen nach § 233a AO beträgt 2 600 802 745 € (15,3 %) und entspricht damit ebenfalls den Mehrergebnissen der Vorjahre.

Die Verzinsung nach § 233a AO (Vollverzinsung) schafft einen Ausgleich dafür, dass die Steuern trotz des gleichen gesetzlichen Entstehungszeitpunkts zu unterschiedlichen Zeitpunkten festgesetzt und erhoben werden. Insbesondere bei Steuerpflichtigen, die einer Außenprüfung unterliegen, besteht zwischen dem Entstehungszeitpunkt der Steuer und der Fälligkeit der abschließenden Zahlung nach einer Außenprüfung ein erheblicher Zeitraum. Der Zinslauf beginnt 15 Monate nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Steuer entstanden ist, und endet mit Ablauf des Tages, an dem die Steuerfestsetzung wirksam wird.

Abbildung 1: Mehrergebnis nach Größenklassen im Fünfjahresvergleich in Mrd. €

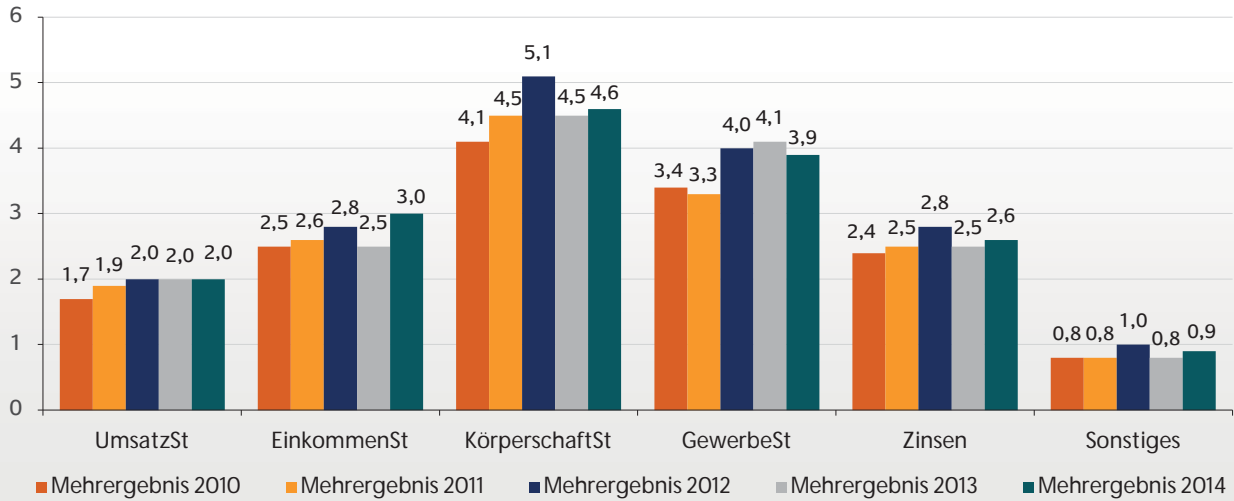


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2014

Abbildung 2: Mehregebnis nach Steuerarten im Fünfjahresvergleich in Mrd. €



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Chancen und Risiken der Kapitalmarktunion

Die Stabilität und Integration der europäischen Finanzmärkte vorantreiben

- Die Kapitalmarktunion stellt einen zentralen Baustein der europäischen Finanzmarktintegration dar. Ihr Ziel ist es, die Rolle der Kapitalmärkte bei der Finanzierung der Realwirtschaft, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie von Infrastrukturprojekten, zu stärken, die nationalen Kapitalmärkte über Ländergrenzen hinweg zu integrieren und das Finanzsystem gegenüber Krisen widerstandsfähiger zu machen.
- Am 30. September 2015 legte die Europäische Kommission hierfür ihren Aktionsplan mit einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen vor, die bis 2019 verwirklicht werden sollen. Das Vorhaben setzt sich teils aus konkreten Gesetzgebungsvorschlägen, teils aus Konsultationen zu weitergehenden Maßnahmen zusammen.
- Deutschland begleitet den Aktionsplan zur Kapitalmarktunion konstruktiv. Besonderes Augenmerk liegt darauf, dass der eingeschlagene Weg einer kapitalmarktbasierter Finanzierung eine nachhaltige Marktbelebung zur Stärkung der Wachstumskräfte erreicht, gleichzeitig aber keine neuen Risiken für die Finanzstabilität Europas begründet, sondern eine strukturelle Verbesserung des Unternehmensstandortes in der Europäischen Union sicherstellt.

1	Kapitalmarktunion: Weitere Vertiefung und Integration der europäischen Finanzmärkte	11
1.1	Ausgangspunkt	11
1.2	Beweggründe für eine weitere Vertiefung und Integration	12
2	Wesentlicher Inhalt des Aktionsplans	13
3	Die Kapitalmarktunion zum Erfolg führen	15
3.1	Langfristvorhaben	15
3.2	Europäischer Ansatz	15
3.3	Beachtung wichtiger Grundprinzipien	16
3.4	Kleine und mittlere Unternehmen als Schwerpunkt	16
3.5	Einbettung in umfassende Strategie	17

1 Kapitalmarktunion: Weitere Vertiefung und Integration der europäischen Finanzmärkte

1.1 Ausgangspunkt

Die Kapitalmarktunion ist gegenwärtig das politisch bedeutsamste Projekt der Europäischen Kommission und des Rates in der Finanzmarktpolitik für die 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). Es ist ein

Langfristvorhaben, dessen konkrete Ausgestaltung noch nicht abschließend bestimmt ist.

Den Auftakt der Arbeiten zur Kapitalmarktunion markiert die Rede des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean Claude Juncker, anlässlich der Bestätigung seiner Ernennung durch das Europäische Parlament am 15. Juli 2014. Hierin beschreibt er die Zielsetzungen einer Kapitalmarktunion wie folgt: „Wir müssen die neuen europäischen Bankenvorschriften durch eine Kapitalmarktunion vervollständigen.

Analysen und Berichte

Chancen und Risiken der Kapitalmarktunion

Um die Finanzierung unserer Wirtschaft zu verbessern, sollten wir die Entwicklung und Integration der Kapitalmärkte weiter vorantreiben. Dies würde die Kapitalbeschaffung insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen verbilligen.“

1.2 Beweggründe für eine weitere Vertiefung und Integration

Im Wirtschaftskreislauf nehmen die Finanzmärkte insbesondere zwei Schlüsselaufgaben wahr, die über die Kapitalmarktunion gestärkt werden sollen:

a. Kapitalversorgung für die Realwirtschaft

Gegenwärtig spielt der Kapitalmarkt bei der Finanzierung der Unternehmen in vielen Mitgliedstaaten der EU nur eine untergeordnete Rolle. Zwar konnten die europäischen Kapitalmärkte in den vergangenen zwei Jahrzehnten moderat wachsen. Zwischen 1992 und 2013 nahm die Marktkapitalisierung der Aktienmärkte von 1,3 Bio. € auf 8,4 Bio. € zu, während der Wert der ausstehenden Anleihen von 4,7 Bio. € auf 22,3 Bio. € kletterte. Gemessen an den USA sind jedoch einige Marktsegmente in Europa erheblich weniger stark ausgeprägt, obwohl die EU wirtschaftlich etwas größer ist als die USA.

Spiegelbildlich übernehmen Banken eine deutlich größere Rolle bei der Unternehmensfinanzierung als in den USA. Europäische Unternehmen finanzieren sich extern – etwa zu 70 % über Banken und zu 30 % über den Kapitalmarkt. In den USA stellt sich die Gewichtung in etwa umgekehrt dar. Kleine Unternehmen finanzieren sich dagegen sowohl in den USA als auch in der EU hauptsächlich über Bankkredite.

Ein stärkeres Zusammenwachsen der bislang fragmentierten Kapitalmärkte über die Landesgrenzen hinaus soll zur Realisierung von Größenvorteilen und Effizienzgewinnen in den Kapitalmärkten führen und auf diese

Weise die Kapitalversorgung des Realsektors verbessern. Die Diversifizierung und Verbreiterung der Finanzierungsquellen würde gleichzeitig die Liquidität der Kapitalmärkte erhöhen, sodass eine bestimmte Menge von Aktien, Anleihen oder Kapitalkontrakten jederzeit gehandelt werden könnte, ohne dass eine einzelne Transaktion den Marktpreis wesentlich beeinflussen würde. Ein Markt mit hoher Liquidität erleichtert die Preisfindung, da aufgrund des hohen Umlaufs zu jedem Angebot einfacher eine Nachfrage und umgekehrt gefunden werden kann.

b. Gesamtwirtschaftliche Stabilisierung

Kapitalmärkte können größere realwirtschaftliche Verwerfungen im Zuge von Banken Krisen abfedern, da sie als komplementäre Finanzierungsquelle für Unternehmen zur Verfügung stehen. So konnte sich die US-amerikanische Realwirtschaft von der jüngsten Bankenkrise rasch erholen, während europäische Banken – insbesondere in den peripheren Mitgliedsländern – ihre Kreditvergabe an die Privatwirtschaft stark zurückfuhren, ohne dass eine analoge Kompensation auf Seiten der Kreditnehmer stattfinden konnte. Die Bankenkrise ging somit nahezu ungebremst auf die Realwirtschaft über und mündete in geringen Investitionsquoten und Wachstum im Privatsektor. Stärker ausgebaute Kapitalmärkte können diesen Übertragungsmechanismus und daher eine solche Krisenanfälligkeit abschwächen.

Zudem haben gut funktionierende Kapitalmärkte das Potenzial, Chancen und Risiken zu streuen und an Anleger weiterzugeben, die bereit sind, die Risiken zu tragen. Dies könnte die wirtschaftliche Entwicklung im Konjunkturverlauf stabilisieren. Kapitalmärkte können Stoßdämpfer sein, wenn sich eine wirtschaftliche Lage verschlechtert. Die puffernde Kapazität der Kapitalmärkte ist besonders hoch, wenn Kapital in Form von Eigenkapital gewährt wird.

Analysen und Berichte

Chancen und Risiken der Kapitalmarktunion

Bei der Fremdkapitalfinanzierung passen sich die Bedingungen von Schuldverträgen typischerweise nicht an die Situation des Kreditnehmers an. Der Rückzahlungsbetrag ändert sich nicht, wenn der Kreditnehmer in Schwierigkeiten gerät. Zu einer Risikoteilung mit dem Gläubiger kommt es nur, wenn dieser weitere Kredite vergibt, um die Schwierigkeiten zu überbrücken, oder wenn eine Schuldenrestrukturierung vorgenommen wird.

Der Wert des Eigenkapitals passt sich hingegen immer der jeweiligen Situation an. Eigenkapital wirkt wie eine Versicherung gegen Risiken und bildet einen Puffer, der Verluste auffangen kann. Eine stärkere Eigenkapitalfinanzierung beugt damit Insolvenzen vor und mildert die Schwankungen von Investitionen und Wachstum. Die stabilisierende Funktion des Eigenkapitals war auch während der Marktspannungen aufgrund der Schuldenkrise zu beobachten. Die Fremdkapitalfinanzierung war anfälliger für Kapitalflucht als die Eigenkapitalfinanzierung.

Die puffernde Wirkung der Kapitalmärkte im Konjunkturverlauf zeigt sich insbesondere in den kapitalmarktorientierten USA. Die integrierten Märkte für Eigenkapital in den USA federn rund 40 % der gesamten konjunkturellen Schwankungen zwischen den Bundesstaaten ab. Trifft ein abrupter wirtschaftlicher Einbruch eine Industrie oder eine Region, so werden seine Wirkungen über die direkt betroffene Region hinaus über viele Märkte gestreut. Im Gegenzug sind die über das ganze Land verteilten Eigentümer in guten Zeiten an den Gewinnen beteiligt. Die Bedeutung der Kreditmärkte als Puffer ist deutlich geringer: Rund 25 % der konjunkturellen Schwankungen werden über die Kreditmärkte abgefangen. Die geringste Bedeutung haben fiskalische Puffer: Nur 10 % bis 15 % der wirtschaftlichen Schocks werden über die öffentlichen Haushalte abgefedert. Insgesamt werden über die drei Kanäle knapp 80 % eines wirtschaftlichen Schocks

abgefedert, bevor sie den privaten Konsum dämpfen können.¹

In Europa stellt sich die Situation etwas anders dar. Hier sind es vor allem die Kreditmärkte, die als Puffer dienen. Insgesamt werden nur 40 % eines Schocks abgefedert, bevor sie den privaten Verbrauch dämpfen können. Die Rolle der Kapitalmärkte zu stärken und sie stärker über die Ländergrenzen hinweg zu integrieren, könnte dazu beitragen, die Risikoteilung in Europa zu verbessern und Schwankungen des privaten Konsums abzumildern.

2 Wesentlicher Inhalt des Aktionsplans

Die Europäische Kommission betont in ihrem Aktionsplan, dass eine Kapitalmarktunion nicht durch eine einzige Maßnahme geschaffen werden kann. Erforderlich wären eine Vielzahl von Maßnahmen und stufenweises Vorgehen in sechs prioritären Bereichen. Jede einzelne Maßnahme für sich genommen hätte eine geringe Wirkung, aber in der Summe würden die Einzelmaßnahmen eine signifikante Verbesserung bringen. Der Aktionsplan beschreibt nachfolgende sechs Ziele, zu deren Verwirklichung verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen werden:

1. Marktbasierte Wachstumsfinanzierung für Start-ups und KMU,
2. Vereinfachung des Kapitalmarktzugangs für KMU,
3. Förderung von Langfrist-, Infrastruktur- und nachhaltigen Investitionen,
4. Stärkung von Privatanlegern und institutionellen Investoren,

¹ Vergleiche IMF Staff Discussion Note (2013), Toward a Fiscal Union for the Euro Area, Washington D.C.

Analysen und Berichte

Chancen und Risiken der Kapitalmarktunion

5. Unterstützung der Banken bei ihrer Finanzierungsaufgabe und
6. Vereinfachung von grenzüberschreitenden Investitionen.

Der Aktionsplan ist das Ergebnis der Auswertung von mehr als 700 Stellungnahmen einer zuvor durchgeführten öffentlichen Konsultation (Grünbuch vom 18. Februar 2015), an der sich auch die Bundesregierung beteiligt hatte.

Maßnahmen, die mit dem Aktionsplan vorgelegt wurden, sind:

Neue Vorschriften für Verbriefungen: Bei Verbriefungen werden Vermögenswerte (z. B. Autokredite oder Darlehen an KMU), in aller Regel durch einen Kreditgeber wie z. B. eine Bank, gebündelt und als Finanzinstrument aufgelegt, das dann von Anlegern erworben werden kann. Auf diese Weise kann eine größere Zahl von Anlegern erreicht werden, wodurch die Liquidität steigt und Kapital der Banken für neue Kredite freigesetzt wird. Der Plan schlägt einen Rechtsrahmen für Verbriefungen vor, die einfach, transparent und standardisiert sind und einer angemessenen Aufsicht unterliegen; für diese werden die Kapitalanforderungen erleichtert. Würden die Verbriefungsemissionen in der EU wieder das Volumen erreichen, das sie vor der Krise im Durchschnitt aufgewiesen hatten, so würde dies nach den Schätzungen der Kommission zwischen 100 Mrd. € und 150 Mrd. € zusätzliche Finanzmittel für die Wirtschaft freimachen.

Neue Behandlung von Infrastrukturprojekten im Rahmen von Solvabilität II (Bestimmungen der Eigenkapitalrichtlinie für Versicherer): Investitionen in Infrastrukturprojekte sind von zentraler Bedeutung, um das Wachstum zu unterstützen, doch sind für solche Projekte hohe Summen an langfristiger Finanzierung erforderlich. Die Versicherungswirtschaft bietet günstige Voraussetzungen, um langfristige Finanzierung bereitzustellen.

Die Kommission will ungerechtfertigte aufsichtsrechtliche Hindernisse beseitigen, damit Versicherer bei europäischen Infrastrukturprojekten eine bedeutende Rolle spielen können. Auf der Grundlage einer Empfehlung der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) legt die Kommission Rechtsvorschriften vor, um eine eigene Anlageklasse für Infrastrukturinvestitionen zu schaffen und die vorgeschriebene Eigenmittelunterlegung der Schuldtitel- und Beteiligungsinvestitionen von Versicherern in qualifizierte Infrastrukturprojekte abzusenken.

Öffentliche Konsultation zu Risikokapital: Nicht an der Börse notierte KMU haben häufig insbesondere in der Startphase Probleme, herkömmliche Bankkredite zu erhalten und können sich Kapital auch nicht über die Aktienmärkte beschaffen. Alternativen wie Risikokapitalfonds können ihnen helfen, zu expandieren und sich weiterzuentwickeln. Mit der EuVECA- und der EuSEF-Verordnung² wurden im bestehenden EU-Recht zwei Arten von Investmentfonds geschaffen, die es für private Sparer einfacher und attraktiver machen, in nicht börsennotierte KMU zu investieren. Bei der aufgenommenen Konsultation wird insbesondere die Frage gestellt, ob gezielte Änderungen an diesen Verordnungen die Nutzung dieser Investmentfonds fördern könnten.

Öffentliche Konsultation zu gedeckten Schuldverschreibungen: In vielen EU-Mitgliedstaaten sind gedeckte Schuldverschreibungen – etwa Pfandbriefe – ein wichtiges Instrument der langfristigen Finanzierung, um dem Immobilienmarkt und dem öffentlichen Sektor Finanzierung zuzuführen. Bei der Emission gedeckter Schuldverschreibungen sind die europäischen Kreditinstitute weltweit führend, doch

²EuVECA: European Venture Capital Funds Regulation; EuSEF: European Social Entrepreneurship Funds Regulation.

Analysen und Berichte

Chancen und Risiken der Kapitalmarktunion

ist der Markt derzeit noch nach Ländern aufgesplittet. Die Kommission führt eine Konsultation zu einem europaweiten Rahmen für gedeckte Schuldverschreibungen durch. Ein solcher Rahmen soll auf gut funktionierenden nationalen Regelungen aufbauen, ohne diese zu beeinträchtigen, und sich auf hochwertige Standards und bewährte Verfahren der Märkte zu stützen. Nach Abschluss der Konsultation wird die Kommission entscheiden, ob die EU tätig werden muss.

Gesamtwirkung der Finanzmarktgesetzgebung: Die Kommission leitet eine Sondierung ein, um die kumulativen Auswirkungen und Wechselwirkungen der geltenden Finanzmarktvorschriften abzuschätzen. Im Rahmen der Konsultation will die Kommission nicht nur etwaige Widersprüchlichkeiten, Inkohärenzen und Regulierungslücken ermitteln, sondern auch unnötige regulatorische Belastungen und andere Faktoren, die sich langfristig negativ auf Investitionen und Wachstum niederschlagen.

Weitere Maßnahmen des Aktionsplans, die noch in diesem Jahr vorgelegt werden sollen, sind:

- Modernisierung der Prospektrichtlinie, damit die Kapitalbeschaffung für Unternehmen günstiger wird. Bürokratische Hürden bei der Kapitalbeschaffung von KMU über Aktien- und Anleihemärkte sollen gesenkt werden.
- Ein Grünbuch über Finanzdienstleistungen für Verbraucher mit dem Ziel, Wahlfreiheit und Wettbewerb bei grenzüberschreitenden Finanz- und Versicherungsdienstleistungen für Verbraucher anzukurbeln.

Als längerfristige Maßnahmen enthält der Aktionsplan (ab 2016) u. a.:

- Im 4. Quartal 2016 will die Kommission einen Vorschlag für eine

grundlegende EU-Regulierung für Unternehmensinsolvenzen vorlegen, u. a. um eine frühzeitige Sanierung von Unternehmen zu erleichtern.

- Entwicklung und Umsetzung einer Strategie zur Stärkung der Aufsichtskonvergenz sowie Vorschlag zur „Governance“ und Finanzierung der Europäischen Aufsichtsbehörden (2016).
- Maßnahmenpaket zur Förderung von Wagniskapitalfinanzierung (2016/2017).
- Untersuchung der Notwendigkeit eines EU-Rahmenwerks für kreditvergebende Fonds (bis Ende 2016).
- Bericht über Arbeiten zur Beseitigung von Hindernissen des freien Kapitalverkehrs (bis Ende 2016).

3 Die Kapitalmarktunion zum Erfolg führen

3.1 Langfristvorhaben

Kernziel der Kapitalmarktunion ist es, das Wachstumspotenzial Europas zu stärken, indem die Unternehmensfinanzierung über Kapitalmärkte erleichtert wird. Der Aktionsplan berücksichtigt, dass dies ein schrittweise zu realisierendes Langfristvorhaben ist. In vielen Bereichen werden weitere Analysen und Konsultationen vorgeschlagen, um die Hemmnisse für das Zusammenwachsen der Kapitalmärkte präzise zu identifizieren und tragfähige Vorschläge für die Verbesserung von Finanzierungsmöglichkeiten zu entwickeln. Die gründliche Vorbereitung einzelner Maßnahmen ist eine wichtige Voraussetzung, um sie am Ende erfolgreich abzuschließen.

3.2 Europäischer Ansatz

Die Systeme der Unternehmensfinanzierung sind in Europa historisch gewachsen und

Analysen und Berichte

Chancen und Risiken der Kapitalmarktunion

pfadabhängig. Richtigerweise nimmt der Aktionsplan die stärkere Marktorientierung der USA als Inspiration und Motivation zu weiteren Reformen. Langfristig kann eine europäische Kapitalmarktunion aber nur Bestand haben, wenn sie auf den Besonderheiten Europas und Traditionen der Mitgliedstaaten fußt.

Weitere Maßnahmen auf dem Weg zur Kapitalmarktunion müssen in einen europäischen Ansatz eingepasst werden. Ein Patentrezept würde den europäischen Bedürfnissen nicht entsprechen. Dafür ist die Ausgangssituation zu heterogen. In Deutschland, Österreich, Dänemark, Griechenland, Italien, Portugal und Spanien gibt es eher bankbasierte Finanzierungssysteme. Demgegenüber ist das System der Unternehmensfinanzierung etwa in den Niederlanden, Großbritannien, Belgien, Finnland und Schweden stärker marktbasierend.

3.3 Beachtung wichtiger Grundprinzipien

Vor dem Hintergrund der genannten Ziele ist die Beachtung einiger wichtiger Grundprinzipien mitentscheidend für die Akzeptanz und den späteren Erfolg der Maßnahmen. Folgende Kriterien sind für jede einzelne Maßnahme des Aktionsplans zu berücksichtigen, wenn auf europäischer Ebene darüber entschieden wird, wie vorangegangen werden soll:

- Ist der Nutzen der Maßnahme größer als die Belastungen beziehungsweise Risiken, die mit ihr einhergehen (Verhältnismäßigkeit)?
- Unterstützt sie die Finanzstabilität?
- Achtet sie den Subsidiaritätsgedanken im Zusammenwirken zwischen Union und Mitgliedstaaten?
- Achtet sie bestehende „Best Practices“ und bewährte Strukturen der Mitgliedstaaten und nutzt sie das Vorhandene als

Orientierung für einen europäischen Rahmen?

- Wahrt sie fairen Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Finanzierungsarten und -quellen?

3.4 Kleine und mittlere Unternehmen als Schwerpunkt

Der Aktionsplan setzt einen Schwerpunkt zugunsten von KMU. Viele KMU haben Probleme, günstige Finanzierungen zu bekommen. Dies gilt insbesondere für Unternehmen aus den Mitgliedstaaten, die am stärksten von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen sind. 35 % der Unternehmen des Euroraums erhielten nicht vollständig die Finanzierungen, die sie nachgefragt hatten (2013). Gleichzeitig haben sie einen geringeren Zugang zu Wagniskapital und alternativen Finanzierungen als ihre Wettbewerber in den USA.

Ursächlich für die stärkeren Finanzierungshemmnisse von KMU gegenüber größeren und älteren Unternehmen sind der Mangel an verlässlichen Informationen über den Geschäftsplan, die finanzielle Lage und Profitabilität der Unternehmen für potenzielle Investoren. Zudem fällt es KMU häufig schwer, die Anforderungen an eine Kapitalmarktfinanzierung zu erfüllen, da die Kosten einer Anleihe- oder Aktienemission und die damit einhergehenden Publizitätspflichten oft prohibitiv hoch sind. Infolgedessen sind KMU bislang nicht oder nur eingeschränkt kapitalmarktfähig, weshalb für sie auch zukünftig die Bankenfinanzierung die wichtigste externe Finanzierungsquelle bleiben dürfte.³

³ Vergleiche Holmström, B. und J. Tirole (1997), „Financial Intermediation, Loanable Funds, and the Real Sector“, *Quarterly Journal of Economics* 112, S. 663-691; Beck, T., Demirgüç-Kunt, A., Laeven, L. und R. Levine (2008), „Finance, Firm Size, and Growth“, *Journal of Money, Credit and Banking* 40, S. 1379-1405.

Analysen und Berichte

Chancen und Risiken der Kapitalmarktunion

Weitere Maßnahmen in Verbindung mit dem Aktionsplan der Kapitalmarktunion sollten die Finanzierungsbedingungen für KMU im Blick behalten und sie im Wettbewerb mit größeren Unternehmen nicht benachteiligen. Vor dem Hintergrund der historisch entstandenen Unternehmensstruktur in Europa sollte auch an Verbesserungen der Kreditvergabe vor allem von kleinen regionalen Banken an KMU gedacht werden.

Starke Unternehmen brauchen eine solide Finanzierung. Wachstum braucht starke und zukunftsfähige Unternehmen mit marktreifen Produkten.

3.5 Einbettung in umfassende Strategie

Der Aktionsplan zur Kapitalmarktunion soll Tiefe, Integration, Ergiebigkeit und Weite der Finanzmärkte strukturell verbessern. Solche

strukturellen Veränderungen werden ihre positiven Wirkungen nur vollständig entfalten können, wenn sie von wachstumsorientierter Haushaltskonsolidierung und Struktur-reformen zur Flexibilisierung der Arbeits- und Gütermärkte begleitet werden. Die Kapitalmarktunion ist somit kein Ersatz für die Schaffung attraktiver realwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Der Abbau der öffentlichen und privaten Verschuldung ist weiterhin zentral, um die Wachstumsgrundlagen in der EU zu stärken. Struktur-reformen sind geboten, um günstige Rahmenbedingungen für unternehmerische Investitionstätigkeit zu schaffen. Die Maßnahmen des Aktionsplans zur Stärkung der Eigenkapitalfinanzierung können dazu beitragen, die Standortbedingungen für Unternehmen zu verbessern. Es dürften aber auch weitere Reformen notwendig sein, um das unternehmerische Wachstumspotenzial vollständig auszuschöpfen.

Analysen und Berichte

Einigung von OECD und G20 auf internationale Standards gegen Gewinnkürzung und -verlagerung

Einigung von OECD und G20 auf internationale Standards gegen Gewinnkürzung und -verlagerung multinationaler Unternehmen

- Am 8. Oktober 2015 haben die G20-Finanzminister nach zwei Jahren die finalen Berichte zu dem Aktionsplan gegen BEPS (Base Erosion and Profit Shifting) verabschiedet. Dies ist in dieser komplexen und politisch schwierigen Frage ein großer Erfolg.
- Erstmals haben OECD, G20-Staaten und Entwicklungsländer eng und vertrauensvoll im Steuerbereich zusammen gearbeitet. Verabredet wurden Maßnahmen hin zu einer fairen Besteuerung von Unternehmen. Konkret wurden internationale Standards gegen Gewinnkürzung und -verlagerung multinationaler Unternehmen erreicht.
- Der Fokus liegt nun auf der konsistenten Umsetzung der Ergebnisse und der weiteren Stärkung der internationalen Zusammenarbeit.

1	Einleitung.....	18
2	Wesentliche Ergebnisse des BEPS-Projekts	19
3	Überblick über die Ergebnisse zu den 15 Aktionspunkten	20
3.1	Besteuerung der digitalen Wirtschaft (Aktionspunkt 1)	20
3.2	Hybride Gestaltungen (Aktionspunkt 2)	20
3.3	Erarbeitung von Standards für die Hinzurechnungsbesteuerung (Aktionspunkt 3)	20
3.4	Verhinderung von Steuerverkürzungen durch Regelungen zur Versagung des Zinsabzugs (Aktionspunkt 4)	20
3.5	Arbeiten gegen schädlichen Steuerwettbewerb (Aktionspunkt 5).....	21
3.6	Verhinderung von Abkommensmissbrauch (Aktionspunkt 6)	21
3.7	Aktualisierung des Betriebsstättenbegriffs (Aktionspunkt 7)	22
3.8	Aktualisierung der Verrechnungspreisleitlinien (Aktionspunkte 8 bis 10)	22
3.9	Entwicklung von Methoden zur Messung und Analyse der ökonomischen sowie fiskalischen Auswirkungen von BEPS (Aktionspunkt 11)	23
3.10	Entwicklung von Offenlegungsregelungen für aggressive Steuerplanungen (Aktionspunkt 12)	23
3.11	Verrechnungspreisdokumentation und Country-by-Country-Reporting (Aktionspunkt 13).....	23
3.12	Verbesserung der Verwaltungszusammenarbeit in Verständigungs- und Schiedsverfahren (Aktionspunkt 14)	24
3.13	Multilaterales Instrument (Aktionspunkt 15).....	24
4	Bedeutung für Deutschland	24
5	Bedeutung für die internationale Steuerpolitik.....	25
6	Ausblick	25

1 Einleitung

Bei ihrem Treffen am 8. Oktober 2015 in Lima haben die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20 die Ergebnisse des

gemeinsamen Projekts von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der G20 gegen Gewinnkürzung und Gewinnverlagerung multinationaler Unternehmen (BEPS) gebilligt. Nach über zwei Jahren intensiver

Analysen und Berichte

Einigung von OECD und G20 auf internationale Standards gegen Gewinnkürzung und -verlagerung

internationaler Verhandlungen stellt dies einen Meilenstein in der internationalen Steuerpolitik dar. Noch nie hat es eine so enge Verständigung über internationale Besteuerungsstandards gegeben. Mit der konsistenten Umsetzung der erarbeiteten Empfehlungen können zentrale BEPS-Probleme erheblich reduziert werden.

Hintergrund für dieses Projekt war die zunehmende Beobachtung, dass multinationale Unternehmen unter Ausnutzung von bestehenden Besteuerungsin kongruenzen ihre Steuerlast auf ein Minimum senken können. Dies führt zu Steuermindereinnahmen, aber auch zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen. Denn rein national agierende Unternehmen – das sind in der Regel kleinere und mittlere Unternehmen – können derartige Steuergestaltungen nicht einsetzen. Die Integrität des Steuersystems und der Grundsatz der Steuergerechtigkeit werden infrage gestellt. Unter den Mitgliedstaaten der OECD und G20 bestand Einigkeit darüber, dass diese Probleme nur durch international abgestimmte Maßnahmen beseitigt werden können. Daher hatten die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20 die OECD mit der Erarbeitung entsprechender Lösungsvorschläge beauftragt.

Nachdem bereits im Herbst 2014 erste Ergebnisse zu sieben Aktionspunkten vorgelegen hatten, konnten nun fristgerecht die Arbeiten zu allen 15 Aktionspunkten abgeschlossen werden.

2 Wesentliche Ergebnisse des BEPS-Projekts

Zunächst ist festzuhalten, dass es sich bei den Ergebnissen nicht um bloße Absichtserklärungen, sondern um konkret umsetzbare Empfehlungen handelt. Die Empfehlungen umfassen dabei verschiedene Aspekte der internationalen Besteuerung.

Bereits bestehende Prinzipien des internationalen Steuerrechts wurden überarbeitet,

um unerwünschte Gestaltungsspielräume einzudämmen. Dies betrifft zum einen die Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung, die neben ihrem eigentlichen Sinn, die doppelte Besteuerung zu vermeiden, nun auch immer stärker unter dem Aspekt der doppelten Nichtbesteuerung betrachtet werden. Zum anderen umfasst dies die geltenden Prinzipien zur Bestimmung der Verrechnungspreise für konzerninterne Leistungen auf Basis des international anerkannten Fremdvergleichsgrundsatzes. Daneben wurden erstmals internationale Prinzipien für nationale Besteuerungsregeln entwickelt, z. B. zur Beschränkung des „übermäßigen“ Abzugs von Zinszahlungen die sogenannte Zinsschranke.

Besonders hervorzuheben ist die Eindämmung des schädlichen Steuerwettbewerbs zwischen den Staaten selbst. Zwar gibt es bereits seit 1998 Kriterien für die Beurteilung einer Steuermaßnahme als schädlich; diese wurden seither allerdings nie angepasst und sind als überholt anzusehen. Bei den sogenannten Patentboxregelungen konnten nun erstmals Grenzen gesetzt werden, sodass eine begünstigte Besteuerung künftig nur bei entsprechender wirtschaftlicher Aktivität des Steuerpflichtigen selbst erfolgen darf.

Ein wichtiges Ergebnis des BEPS-Projekts ist auch die verbesserte Transparenz zwischen den Steuerverwaltungen. So soll künftig ein verpflichtender spontaner Informationsaustausch von sogenannten Tax Rulings erfolgen. Auch im Bereich der Dokumentationspflichten für Verrechnungspreise soll den betroffenen Steuerverwaltungen durch das sogenannte Country-by-Country-Reporting (CbCR) ein Überblick über bestimmte Kennziffern im Konzern (Gewinn, Steuern, wirtschaftliche Aktivitäten) ermöglicht werden.

Dabei hat das BEPS-Projekt insgesamt die bereits bestehenden und erprobten Besteuerungsstandards gestärkt. Es kam weder zu radikalen Änderungen von bewährten Prinzipien noch zu einer umfassenden

Analysen und Berichte

Einigung von OECD und G20 auf internationale Standards gegen Gewinnkürzung und -verlagerung

Neuverteilung von Steueraufkommen zwischen den Staaten.

3 Überblick über die Ergebnisse zu den 15 Aktionspunkten

Nachfolgend sollen die Ergebnisse zu den einzelnen Aktionspunkten kurz skizziert werden:

3.1 Besteuerung der digitalen Wirtschaft (Aktionspunkt 1)

Ziel der Arbeiten war es, die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Wirtschaft zu ermitteln und zu überprüfen, ob die derzeitigen Besteuerungsprinzipien angesichts des schnellen technologischen Wandels weiterhin sachgerecht sind. Unter anderem wurde untersucht, ob die Unternehmensbesteuerung künftig an digitale Merkmale anknüpfen sollte (Konzept einer „digitalen Betriebsstätte“).

Im Ergebnis wurde festgestellt, dass die Digitalisierung mittlerweile die gesamte Wirtschaft erfasst und es keine isolierbare „digitale Wirtschaft“ gibt, die vom Rest der Wirtschaft getrennt werden könnte. Dementsprechend wurde die internationale Einführung gänzlich neuer steuerlicher Anknüpfungsmerkmale nicht empfohlen. Stattdessen sollen bestimmte Aspekte der bestehenden Besteuerungsprinzipien (z. B. beim Betriebsstättenbegriff) angepasst werden, um den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Zudem soll die weitere technologische Entwicklung der Digitalisierung beobachtet werden, um zukünftigen Handlungsbedarf rasch ermitteln zu können.

3.2 Hybride Gestaltungen (Aktionspunkt 2)

Hybride Gestaltungen knüpfen daran an, dass bei grenzüberschreitenden Transaktionen die betroffenen Staaten häufig unterschiedliche Regelungen für die steuerliche Einordnung

bestimmter Finanzierungsinstrumente und Gesellschaftsformen anwenden. Dies kann dazu führen, dass diese Vorgänge im Ergebnis in keinem der beteiligten Staaten besteuert werden und sogenannte weiße Einkünfte entstehen.

Um diese Gestaltungsmöglichkeiten einzuschränken, wurden Verknüpfungsregeln entwickelt, die die steuerliche Behandlung solcher Transaktionen in den betroffenen Staaten aufeinander abstimmen. Dadurch soll zielgenau eine Einmalbesteuerung erreicht werden. Ziel ist es, die doppelte Nichtbesteuerung zu beseitigen, ohne gleichzeitig eine Doppelbesteuerung hervorzurufen. Zugleich wurde ein umfassender Leitfaden für die Anwendung dieser Empfehlungen in der Praxis erarbeitet.

3.3 Erarbeitung von Standards für die Hinzurechnungsbesteuerung (Aktionspunkt 3)

Die Hinzurechnungsbesteuerung soll der Verlagerung von Einkunftsquellen auf Gesellschaften in niedrig besteuerte Staaten entgegenwirken. Hinzurechnungsbesteuerungssysteme erreichen dies, indem sie die Einkünfte der ausländischen Gesellschaften den Gesellschaftern zurechnen, wenn die Gesellschaften keiner tatsächlichen wirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen.

Der Bericht zu Aktionspunkt 3 formuliert grundlegende Prinzipien eines effektiven Hinzurechnungsbesteuerungssystems. Deutschland verfügt seit 1972 über ein Hinzurechnungsbesteuerungssystem. Ob und inwieweit aufgrund des Berichts Anpassungen des deutschen Systems angezeigt sind, ist im Einzelnen noch zu prüfen.

3.4 Verhinderung von Steuerverkürzungen durch Regelungen zur Versagung des Zinsabzugs (Aktionspunkt 4)

Unternehmen, die einen Kredit aufnehmen, dürfen die darauf entfallenden Zinszahlungen

Analysen und Berichte

Einigung von OECD und G20 auf internationale Standards gegen Gewinnkürzung und -verlagerung

steuerlich abziehen. Dies kann einen Anreiz für die überhöhte Fremdfinanzierung von Unternehmen darstellen. Zudem ergeben sich Spielräume für Gestaltungen, bei denen die steuerliche Bemessungsgrundlage in einem bestimmten Staat gezielt ausgehöhlt wird. Dagegen können Staaten vorgehen, indem sie die steuerliche Abzugsfähigkeit von Zinszahlungen einschränken, etwa in Abhängigkeit von der Höhe der Erträge des Unternehmens oder von der Höhe der vorhandenen Anlagegüter.

Deutschland hat vor einigen Jahren die sogenannte Zinsschranke eingeführt, die diesen Zweck verfolgt. Im BEPS-Projekt wurde jetzt eine internationale Einigung über die Ausgestaltung solcher Abzugsbeschränkungen erzielt. Das gefundene Ergebnis beruht auf der grundsätzlichen Konzeption der Zinsschranke, lässt aber auch vergleichbare Regelungen zu.

3.5 Arbeiten gegen schädlichen Steuerwettbewerb (Aktionspunkt 5)

Schädlicher Steuerwettbewerb führt zu unerwünschten Gestaltungsmöglichkeiten für Steuerpflichtige und verringert letztlich das Steueraufkommen in allen Staaten. Es gibt daher seit längerem internationale Bestrebungen zur Einschränkung des schädlichen Steuerwettbewerbs. Die bisherigen Regelungen dazu sind jedoch als überholt anzusehen. Im BEPS-Projekt wurden deshalb neue Ansätze entwickelt.

Im Fokus standen dabei Regelungen, mit denen Lizenz Einkünfte steuerlich privilegiert werden (sogenannte Patentboxen). Diese Privilegierung darf künftig nur noch gewährt werden, wenn die zugrunde liegende Forschungs- und Entwicklungstätigkeit vom Unternehmen selbst ausgeübt worden ist. Zudem wurde vereinbart, dass sich die Staaten zukünftig über steuerliche Zusagen, die sie Steuerpflichtigen im Vorfeld grenzüberschreitender Transaktionen erteilen (sogenannte Tax Rulings), gegenseitig ohne vorheriges Ersuchen informieren. Auch die

Europäische Union (EU) hat dahingehend die Amtshilferichtlinien geändert (Einigung auf dem ECOFIN am 6. Oktober 2015).

3.6 Verhinderung von Abkommensmissbrauch (Aktionspunkt 6)

Bei grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Aktivitäten besteht die Gefahr, dass mehrere Staaten dieselben Einkünfte besteuern, weil z. B. die Aktivität eines ausländischen Unternehmens vor Ort besteuert wird und zudem der Sitzstaat des Unternehmens sämtliche Welteinkünfte, einschließlich der ausländischen Aktivitäten, der Besteuerung unterwirft. Um dieses Hindernis für den internationalen Wirtschaftsverkehr abzubauen, schließen Staaten völkerrechtliche Verträge (Doppelbesteuerungsabkommen) ab, die die Besteuerungsrechte zwischen ihnen aufteilen. Weltweit gibt es circa 3000 Doppelbesteuerungsabkommen, und auch Deutschland hat viele solcher Verträge (mehr als 90 Stück) abgeschlossen.

Steuerpflichtige versuchen aber bisweilen, unterschiedliche Bestimmungen in den bilateralen Abkommen und deren Zusammenwirken mit den jeweiligen nationalen Bestimmungen auszunutzen, um Steuern in keinem der betroffenen Staaten zahlen zu müssen oder nicht in der richtigen Höhe. Deswegen wurden im Rahmen des BEPS-Projekts Empfehlungen für Vorschriften zur Verhinderung von Abkommensmissbrauch erarbeitet, sowie die Klarstellung, dass die Anwendung von Doppelbesteuerungsabkommen nicht die vollständige Nichtbesteuerung von Einkünften bezweckt. Die Empfehlungen sollen in das OECD-Musterabkommen aufgenommen werden, welches die Basis für viele der weltweit vereinbarten Abkommen darstellt. Außerdem sollen sie – soweit wie möglich – durch ein multilaterales Instrument (vergleiche Aktionspunkt 15) in die bestehenden Abkommen übernommen werden. Die deutsche Abkommenspolitik ist schon jetzt darauf ausgerichtet, derartige beziehungsweise vergleichbare Regelungen zu vereinbaren.

Analysen und Berichte

Einigung von OECD und G20 auf internationale Standards gegen Gewinnkürzung und -verlagerung

3.7 Aktualisierung des Betriebsstättenbegriffs (Aktionspunkt 7)

Es entspricht internationalem Verständnis, dass ein Staat nicht jede unternehmerische Aktivität ausländischer Steuerpflichtiger auf seinem Territorium besteuern darf. Nur wenn das wirtschaftliche Engagement in einem Staat sich so verdichtet hat, dass eine Betriebsstätte in diesem Staat besteht, darf der Staat die daraus resultierenden Erträge besteuern, wenn mit dem Ansässigkeitsstaat des Unternehmens ein Doppelbesteuerungsabkommen besteht.

Einige Steuergestaltungen zielen darauf ab, das Vorliegen einer Betriebsstätte trotz erheblicher Aktivitäten im anderen Staat zu vermeiden. Beispielsweise wird bei Vertragsschlüssen durch vor Ort befindliche Vertreter eines ausländischen Unternehmens das tatsächliche Aushandeln des Vertrags, das im Staat der Vertragspartner erfolgt, von der formal-rechtlichen Befugnis zum Abschluss des (fertig ausgehandelten) Vertrags getrennt (Unterzeichnung erfolgt im Sitzstaat des Unternehmens), um eine Betriebsstätte und das damit einhergehende Besteuerungsrecht des Staats, in dem die Verträge tatsächlich ausgehandelt und erfüllt werden, zu verhindern. Im Rahmen der Arbeiten zu Aktionspunkt 7 wurden Empfehlungen zur Anpassung des Betriebsstättenbegriffs im OECD-Musterabkommen beschlossen, die bei Übernahme in die jeweiligen Doppelbesteuerungsabkommen solchen und anderen Gestaltungen entgegenwirken.

3.8 Aktualisierung der Verrechnungspreisleitlinien (Aktionspunkte 8 bis 10)

Multinationale Unternehmen (Konzerne, Unternehmensgruppen) sind in einer Vielzahl von Staaten durch rechtlich selbständige Gesellschaften oder Betriebsstätten wirtschaftlich tätig. In diesen Fällen werden Leistungen auch zwischen den einzelnen Mitgliedern des multinationalen Unternehmens grenzüberschreitend erbracht. Damit für

diese grenzüberschreitenden Geschäftsbeziehungen eine zutreffende Besteuerung erfolgen kann, ist ein sachgerechter Verrechnungspreis zu bestimmen. Der international anerkannte Standard für die Bestimmung sachgerechter Verrechnungspreise ist der Fremdvergleichsgrundsatz: Danach sind für Geschäftsvorfälle zwischen verbundenen Unternehmen diejenigen Bedingungen (insbesondere Preise) anzusetzen und für die Besteuerung maßgebend, die in vergleichsbaren Geschäftsvorfällen zwischen voneinander unabhängigen Dritten vereinbart worden wären. Dadurch soll verhindert werden, dass multinationale Unternehmen durch Festlegung fremdunüblicher Bedingungen, insbesondere durch zu hohe oder zu niedrige Verrechnungspreise, Besteuerungssubstrat zwischen den Staaten willkürlich verlagern können.

Im Rahmen der Arbeiten zum BEPS-Projekt wurden die Empfehlungen zum Fremdvergleichsgrundsatz gestärkt, um eine missbräuchliche Verwendung von Verrechnungspreisen einzuschränken und sicherzustellen, dass die Besteuerung der Unternehmensgewinne sich im Einklang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit der Unternehmen und der daraus folgenden unternehmerischen Wertschöpfung befindet. Ein Schwerpunkt dieser Arbeiten war die Konkretisierung der OECD-Verrechnungspreisleitlinien zu Geschäftsvorfällen mit immateriellen Werten, bei denen die Festlegung des fremdüblichen Verrechnungspreises häufig besonders schwierig ist. Weiter wurden die OECD-Verrechnungspreisleitlinien zur Zuordnung von Risiken und Kapital im Konzern und zur Bestimmung von Verrechnungspreisen für Geschäftsvorfälle, die nicht oder nur selten zwischen voneinander unabhängigen Dritten stattfinden, präzisiert. Aus deutscher Sicht ist es von Bedeutung, dass der bestehende einheitliche Standard, der Fremdvergleichsgrundsatz, erhalten bleibt und die Anwendung der OECD-Verrechnungspreisleitlinien zu konsistenten

Analysen und Berichte

Einigung von OECD und G20 auf internationale Standards gegen Gewinnkürzung und -verlagerung

Lösungen führt. Nur eine sachgerechte und auf einheitlichen internationalen Standards beruhende Gewinnabgrenzung gewährleistet die internationale Wettbewerbsneutralität und die Gleichmäßigkeit der Besteuerung. Gleichzeitig kann Doppelbesteuerung vermieden werden.

3.9 Entwicklung von Methoden zur Messung und Analyse der ökonomischen sowie fiskalischen Auswirkungen von BEPS (Aktionspunkt 11)

Wie hoch sind die Steuerausfälle, die durch BEPS-Probleme verursacht werden? Bislang gab es dazu eine Vielzahl unterschiedlicher Einschätzungen, die auf unterschiedlicher Datenbasis zu unterschiedlichen Ergebnissen kamen. Ziel der Arbeiten zu Aktionspunkt 11 war es, hier plausible Bewertungen vorzustellen.

Nach Abschluss der ökonomischen Analyse und einer quantitativen Abschätzung konnte Einvernehmen erzielt werden, dass sich die BEPS-indizierten, weltweiten Steuermindererinnahmen auf 4 % bis 10 % des Unternehmenssteueraufkommens belaufen können. Beleuchtet wurden auch die wirtschaftliche Inzidenz von BEPS-Strategien sowie die Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum und Effizienz. Zudem wurden sogenannte Spillover-Effekte (betreffend den Steuerwettbewerb zwischen den Staaten) erläutert. Diese Analysen sind eine wichtige Grundlage für das weitere Vorgehen. Daneben wurden Indikatoren identifiziert, die die Risikoabschätzung erleichtern.

3.10 Entwicklung von Offenlegungsregelungen für aggressive Steuerplanungen (Aktionspunkt 12)

Eine wachsende Zahl von Staaten verpflichtet Steuerpflichtige beziehungsweise deren Berater, aggressive Steuerplanungen gegenüber der Finanzverwaltung offenzulegen. Auf Basis

dieser existierenden Vorschriften wurden mögliche Elemente einer solchen Anzeigepflicht erarbeitet. Ziel solcher Regelungen ist es in erster Linie, dass die Finanzverwaltung frühzeitig über modellhafte Steuergestaltungen informiert wird, ohne den Steuerpflichtigen und ihren Beratern übermäßige Befolgunlasten aufzubürden.

3.11 Verrechnungspreisdokumentation und Country-by-Country-Reporting (Aktionspunkt 13)

Die zutreffende Besteuerung multinational tätiger Unternehmen kann, insbesondere für den Bereich der Verrechnungspreise für grenzüberschreitende Geschäftsbeziehungen zwischen verbundenen Unternehmen, nur gewährleistet werden, wenn die Finanzverwaltungen die notwendigen Informationen hierzu erhalten.

Bei BEPS-Aktionspunkt 13 wurden standardisierte Dokumentationsanforderungen im Bereich der Verrechnungspreise für multinational tätige Unternehmen vereinbart, damit einerseits die Finanzverwaltungen die notwendigen Informationen erhalten und andererseits die multinationalen Unternehmen ihren Dokumentationspflichten nach einem einheitlichen Standard nachkommen können.

Mit den standardisierten Anforderungen zur Verrechnungspreisdokumentation werden drei Ziele verfolgt: Die multinationalen Unternehmen sollen die Übereinstimmung ihrer Verrechnungspreisgestaltung mit dem Fremdvergleichsgrundsatz darlegen. Den Finanzverwaltungen werden die notwendigen Informationen zur Durchführung eines Risikomanagements für Verrechnungspreise und zur Durchführung einer Verrechnungspreisprüfung bereitgestellt. Hierzu wurde ein dreistufiger Ansatz entwickelt, bestehend aus einem Überblick über die Geschäftstätigkeit des multinationalen Unternehmens und seiner Verrechnungspreispolitik (Master File),

Analysen und Berichte

Einigung von OECD und G20 auf internationale Standards gegen Gewinnkürzung und -verlagerung

einer landesspezifischen Dokumentation der spezifischen Geschäftsvorfälle des Steuerpflichtigen mit verbundenen Unternehmen (Local File) sowie dem sogenannten CbCR. Mit dem CbCR sollen alle betroffenen Steuerverwaltungen einen Überblick über die globale Aufteilung der Erträge und Steuern sowie über bestimmte Indikatoren für die geografische Verteilung der Wirtschaftstätigkeit auf die verschiedenen Staaten erhalten. Für das CbCR ist ein automatischer Informationsaustausch mit den Steuerverwaltungen anderer Staaten vorgesehen, soweit diese Staaten eine entsprechende völkerrechtliche Vereinbarung abgeschlossen haben. Eine Veröffentlichung der Informationen aus der Verrechnungspreisdokumentation – auch des CbCR – ist ausdrücklich nicht vorgesehen.

3.12 Verbesserung der Verwaltungszusammenarbeit in Verständigungs- und Schiedsverfahren (Aktionspunkt 14)

Regelmäßig wird in Doppelbesteuerungsabkommen vereinbart, dass Verständigungsverfahren geführt werden können, um bei divergierenden Auffassungen über die Anwendung der Abkommen zu einem einheitlichen Verständnis zu kommen und im Einzelfall Doppelbesteuerungen zu beseitigen, die trotz der Abkommen eingetreten sind. Im Rahmen von Aktionspunkt 14 haben sich die Staaten dazu verpflichtet, diese Verständigungsverfahren effektiver zu gestalten. So sollen die Staaten z. B. noch stärker dafür Sorge tragen, dass Abkommenskonflikte zeitgerecht erledigt oder schon vorab vermieden werden. Zudem sollen sie den Steuerpflichtigen den tatsächlichen Zugang zu Verständigungsverfahren erleichtern. Eine Reihe von Staaten, zu denen auch Deutschland gehört, hat sich darüber hinaus bereit erklärt, untereinander verbindliche Schiedsverfahren zu vereinbaren, sodass unabhängige Schiedsgerichte über Einzelfälle entscheiden, bei denen sich die beteiligten Staaten nicht auf eine Lösung des Doppelbesteuerungskonflikts einigen konnten.

3.13 Multilaterales Instrument (Aktionspunkt 15)

Damit die vereinbarten BEPS-Maßnahmen zur Änderung von Doppelbesteuerungsabkommen in der Praxis wirksam werden können, müssen die bestehenden Abkommen entsprechend geändert werden; insbesondere zur Umsetzung des Mindeststandards zu Aktionspunkt 6 und Empfehlungen zu Aktionspunkt 7. Die dazu erforderlichen bilateralen Verhandlungen würden sich angesichts der Vielzahl bestehender Abkommen über einen langen Zeitraum hinziehen. Um diesen Prozess zu beschleunigen, soll ein multilaterales Instrument abgeschlossen werden, um die bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen teilweise zu ändern oder zu ergänzen und dadurch die BEPS-Empfehlungen flächendeckend in die Abkommen der am multilateralen Instrument beteiligten Staaten zu übernehmen. Nach Vorlage der endgültigen BEPS-Ergebnisse beginnt jetzt die Erarbeitung des konkreten Entwurfs für das multilaterale Instrument, der Ende 2016 vorliegen soll.

4 Bedeutung für Deutschland

Die Bundesregierung hat sich von Beginn an nachdrücklich für das BEPS-Projekt eingesetzt. Dabei ging es aus deutscher Sicht vor allem darum, dass andere Staaten ihre unfairen Wettbewerbspraktiken aufgeben, gemeinsame Steuerstandards geschaffen und Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Nur so kann ein „level playing field“ erreicht werden.

Deutschland verfügt bereits über ein – im internationalen Vergleich – robustes steuerliches Abwehrrecht. So sind beispielsweise bereits mit der Zinsschranke nach § 4h Einkommensteuergesetz und der Hinzuverdienstbesteuerung nach §§ 7 bis 14 Außensteuergesetz praxiserprobte Maßnahmen gegen Gewinnkürzung und Gewinnverlagerung vorhanden.

Analysen und Berichte

Einigung von OECD und G20 auf internationale Standards gegen Gewinnkürzung und -verlagerung

Daraus folgt, dass für Deutschland kein umfassender Umsetzungsbedarf besteht. Einzelheiten werden derzeit geprüft. In jedem Fall sollte eine Umsetzung mit Augenmaß erfolgen, um übermäßige Belastungen für in Deutschland tätige Unternehmen zu vermeiden.

5 Bedeutung für die internationale Steuerpolitik

Im BEPS-Projekt gab es einen bislang unerreichten Grad der inhaltlichen Abstimmung zwischen OECD- und G20-Staaten sowie Entwicklungsländern über internationale Besteuerungsstandards. Zwar gab und gibt es unterschiedliche Interessen der Staaten, jedoch verliefen die Diskussionen stets konstruktiv und lösungsorientiert. Dabei zeigten alle Staaten ein hohes Maß an Kompromissbereitschaft. Diese beispiellose Zusammenarbeit hat auch den Weg für die Bewältigung künftiger Herausforderungen in der internationalen Steuerpolitik geebnet. Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, dass die internationale Kooperation der Finanzverwaltungen weiter intensiviert wird.

6 Ausblick

Nach dem erfolgreichen Abschluss des BEPS-Projekts kommt es jetzt darauf an,

dass die erarbeiteten Maßnahmen von den einzelnen Staaten umgesetzt werden. Die OECD-Empfehlungen entfalten insofern zwar keine rechtliche, wohl aber eine politische Verpflichtung der beteiligten Staaten. Deshalb wird darauf zu achten sein, dass die Umsetzung möglichst konsistent erfolgt. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass neue Besteuerungsinkongruenzen entstehen und einzelne Staaten sich durch die Nichtumsetzung einen Wettbewerbsvorteil verschaffen würden.

Zu diesem Zweck haben sich die Staaten auf ein einheitliches Monitoring-Verfahren geeinigt, in dem die Umsetzung der Empfehlungen und deren Funktionsweise überwacht werden soll. Dadurch kann auch schneller auf mögliche neue Besteuerungslücken reagiert werden.

Auch wenn mit dem BEPS-Projekt wesentliche BEPS-Probleme eingegrenzt werden konnten, besteht weiterhin Handlungsbedarf. Die Bundesregierung setzt sich intensiv für die Lösung der BEPS-Probleme, für die das Recht der EU und der EU-Mitgliedstaaten ursächlich sind, ein. Insbesondere soll eine angemessene Besteuerung von Lizenzzahlungen innerhalb der EU sichergestellt werden. Eine dahingehende Änderung der Zins- und Lizenzrichtlinie wird gegenwärtig in den zuständigen Ratsgremien diskutiert. Insofern bleiben Fragen des schädlichen Steuerwettbewerbs und der aggressiven Steuerplanung auf der Tagesordnung der internationalen Steuerpolitik.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunktorentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Konjunktorentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die Bundesregierung erwartet in ihrer Herbstprojektion für 2015 einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um preisbereinigt 1,7 % und für 2016 von 1,8 %. Die Wachstumserwartung für das Jahr 2015 fällt damit marginal geringer aus als im Frühjahr projiziert (+ 1,8 %). Am aktuellen Rand zeigen die Konjunkturindikatoren eine vorübergehende leichte Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsbewegung an.
- Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt setzte sich fort. Eine leichte Abschwächung ist zur Quartalsmitte bei Außenhandel und Industrie zu beobachten. Dies könnten erste Auswirkungen der seit dem Sommer zunehmenden außenwirtschaftlichen Risiken sein.
- Der Verbraucherpreisindex verblieb im September auf Vorjahresniveau. Die jährliche Teuerungsrate sank damit auf 0,0 %, den niedrigsten Stand seit Jahresbeginn. Dies war auf den erneuten deutlichen Rückgang bei den Energiepreisen zurückzuführen.

Herbstprojektion der Bundesregierung: Verhaltener Konjunkturaufschwung setzt sich fort

Die makroökonomischen Rahmenbedingungen sprechen für eine Fortsetzung des moderaten Konjunkturaufschwungs. Die rückläufigen Preise für Energie und andere Rohstoffe begünstigen die gesamtwirtschaftliche Aktivität durch Kostenentlastungen der Unternehmen und Kaufkraftsteigerungen der privaten Haushalte. Ferner schlagen die niedrigen Zinsniveaus positiv zu Buche. Allerdings zeigen zur Mitte des 3. Quartals die Konjunkturindikatoren in den Bereichen Industrie und Außenhandel eine leichte vorübergehende Tempoverlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsbewegung an. Vor diesem Hintergrund ergibt sich in der jüngst veröffentlichten gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung der Bundesregierung (Herbstprojektion vom 14. Oktober) für das Jahr 2015 eine leichte Korrektur gegenüber dem in der Frühjahrsprojektion erwarteten Wirtschaftswachstum (+ 1,8 %). Die Bundesregierung geht nun von einem Anstieg des preisbereinigten BIP von 1,7 % in diesem Jahr aus. Für das Jahr 2016 wird wie im Frühjahr mit einem Wachstum von 1,8 % gerechnet.

Die Inlandsnachfrage – insbesondere der private Konsum – ist die wichtigste Säule des moderaten Konjunkturaufschwungs. Für das nächste Jahr sollten dann auch zunehmend positive Impulse von der allgemein erwarteten weltwirtschaftlichen Erholung kommen. Die Projektion der Bundesregierung entspricht weitgehend der von den Wirtschaftsforschungsinstituten in ihrer Gemeinschaftsdiagnose vom 8. Oktober 2015 geäußerten Erwartung für das Wirtschaftswachstum der nächsten zwei Jahre (real + 1,8 % jeweils für 2015 und 2016).

Der Herbstprojektion der Bundesregierung liegt folgendes Bild zugrunde: Der Konjunkturaufschwung wird vor allem von der Inlandsnachfrage getragen, insbesondere vom Konsum der privaten Haushalte. Ein andauernder Beschäftigungsaufbau, steigende Löhne und Entlastungen durch niedrige Energiepreise begünstigen die Kaufkraft der privaten Haushalte und damit deren Konsumentfaltung. Demgegenüber neigt die Investitionstätigkeit zur Schwäche. Dies dürfte auf die eingetrübte Weltwirtschaft sowie die Verunsicherungen im Zusammenhang der wirtschaftlichen Abschwächung in den Schwellenländern, insbesondere in China, zurückzuführen

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

sein. Das für Investitionen außerordentlich günstige monetäre Umfeld (niedrige Zinsen) wirkt sich hier daher kaum aus. Erst im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums ist mit einer Belebung der Investitionen zu rechnen. Mit der erwarteten Erholung der Weltwirtschaft werden sich auch die internationalen Absatzperspektiven aufhellen. Dies wird die Investitionstätigkeit in Deutschland begünstigen, weil infolge der damit einhergehenden Nachfrageausweitung die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten zunehmend ausgelastet werden. Das Investitionsmotiv Kapazitätserweiterung wird dadurch immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor in einer sehr guten Verfassung. Die Erwerbstätigkeit setzt ihren Aufwärtstrend fort, wenn auch mit etwas geringerem Tempo. Für nächstes Jahr wird angenommen, dass angesichts der hohen Zuwanderung die Arbeitslosenzahl leicht steigen wird. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass zu den Auswirkungen der derzeitigen Flüchtlingszuwanderung auf den Arbeitsmarkt große Unsicherheiten bestehen. Insgesamt wird die Lage auf dem Arbeitsmarkt günstig bleiben.

Im Prognosezeitraum dürften die preisbereinigten Importe von Waren und Dienstleistungen kräftiger zunehmen als die entsprechenden Exporte. In diesem Jahr werden die Wachstumsimpulse von den Nettoexporten voraussichtlich noch leicht positiv sein, während im nächsten Jahr das Wachstum voraussichtlich rechnerisch vollständig von der inländischen Nachfrage getragen werden wird.

Das insgesamt günstige gesamtwirtschaftliche Umfeld spiegelt sich auch in der Entwicklung des Steueraufkommens wider. Der deutliche Zuwachs insbesondere bei der Lohnsteuer, der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer bezeugen die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt und die anhaltend günstige

Gewinnentwicklung der Unternehmen. In den ersten drei Quartalen kumuliert stieg das Lohnsteueraufkommen um 7,3 %, das Aufkommen aus der Einkommensteuer um 6,9 % und das Körperschaftsteueraufkommen um 5,0 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Aufbauend auf der Herbstprognose der Bundesregierung zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ Anfang November seine Herbststeuerschätzung erstellen.

Einbußen des saisonbereinigten Außenhandels im August

Die nominalen Warenexporte und Warenimporte waren im August in saisonbereinigter Betrachtung rückläufig. Die kräftige Verringerung der Außenhandelstätigkeit könnte jedoch durch einen Feiertageffekt etwas überzeichnet sein. Im Zweimonatsvergleich gingen die Warenausfuhren ebenfalls zurück (saisonbereinigt gegenüber der Vorperiode). Die Importe waren noch leicht aufwärtsgerichtet. Im Zeitraum Januar bis Juli überschritten nach dem Ursprungslandprinzip die Warenexporte das entsprechende Vorjahresniveau um 6,6 % und die Warenimporte um 3,5 % (Daten für August liegen noch nicht vor). Dabei wurden Ausfuhren in EU-Länder außerhalb des Euroraums (+ 8,4 %) und in Drittländer (+ 7,9 %) kräftig ausgeweitet. Auch die Importe aus diesen Ländern nahmen deutlich zu (+ 3,0 % und 5,9 %). Der Außenhandel mit dem Euroraum stieg ebenfalls an, aber mit geringerer Dynamik (Exporte: + 4,7 %, Importe: + 1,0 %).

Der Leistungsbilanzüberschuss erhöhte sich im Zeitraum Januar bis August um 25,4 Mrd. € gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau. Dies war vor allem auf die Zunahme des Handelsbilanzüberschusses zurückzuführen, der im gleichen Zeitraum um 27,9 Mrd. € höher gewesen war als vor einem Jahr.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/Einkommen	2014		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			4. Q. 14	1. Q. 15	2. Q. 15	4. Q. 14	1. Q. 15	2. Q. 15
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	106,1	+1,6	+0,6	+0,3	+0,4	+1,6	+1,2	+1,6
jeweilige Preise	2 916	+3,4	+1,1	+1,1	+1,0	+3,2	+3,2	+3,7
Einkommen								
Volkseinkommen	2 176	+3,8	+0,6	+1,8	+0,4	+3,1	+3,6	+3,7
Arbeitnehmerentgelte	1 485	+3,8	+1,0	+0,9	+1,0	+3,7	+3,4	+3,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	691	+3,8	-0,2	+4,0	-0,8	+1,5	+3,9	+3,3
verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 710	+2,3	+1,2	+0,1	+0,6	+3,1	+3,0	+2,9
Bruttolöhne und -gehälter	1 214	+3,9	+0,9	+0,9	+1,2	+3,8	+3,5	+4,0
Sparen der privaten Haushalte	168	+6,7	+5,5	-2,3	+1,9	+13,0	+4,7	+4,7
Außenhandel/Umsätze/Produktion/ Auftragseingänge								
in jeweiligen Preisen								
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	1 134	+3,7	+2,2	-5,2	-1,0	+6,3	+5,0	+5,7
Waren-Importe	917	+2,1	+2,3	-3,1	+0,4	+6,2	+4,0	+5,2
in konstanten Preisen von 2010								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)								
Industrie ²	109,8	+1,9	+0,9	-1,1	-0,2	+0,0	+2,2	+1,0
Bauhauptgewerbe	108,4	+2,7	+2,1	-1,3	-0,0	-0,4	-1,5	-1,0
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)								
Industrie ²	108,6	+2,6	+1,5	-1,3	-0,2	+1,8	+3,1	+2,4
Inland	104,5	+1,2	+0,3	-0,9	-0,5	-0,1	+2,4	+1,1
Ausland	113,0	+4,1	+2,7	-1,7	+0,2	+3,8	+3,7	+3,7
Auftragseingang (Index 2010 = 100)								
Industrie ²	109,1	+2,9	-2,2	-1,8	-2,2	-1,3	+1,9	+0,1
Inland	103,4	+1,6	+3,7	-2,6	+1,4	+2,7	+1,9	+2,3
Ausland	113,7	+3,8	-6,1	-1,2	-4,6	-4,2	+1,7	-1,5
Bauhauptgewerbe	109,4	-1,8	-1,0	.	-2,3	-4,0	.	-0,4
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)								
Einzelhandel (ohne Kfz, mit Tankstellen)	102,7	+1,3	+1,7	-0,6	+1,0	+3,8	+2,5	+3,2
Handel mit Kfz	104,0	+2,3	+0,4	.	+0,6	+8,2	.	+12,3

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2014		Veränderung in Tausend gegenüber					
	Personen Mio.	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Jul 15	Aug 15	Sep 15	Jul 15	Aug 15	Sep 15
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-1,8	+9	-6	+2	-99	-106	-100
Erwerbstätige, Inland	42,70	+0,9	+28	+49	.	+160	+230	.
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30,17	+1,9	+35	.	.	+608	.	.

Preisindizes 2010 = 100	2014		Veränderung in % gegenüber					
	Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode			Vorjahr		
			Jul 15	Aug 15	Sep 15	Jul 15	Aug 15	Sep 15
Importpreise	103,6	-2,2	-0,7	-1,5	.	-1,7	-3,1	.
Erzeugerpreise gewerbliche Produkte	105,9	-1,0	+0,0	-0,5	-0,4	-1,3	-1,7	-2,1
Verbraucherpreise	106,6	+0,9	+0,2	+0,0	-0,2	+0,2	+0,2	+0,0

ifo Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saisonbereinigte Salden							
	Feb 15	Mrz 15	Apr 15	Mai 15	Jun 15	Jul 15	Aug 15	Sep 15
Klima	+6,7	+8,9	+10,3	+10,1	+8,1	+9,0	+9,7	+10,0
Geschäftslage	+12,0	+13,4	+17,0	+17,6	+15,4	+16,6	+18,4	+16,7
Geschäftserwartungen	+1,6	+4,5	+3,7	+2,9	+1,1	+1,7	+1,4	+3,5

¹ Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereinigt.

² Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

Die aktuell schwächere Entwicklung des Außenhandels könnte bereits auf eine beginnende Materialisierung von weltwirtschaftlichen Risiken hinweisen. So hat angesichts des ungünstiger als bisher erwarteten globalen Wachstums der Internationale Währungsfonds in seinem World Economic Outlook vom Oktober seine Erwartungen für dieses Jahr von 3,3 % (Prognose vom Juli) auf 3,1 % nach unten korrigiert (2016: von 3,8 % auf 3,6 %). Dies resultierte vor allem aus der Rücknahme von Erwartungen für die Schwellenländer, vor allem Russland und Brasilien. Eine konjunkturelle Abschwächung Chinas stellt weiterhin ein Risiko für die Weltwirtschaft und insbesondere für die deutschen exportorientierten Unternehmen dar. Hinzu kommen Verunsicherungen der Marktteilnehmer, die durch die Finanzmarkt-turbulenzen der vergangenen Wochen verstärkt worden sein könnten.

Aber es gibt auch positive Signale für die deutsche Exportwirtschaft. So sind die Auftragseingänge aus dem Euroraum deutlich aufwärtsgerichtet. Auch die ifo Export-erwartungen hellten sich zuletzt nach fünf Rückgängen in Folge erstmals wieder auf. Darüber hinaus zog die gesamtwirtschaftliche Aktivität in den USA, Deutschlands zweitwichtigstem Exportpartner, im 2. Quartal deutlich an und auch der Euroraum ist auf dem Wege der Erholung. Der niedrige Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar begünstigt weiterhin Ausfuhren in den Nichteuroraum.

Schwache industrielle Aktivität zur Quartalsmitte

Die Indikatoren des Verarbeitenden Gewerbes zeigen im ersten und zweiten Monat des 3. Quartals zusammengenommen eine schwache industrielle Aktivität. Dabei dürften

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

jedoch die Rückgänge der Industrieproduktion und der Auftragseingänge im August durch einen Ferieneffekt überzeichnet sein. Im Zweimonatsdurchschnitt war die industrielle Erzeugung seitwärtsgerichtet. Dabei stieg die Investitionsgüterherstellung leicht an (saisonbereinigt + 0,5 % gegenüber der Vorperiode). Hier gab es positive Impulse von der Produktionsausweitung bei Kraftfahrzeugen und Kraftwagenteilen. Die Erzeugung von Vorleistungs- und Konsumgütern war dagegen leicht rückläufig.

Auch der aus dem Verkauf der Industrieprodukte resultierende Umsatz zeigte im Zweimonatsdurchschnitt eine Seitwärtsbewegung. Dabei wurde ein leichter Rückgang der Inlandsumsätze (saisonbereinigt - 0,5 % gegenüber der Vorperiode) durch ein leichtes Plus beim Auslandsgeschäft (+ 0,2 %) nahezu ausgeglichen.

Die Industrieproduktion bewegt sich – trotz des Rückgangs im August – auf einem hohen Niveau und dürfte in den nächsten Monaten positive Impulse von den Auftrags-eingängen insbesondere aus dem Inland und dem Euroraum erhalten, da diese saisonbereinigt im Zweimonatsvergleich eine aufwärtsgerichtete Tendenz aufweisen. Dämpfend wirken jedoch die über alle drei Gütergruppen (Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgüter) hinweg rückläufigen Bestellungen aus den Ländern außerhalb des Euroraums. Der Indikator „Auftragsbestand“ verzeichnete bei den Hauptgruppen jedoch deutliche Zunahmen gegenüber dem Vorjahr, was ein Signal für eine anhaltende konjunkturelle Aufwärtsentwicklung ist. Die Reichweite der Bestellungen belief sich – wie auch schon in den Monaten zuvor – auf fünf Monate und deutet damit auch in diese Richtung.

Die Erwartung einer Fortsetzung der Industriekonjunktur im weiteren Jahresverlauf stützt sich u. a. auch auf die optimistische Stimmung der Unternehmen. Wenngleich die

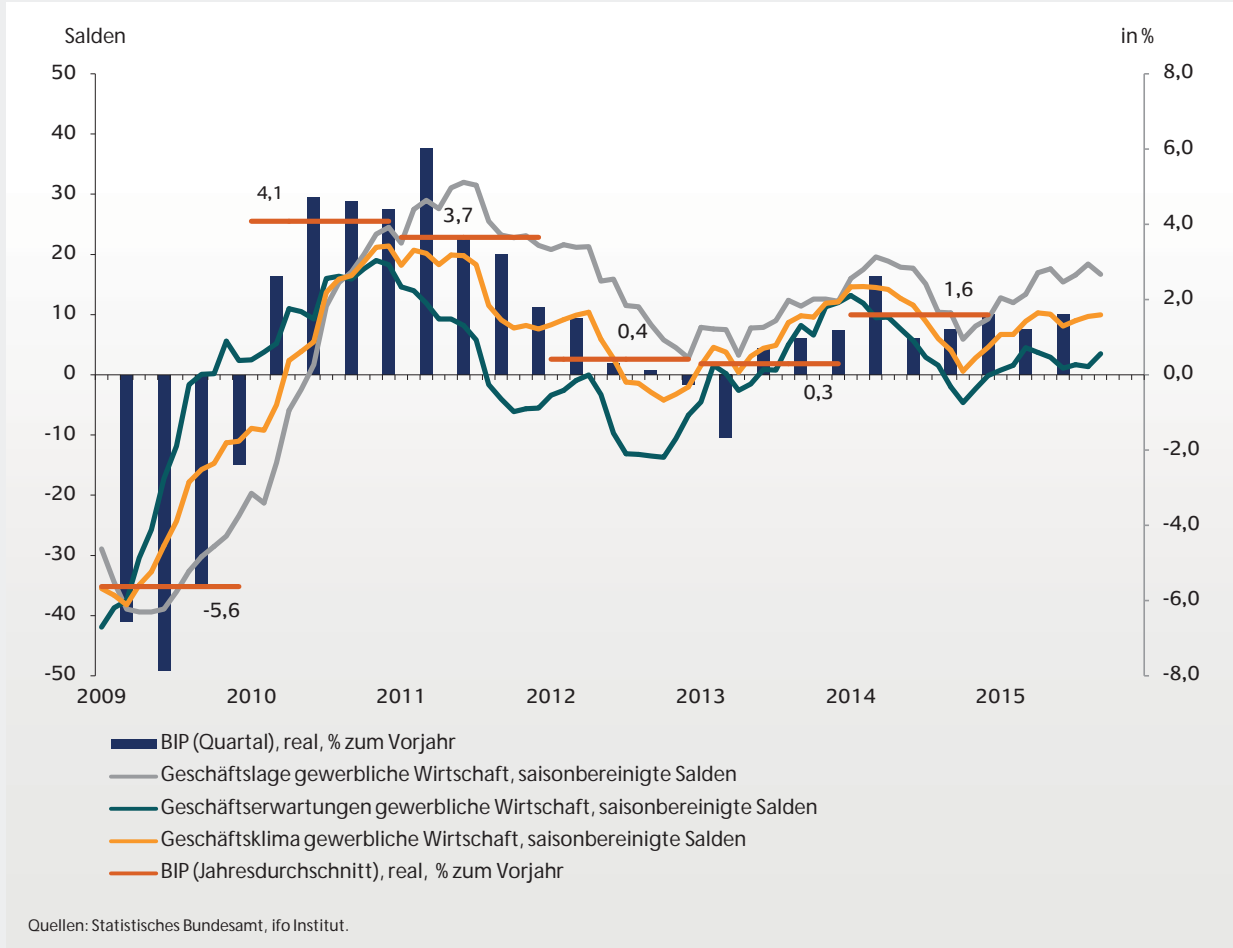
ifo Geschäftslage und der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe zuletzt leicht nachgegeben hatten, so verbesserten sich jedoch die ifo Geschäftserwartungen gegenüber dem Vormonat leicht. Risiken für die deutsche Industrie haben sich allerdings zuletzt durch die wirtschaftliche Abschwächung in China sowie anderen Schwellenländern und aufgrund der bisher nicht abzuschätzenden Auswirkungen der Krise beim Volkswagenkonzern verstärkt.

Die Produktion im Baugewerbe zeigt im Zweimonatsvergleich eine Seitwärtsbewegung. Sie ging im August zurück, nachdem sie im Juli deutlich ausgeweitet worden war. Im Zweimonatsvergleich stieg dabei die Produktion im Ausbaugewerbe leicht an, während die Erzeugung im Hoch- und Tiefbau rückläufig war. Für den weiteren Verlauf senden die vorlaufenden Indikatoren gemischte Signale. Es deutet einiges darauf hin, dass der Wohnungsbau die Aktivität im Baugewerbe stützen wird, während der Nichtwohnungsbau zur Schwäche neigt. Der saisonbereinigte Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ist im Juni/Juli gegenüber April/Mai abwärtsgerichtet. Dies resultiert aus einer rückläufigen Entwicklung der Auftragseingänge im Tiefbau und dem Hochbau ohne Wohnungsbau. Die Orders im Wohnungsbau zogen dagegen kräftig an (saisonbereinigt + 4,4 % gegenüber der Vorperiode). Auch die Baugenehmigungen im Wohnungsbau nahmen im gleichen Zeitraum deutlich zu. Die Baugenehmigungen für Nichtwohnzwecke unterschritten jedoch das Niveau der entsprechenden Vorperiode deutlich. Die Stimmung der Unternehmen des Bauhauptgewerbes ist aktuell überdurchschnittlich gut. Sowohl ihre Einschätzungen hinsichtlich der aktuellen Lage als auch der Perspektiven verbesserten sich im September den zweiten Monat in Folge. Alle Indikatoren zusammengenommen dürfte im weiteren Jahresverlauf mit einer verhaltenen Aktivität im Baugewerbe zu rechnen sein.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

BIP-Wachstum und ifo Geschäftsklima



Aufwärtstrend bei privatem Konsum

Der private Konsum dürfte auch im 3. Quartal maßgeblich zum Konjunkturaufschwung beigetragen haben. Die Kaufkraft der privaten Haushalte wird durch die Beschäftigungsexpansion, niedrige Energiepreise und steigende Löhne gestärkt. So ist der Einzelhandelsumsatz ohne Kraftfahrzeuge im Zweimonatsvergleich saisonbereinigt wieder etwas stärker angestiegen und auch im Kraftfahrzeughandel (mit Daten bis Juli) sind saisonbereinigt Umsatzsteigerungen zu verzeichnen. Die Produktion und der Inlandsatz von Konsumgütern sind hingegen im Zweimonatsvergleich seitwärtsgerichtet. Der Auftragseingang aus dem Inland im Konsumgüterbereich ist im

Zweimonatsdurchschnitt jedoch gesunken. Die Konsumentenstimmung bleibt trotz eines leichten Rückgangs im September auf einem hohen Niveau. So trübten sich die Konjunkturerwartungen der Verbraucher im September deutlicher als in den drei Vormonaten ein. Ursächlich dafür dürften insbesondere internationale Krisenherde sowie die wirtschaftliche Verlangsamung in den Schwellenländern gewesen sein. Auch eine gewisse Verunsicherung hinsichtlich der Auswirkungen des stark gestiegenen Zustroms an Flüchtlingen in die EU und insbesondere nach Deutschland könnte eine Rolle gespielt haben. Die seit einigen Monaten deutlich sinkenden Konjunkturerwartungen dürften eine Dämpfung der Einkommenserwartungen und der Anschaffungsneigung nach sich

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

gezogen haben. Nach dem Rekordniveau der Einkommenserwartungen im Juli ist der Wert des Indikators aber immer noch sehr hoch. Die Anschaffungsneigung geht nur leicht zurück und signalisiert weiterhin eine ausgeprägte Konsumfreude.

Dies steht auch im Einklang mit der spürbaren Stimmungsaufhellung der Firmen im Einzelhandel. Laut ifo Geschäftsklimaindex verbesserten sich die Lage-Einschätzungen der Einzelhandelsunternehmen das dritte Mal in Folge deutlich. Auch die Perspektiven für die kommenden Monate wurden wesentlich optimistischer beurteilt. Alle Indikatoren zusammengenommen sprechen dafür, dass der private Konsum auch in der zweiten Jahreshälfte eine wichtige Konjunkturstütze bleiben wird.

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt setzte sich fort

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt setzte sich fort. Im September waren nach Ursprungswerten 2,70 Millionen Personen als arbeitslos registriert. Das waren 100 000 Personen weniger als vor einem Jahr. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 6,2 % und damit 0,3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl stieg um 2 000 Personen leicht an. Die Zunahme ist laut Bundesagentur für Arbeit (BA) mit einer rückläufigen Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu erklären.

Der Beschäftigungsaufbau ist weiter stark und hat sich im August noch einmal beschleunigt. Die Erwerbstätigenzahl nahm saisonbereinigt um 49 000 Personen gegenüber dem Vormonat zu, nachdem sie im Juli um 28 000 Personen und im Juni um 13 000 Personen gestiegen war. Nach Ursprungswerten waren im August 43,09 Millionen Personen erwerbstätig (+ 230 000 Personen beziehungsweise + 0,5 % gegenüber dem Vorjahr). Im Vorjahresvergleich kam es zu einem kräftigen Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung

bei gleichzeitiger Verringerung der Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erreichte (nach Hochrechnung der BA) im Juli ein Niveau von 30,73 Millionen Personen. Der Vorjahresstand wurde damit um 608 000 Personen überschritten (+ 2,0 %). Den kräftigsten Beschäftigungsaufbau gab es bei Unternehmensdienstleistungen, Pflege und Soziales sowie Handel. Saisonbereinigt verzeichnete die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ein Plus von 35 000 Personen gegenüber dem Vormonat. Menschen in Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung profitieren nur zum Teil vom starken Beschäftigungsaufbau. Dieser speist sich weiter hauptsächlich aus der Stillen Reserve und einem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials aufgrund von Zuwanderung und gesteigener Erwerbsbeteiligung.

Die weiterhin hohe und kontinuierlich steigende Arbeitskräftenachfrage sowie die aufwärtsgerichtete Wirtschaftsentwicklung sprechen für ein Anhalten der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt. Der umfassende Stellenindex BA-X (ohne geförderte und Saisonstellen) erhöhte sich im September gegenüber dem Vormonat erneut und überschritt das Vorjahresniveau weiterhin deutlich. Das ifo Beschäftigungsbarometer stieg auf den höchsten Wert seit mehr als drei Jahren. Insbesondere im Dienstleistungsbereich und im Einzelhandel wollen die Unternehmen zusätzliches Personal einstellen. Im Großhandel und in der Industrie hingegen bleibt die Dynamik eher schwach ausgeprägt.

Die Integration der Asylberechtigten in den Arbeitsmarkt dürfte aufgrund sprachlicher Barrieren und möglicher Qualifikationsdefizite nur langsam erfolgen.

Verbraucherpreise unverändert auf Vorjahresniveau

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland blieb im September 2015 gegenüber dem Vorjahr unverändert, nachdem er im Vormonat

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Juli noch leicht um 0,2 % gestiegen war. Die jährliche Teuerungsrate sank damit auf den niedrigsten Stand seit Jahresbeginn. Dies war vor allem auf den erneuten deutlichen Rückgang bei den Energiepreisen zurückzuführen, da der Rohölpreis auf dem Weltmarkt im September immer noch um knapp 50 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau lag. Die Energiepreise sanken im September um 9,3 %. Leichte Anstiege des Verbraucherpreisniveaus erfolgten bei Nahrungsmitteln und Wohnungsmieten. Nahrungsmittel verteuerten sich um 1,1 % nach + 0,8 % im August gegenüber dem Vorjahr. Die Zunahme der Dienstleistungspreise gab im September geringfügig nach (+ 1,1 % nach + 1,2 % im August gegenüber dem Vorjahr).

Der Verbraucherpreisniveaustieg ohne Berücksichtigung von Energie und Nahrungsmitteln (Kerninflation) überstieg im September

den entsprechenden Vorjahresstand dagegen weiterhin merklich um 1,2 %.

Die Preisniveauentwicklung auf der Konsumentenstufe sollte auch im weiteren Jahresverlauf verhalten bleiben. Hier spiegelt sich u. a. der Preisrückgang an den internationalen Rohstoffmärkten sowie die schwache Entwicklung der Weltwirtschaft insbesondere in China wider. Die dämpfende Wirkung des Rohölpreises dürfte bis zum Jahresende leicht nachlassen, vorausgesetzt, es kommt zu keinen weiteren Verbilligungen im Verlauf. Somit dürfte gegen Ende dieses Jahres wieder mit einer moderat anziehenden Inflationsrate zu rechnen sein.

Die Entwicklung der Preisniveaus ist sowohl auf der Konsumenten- als auch auf der Produzentenstufe durch ein hohes Maß an Stabilität geprägt. Dies begünstigt die Kaufkraft der Verbraucher und entlastet die Unternehmen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen im September 2015

Steuereinnahmen im September 2015

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) sind im September 2015 im Vorjahresvergleich um 3,5 % angestiegen. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern lag 4,0 % über dem Niveau des Vorjahresmonats. Im aufkommensstarken Vorauszahlungsmonat konnten die veranlagten Einkommensteuern sowie die Körperschaftsteuer kräftige Zuwächse aufweisen und bezeugten eine günstige Gewinnentwicklung der Unternehmen. Während die Lohnsteuer wie in den Vormonaten kräftige Einnahmezuwächse verzeichnete, lagen die Steuern vom Umsatz in etwa auf Vorjahresniveau. Das Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sowie der Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge sank gegenüber September 2014.

Das Aufkommen der Bundessteuern sank im September 2015 leicht um 0,5 % im direkten Vorjahresvergleich. Dies ist auf Aufkommensrückgänge bei Tabaksteuer, Stromsteuer, Versicherungssteuer sowie Kraftfahrzeugsteuer zurückzuführen. Zuwächse waren bei Solidaritätszuschlag und Luftverkehrsteuer zu verzeichnen. Die Ländersteuern entwickelten sich mit einem Zuwachs von 13,2 % erneut sehr dynamisch, wobei sowohl die Grunderwerbsteuer als auch die Erbschaftsteuer kräftig zulegen.

EU-Eigenmittel

Im September 2015 stiegen die Zolleinnahmen gegenüber dem Vorjahrsmonat um 9,9 %. Die Mehrwertsteuer- und BNE-Eigenmittelabrufe aus dem Bundeshaushalt waren etwas geringer als im September 2014. Die Abrufe orientieren sich am jeweiligen Finanzbedarf der Europäischen Union (EU) und bewegen sich aufs Jahr gerechnet im geplanten Rahmen. Die EU-Eigenmittel insgesamt sanken damit im aktuellen Berichtsmonat um 10,5 %. Kumuliert bis September 2015

liegen die EU-Eigenmittel um 0,2 % über dem Vorjahresniveau.

Gesamtüberblick kumuliert bis September 2015

Vom ersten bis zum dritten Quartal des Jahres stieg das Steueraufkommen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) um 5,7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Steuern verbesserten sich um 5,2 %, die der Bundessteuern um 5,9 %. Allerdings ist die Wachstumsrate der Bundessteuern durch eine geringe Vorjahresbasis in Folge der Rückerstattung bei der Kernbrennstoffsteuer im Mai 2014 überzeichnet.

Verteilung auf Bund, Länder, Gemeinden

Die Steuereinnahmen des Bundes stiegen im September 2015 um 3,0 % über das Vorjahresniveau. Hierbei konnte der Aufkommenszuwachs des Bundesanteils an gemeinschaftlichen Steuern (+ 3,2 %) den leichten Rückgang bei den Bundessteuern mehr als kompensieren. Auch wurden gegenüber dem Vorjahresmonat weniger EU-Eigenmittel abgerufen und somit die Steuereinnahmen des Bundes begünstigt. Innerhalb der Zeit vom ersten bis zum dritten Quartal 2015 nahmen damit die Steuereinnahmen des Bundes um 6,5 % zu.

Die Steuereinnahmen der Länder stiegen im September mit + 4,3 % erneut etwas dynamischer gegenüber dem Vorjahr als die Einnahmen des Bundes. Diese Entwicklung rührt insbesondere aus dem sehr kräftigen Anstieg der Ländersteuern. Kumuliert bis September 2015 stiegen die Steuer Mehreinnahmen der Länder um 5,2 %. Der Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern stieg im September 2015 um 7,0 %; kumuliert bis September 2015 um 8,2 %.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen im September 2015

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2015	September	Veränderung	Januar bis	Veränderung	Schätzungen	Veränderung
	in Mio €	ggü. Vorjahr in %	September in Mio €	ggü. Vorjahr in %	für 2015 ⁴ in Mio €	ggü. Vorjahr in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	13 244	+6,1	129 075	+7,3	178 150	+6,1
veranlagte Einkommensteuer	11 683	+7,2	36 123	+6,9	48 550	+6,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	679	-31,9	14 157	+4,5	16 400	-5,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlags)	306	-3,2	6 867	+8,2	7 375	-5,6
Körperschaftsteuer	5 034	+15,5	15 741	+5,0	20 800	+3,8
Steuern vom Umsatz	17 255	-0,3	155 809	+3,3	208 200	+2,5
Gewerbsteuerumlage	3	+2,6	2 140	+2,2	4 024	+4,0
erhöhte Gewerbsteuerumlage	2	+2,7	1 782	+2,7	3 396	+3,8
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	48 207	+4,0	361 695	+5,2	486 895	+3,8
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 592	+0,9	24 374	-0,8	40 500	+1,9
Tabaksteuer	1 201	-4,0	9 887	-0,3	14 190	-2,9
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	171	+0,5	1 536	+0,7	2 060	+0,0
Versicherungsteuer	552	-1,3	10 448	+2,8	12 500	+3,8
Stromsteuer	505	-10,2	4 914	-1,4	6 900	+3,9
Kraftfahrzeugsteuer	701	-16,4	6 922	+4,2	8 550	+0,6
Luftverkehrssteuer	104	+6,4	711	+4,1	1 010	+2,0
Kernbrennstoffsteuer	226	+31,1	1 154	X	1 400	+97,7
Solidaritätszuschlag	1 813	+7,3	11 775	+6,7	15 600	+3,7
übrige Bundessteuern	109	-5,0	1 077	+0,7	1 453	+0,6
Bundessteuern insgesamt	8 974	-0,5	72 798	+5,9	104 163	+2,3
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	494	+7,7	4 620	+11,4	5 790	+6,2
Gründerwerbsteuer	996	+18,8	8 342	+20,5	10 220	+9,4
Rennwett- und Lotteriesteuer	128	-0,8	1 260	-1,2	1 656	-1,0
Biersteuer	60	+6,1	516	-0,9	675	-1,4
sonstige Ländersteuern	34	+14,9	336	+1,6	416	+2,4
Ländersteuern insgesamt	1 711	+13,2	15 074	+14,2	18 757	+6,8
EU-Eigenmittel						
Zölle	476	+9,9	3 820	+14,4	4 900	+7,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	105	-21,9	3 289	+1,7	4 310	+7,4
BNE-Eigenmittel	555	-20,8	16 331	-2,9	23 080	+2,9
EU-Eigenmittel insgesamt	1 136	-10,5	23 439	+0,2	32 290	+4,2
Bund³	28 785	+3,0	204 137	+6,5	280 278	+3,5
Länder³	25 283	+4,3	196 709	+5,2	262 602	+3,3
EU	1 136	-10,5	23 439	+0,2	32 290	+4,2
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	4 163	+7,0	29 101	+8,2	39 546	+6,8
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	59 367	+3,5	453 386	+5,7	614 715	+3,7

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

²Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

⁴Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2015.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen im September 2015

Gemeinschaftliche Steuern

Lohnsteuer

Die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt begünstigt weiterhin das Lohnsteueraufkommen. Im September 2015 lag das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer um 5,7 % über Vorjahresniveau. Das aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlte Kindergeld stieg um 4,3 % deutlich an, was auf Nachzahlungen infolge der zum 1. Januar 2015 rückwirkenden Erhöhung des Kindergeldes zurückzuführen ist. Abzüglich des Kindergeldes und der ebenfalls aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlten Altersvorsorgezulage lag das Nettoaufkommen der Lohnsteuer dennoch um 6,1 % gegenüber Vorjahresniveau. Vom ersten bis zum dritten Quartal stieg damit das Lohnsteueraufkommen kumuliert um 7,3 %.

Körperschaftsteuer

Das Aufkommen der Körperschaftsteuer stieg im Vorauszahlungsmonat September 2015 um 15,5 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Vorauszahlungen für das laufende Jahr stiegen kräftig um 8 % an. Der Rückgang bei den Nachzahlungen wurde im Saldo durch sinkende Erstattungen ausgeglichen. Kumuliert für das 1. Quartal bis zum 3. Quartal stieg das Körperschaftsteueraufkommen um 5,0 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Veranlagte Einkommensteuer

Auch für die veranlagte Einkommensteuer ist der September ein aufkommensstarker Vorauszahlungsmonat. Das Aufkommen stieg gegenüber dem Vorjahresmonat um 7,2 %. Zusammen mit der Entwicklung der Körperschaftsteuer spricht dies für eine anhaltend gute Ertragslage der Unternehmen. Die Zusammensetzung des Aufkommens wurde durch einen kräftigen Anstieg der Vorauszahlungen für dieses Jahr um 7 % und der Nachzahlungen für das Jahr 2014 bestimmt. Die Erstattungen nahmen ebenfalls

leicht gegenüber dem Vorjahresmonat zu. Kumuliert bis Ende September erhöhte sich das Aufkommen um 6,9 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

Das Aufkommen der nicht veranlagten Steuern sank im September um 31,9 % unter Vorjahresniveau, nachdem im August ein Zuwachs von + 27,0 % zu verzeichnen gewesen war. Auch wenn der September kein aufkommensstarker Monat ist, dürfte eine im Jahresvergleich differierende Terminierung von Ausschüttungszeitpunkten durch Kapitalgesellschaften die Entwicklung bestimmt haben. Das Bruttoaufkommen sank im Vorjahresvergleich ebenfalls kräftig um 33,9 %. Allerdings reduzierten sich auch die Erstattungen des Bundeszentralamtes für Steuern um 46,8 %. In den Monaten Januar bis September des Jahres erhöhten sich die kassenmäßigen Einnahmen kumuliert um 4,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Das Aufkommen der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge lag im September um 3,2 % unter dem Vorjahresniveau. Kumuliert im Zeitraum Januar bis September 2015 stieg das Steueraufkommen um 8,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Steuern vom Umsatz

Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz lag im September fast auf Vorjahresniveau (- 0,3%). Der leichte Rückgang resultiert insbesondere aus einem rückläufigen Aufkommen der inländischen Umsatzsteuer (- 1,5 %), während die Einnahmen der Einfuhrumsatzsteuer um 3,4 % gegenüber Vorjahresmonat anstiegen. Da die unterjährige Aufkommensentwicklung der Umsatzsteuer durch hohe Schwankungen gekennzeichnet ist, sollte die Entwicklung nicht überinterpretiert werden. Kumuliert bis September 2015 ist mit einem

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen im September 2015

Zuwachs von 3,3 % weiterhin eine deutliche Zunahme des Aufkommens gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen.

Bundessteuern

Das Aufkommen der Bundessteuern sank im September 2015 im Vorjahresvergleich leicht um 0,5 %. Zuwächse verzeichneten die Energiesteuer (+ 0,9 %), die Luftverkehrsteuer (+ 6,4 %), die Kernbrennstoffsteuer (+ 31,1 %) und der Solidaritätszuschlag (+ 7,3 %) sowie kleinere Verbrauchsteuern. Dagegen sanken die Einnahmen aus der Stromsteuer deutlich (- 10,2 %). Auch die Tabaksteuer (- 4,0 %) und die Versicherungssteuer (- 1,3 %) fielen geringer aus als im Vorjahr. Der kräftige Rückgang bei der Kraftfahrzeugsteuer ist durch eine

sehr hohe Basis im Vorjahr überzeichnet. Im 1. Quartal bis zum 3. Quartal stieg das Aufkommen bei den Bundessteuern im Jahr 2015 kumuliert um 5,9 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Ländersteuern

Das Aufkommen aus den Ländersteuern stieg im September 2015 erneut dynamisch um 13,2 % an. Der Zuwachs wurde stark von der Entwicklung der Grunderwerbsteuer (+ 18,8 %) getragen. Aber auch die Erbschaftsteuer (+ 7,7 %), die Biersteuer (+ 6,1 %) und die Feuerschutzsteuer (+ 11,5 %) entwickelten sich im September kräftig. Im Zeitraum Januar bis September 2015 stieg das Steueraufkommen der Ländersteuern kumuliert um 14,4 %.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich September 2015

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich September 2015

Das Bundeskabinett hat am 29. September 2015 den Entwurf eines Zweiten Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan 2015 beschlossen. Damit schafft der Bund insbesondere die Voraussetzungen, um die zwischen dem Bund und den Ländern getroffenen Vereinbarungen zur Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu finanzieren.

Der Entwurf für den Nachtragshaushalt 2015 sieht vor, dass die bisher für dieses Jahr vorgesehene Entlastung der Länder und Kommunen um eine weitere Milliarde Euro auf nunmehr 2 Mrd. € angehoben wird. Darüber hinaus bildet der Bund eine Rücklage in Höhe von 5 Mrd. €, die ab dem Jahr 2016 zur Finanzierung der zwischen Bund und Ländern vereinbarten Maßnahmen eingesetzt werden kann. Der Bundeshaushalt 2015 bleibt ausgeglichen.

Finanziert werden können diese zusätzlichen Ausgaben durch Mehreinnahmen aus der Versteigerung von Mobilfunklizenzen, weiter

gestiegenen Steuereinnahmen sowie durch Einsparungen bei den Zinsausgaben.

Ausgaben- und Einnahmentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich September 2015 auf 228,9 Mrd. € und lagen damit um 1,1 Mrd. € (+ 0,5 %) über dem Ergebnis bis einschließlich September 2014. Die Einnahmen bis einschließlich September übertrafen mit 226,2 Mrd. € das Ergebnis des Vorjahreszeitraums um 17,2 Mrd. € (+ 8,2 %). Die Steuereinnahmen des Bundes betragen 202,5 Mrd. € und lagen um 12,4 Mrd. € (+ 6,5 %) über dem Ergebnis vom September 2014.

Finanzierungssaldo

Bis einschließlich September 2015 betrug der Finanzierungssaldo - 2,7 Mrd. €. Die Kassenmittel unterliegen jedoch im Laufe des

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2014	Soll 2015 ¹	Ist-Entwicklung ² September 2015
Ausgaben (Mrd. €)	295,5	301,7	228,9
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+0,5
Einnahmen (Mrd. €)	295,1	306,4	226,2
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+8,2
Steuereinnahmen (Mrd. €)	270,8	280,1	202,5
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+6,5
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-0,3	4,7	-2,7
Finanzierung durch:	0,3	-4,7	2,7
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	14,1
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,3	0,2
Zuführung an Rücklagen	-	-5,0	-
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo ³ (Mrd. €)	0,0	0,0	-11,6

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹Entwurf zum 2. Nachtragshaushalt 2015, Stand 29. September 2015.

²Buchungsergebnisse.

³(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich September 2015

Haushaltsjahres starken Schwankungen und beeinflussen somit den Kapitalmarktsaldo ungleichmäßig. Erst im weiteren Jahresver-

lauf ist eine belastbare Aussage zum Finanzierungssaldo für das Gesamtjahr 2015 möglich.

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2014		Soll ¹ 2015		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis September	Januar bis September	
					in Mio. €		
Allgemeine Dienste	69 720	23,6	66 509	22,0	51 320	48 228	-6,0
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 380	2,2	6 418	2,1	3 892	4 210	+8,1
Verteidigung	32 594	11,0	32 496	10,8	23 411	23 421	+0,0
politische Führung, zentrale Verwaltung	13 738	4,6	14 651	4,9	10 797	11 436	+5,9
Finanzverwaltung	3 932	1,3	4 221	1,4	2 839	3 028	+6,6
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 822	6,4	20 757	6,9	12 756	13 754	+7,8
Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 635	0,9	3 499	1,2	2 005	2 527	+26,0
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 214	3,5	11 147	3,7	6 291	6 768	+7,6
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	148 783	50,4	153 338	50,8	118 728	121 267	+2,1
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	99 489	33,7	102 104	33,8	82 155	82 640	+0,6
Arbeitsmarktpolitik	32 510	11,0	33 294	11,0	24 170	25 537	+5,7
darunter:							
Arbeitslosengeld II nach SGB II	19 725	6,7	20 100	6,7	15 172	15 486	+2,1
Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 162	1,4	4 900	1,6	3 059	4 050	+32,4
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 396	2,5	7 914	2,6	5 597	6 059	+8,3
soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 175	0,7	2 153	0,7	1 706	1 638	-4,0
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 889	0,6	2 041	0,7	1 160	1 224	+5,5
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 010	0,7	2 194	0,7	1 341	1 335	-0,4
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 530	0,5	1 643	0,5	1 206	1 168	-3,2
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	862	0,3	972	0,3	387	398	+2,7
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 076	1,4	4 437	1,5	3 038	3 158	+4,0
regionale Förderungsmaßnahmen	710	0,2	619	0,2	376	668	+77,7
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 580	0,5	1 501	0,5	1 435	1 358	-5,4
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	15 993	5,4	16 926	5,6	10 152	10 540	+3,8
Straßen	7 852	2,7	7 610	2,5	4 912	4 817	-1,9
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 274	1,4	4 961	1,6	2 536	3 081	+21,5
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 718	11,4	39 525	13,1	29 209	29 174	-0,1
Zinsausgaben	25 916	8,8	21 934	7,3	24 087	20 262	-15,9
Ausgaben insgesamt	295 486	100,0	301 700	100,0	227 810	228 888	+0,5

¹ Entwurf zum 2. Nachtragshaushalt 2015, Stand 29. September 2015.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich September 2015

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2014		Soll ¹ 2015		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis September	Januar bis September	in %
					in Mio. €		
Konsumtive Ausgaben	266 210	90,1	271 960	90,1	208 689	209 487	+0,4
Personalausgaben	29 209	9,9	29 995	9,9	22 430	23 087	+2,9
Aktivbezüge	21 280	7,2	21 747	7,2	16 115	16 530	+2,6
Versorgung	7 928	2,7	8 248	2,7	6 315	6 557	+3,8
Laufender Sachaufwand	23 174	7,8	24 460	8,1	15 011	15 453	+2,9
sächliche Verwaltungsaufgaben	1 352	0,5	1 417	0,5	877	988	+12,7
militärische Beschaffungen	8 814	3,0	9 568	3,2	5 151	5 030	-2,3
sonstiger laufender Sachaufwand	13 008	4,4	13 476	4,5	8 983	9 435	+5,0
Zinsausgaben	25 916	8,8	21 934	7,3	24 087	20 262	-15,9
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 308	63,4	194 894	64,6	146 646	150 106	+2,4
an Verwaltungen	21 108	7,1	24 216	8,0	14 748	16 690	+13,2
an andere Bereiche	166 200	56,2	170 678	56,6	131 898	133 416	+1,2
darunter:							
Unternehmen	25 517	8,6	26 980	8,9	19 123	19 275	+0,8
Renten, Unterstützungen u. a.	28 029	9,5	28 770	9,5	21 562	22 259	+3,2
Sozialversicherungen	104 719	35,4	106 761	35,4	85 833	86 451	+0,7
Sonstige Vermögensübertragungen	604	0,2	676	0,2	515	579	+12,4
Investive Ausgaben	29 275	9,9	30 059	10,0	19 120	19 401	+1,5
Finanzierungshilfen	21 411	7,2	22 218	7,4	14 385	14 930	+3,8
Zuweisungen und Zuschüsse	15 971	5,4	20 593	6,8	9 272	14 045	+51,5
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	1 024	0,3	1 554	0,5	712	664	-6,7
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 416	1,5	71	0,0	4 401	221	-95,0
Sachinvestitionen	7 865	2,7	7 841	2,6	4 736	4 470	-5,6
Baumaßnahmen	6 419	2,2	6 132	2,0	4 145	3 842	-7,3
Erwerb von beweglichen Sachen	983	0,3	1 222	0,4	491	561	+14,3
Grunderwerb	463	0,2	486	0,2	99	68	-31,3
Globalansätze	0	0,0	- 319	-0,1	0	0	
Ausgaben insgesamt	295 486	100,0	301 700	100,0	227 810	228 888	+0,5

¹Entwurf zum 2. Nachtragshaushalt 2015, Stand 29. September 2015.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich September 2015

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist 2014		Soll ¹ 2015		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis September	Januar bis September	
					in Mio. €		in %
I. Steuern	270 774	91,7	280 068	91,4	190 101	202 457	+6,5
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	222 376	75,3	229 735	75,0	161 654	169 103	+4,6
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	112 976	38,3	119 593	39,0	80 960	86 523	+6,9
davon:							
Lohnsteuer	71 420	24,2	75 714	24,7	49 545	53 206	+7,4
veranlagte Einkommensteuer	19 385	6,6	20 634	6,7	14 362	15 353	+6,9
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 712	3,0	8 200	2,7	6 765	7 073	+4,6
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 437	1,2	3 245	1,1	2 792	3 022	+8,2
Körperschaftsteuer	10 022	3,4	10 400	3,4	7 496	7 871	+5,0
Steuern vom Umsatz	107 796	36,5	108 475	35,4	79 827	81 694	+2,3
Gewerbesteuerumlage	1 603	0,5	1 667	0,5	868	886	+2,1
Energiesteuer	39 758	13,5	40 391	13,2	24 572	24 374	-0,8
Tabaksteuer	14 612	5,0	14 190	4,6	9 921	9 887	-0,3
Solidaritätszuschlag	15 047	5,1	15 600	5,1	11 030	11 775	+6,8
Versicherungsteuer	12 046	4,1	12 500	4,1	10 161	10 448	+2,8
Stromsteuer	6 638	2,2	6 900	2,3	4 985	4 914	-1,4
Kraftfahrzeugsteuer	8 501	2,9	8 550	2,8	6 642	6 922	+4,2
Kernbrennstoffsteuer	708	0,2	1 400	0,5	-1 876	1 154	-161,5
Branntweinabgaben	2 061	0,7	2 062	0,7	1 526	1 537	+0,7
Kaffeesteuer	1 016	0,3	1 020	0,3	739	753	+1,9
Luftverkehrssteuer	990	0,3	1 010	0,3	683	711	+4,1
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 681	-3,6	-10 040	-3,3	-8 000	-7 606	-4,9
BNE-Eigenmittel der EU	-22 419	-7,6	-23 080	-7,5	-16 815	-16 331	-2,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-4 015	-1,4	-4 310	-1,4	-3 233	-3 289	+1,7
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 299	-2,5	-7 299	-2,4	-5 474	-5 474	+0,0
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,0	-8 992	-2,9	-6 744	-6 744	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	24 373	8,3	26 353	8,6	18 854	23 709	+25,8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	6 913	2,3	6 994	2,3	5 355	5 426	+1,3
Zinseinnahmen	237	0,1	232	0,1	163	176	+8,0
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	2 809	1,0	2 181	0,7	2 217	2 510	+13,2
Einnahmen insgesamt	295 147	100,0	306 420	100,0	208 955	226 166	+8,2

¹ Entwurf zum 2. Nachtragshaushalt 2015, Stand 29. September 2015.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

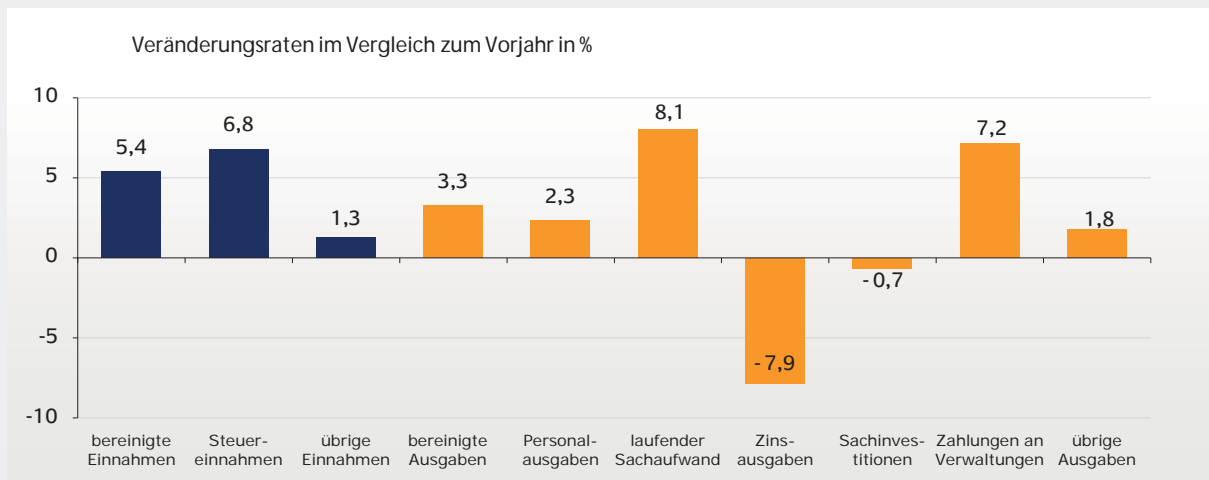
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2015

Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2015

Die Einnahmen der Länder erhöhten sich bis einschließlich August im Vergleich zum Vorjahr um 5,4 %, während die Ausgaben um 3,3 % zunahmten. Die Steuereinnahmen stiegen gegenüber dem Vergleichszeitraum um 6,8 %.

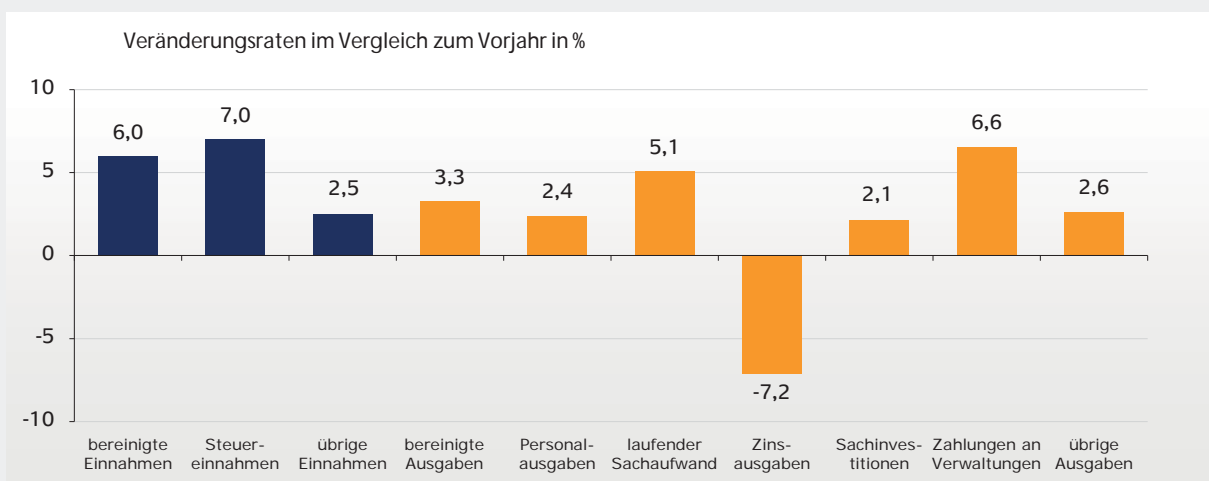
Die Ländergesamtheit erwirtschaftete bis Ende August einen Finanzierungsüberschuss von 0,8 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Verbesserung um rund 4,1 Mrd. €.

Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2015, Länder insgesamt



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2015, Flächenländer (West)

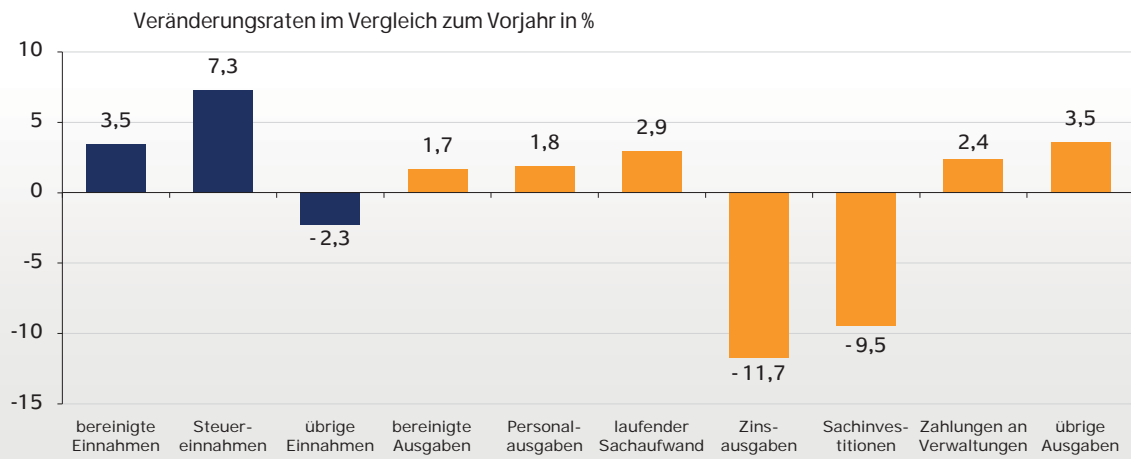


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

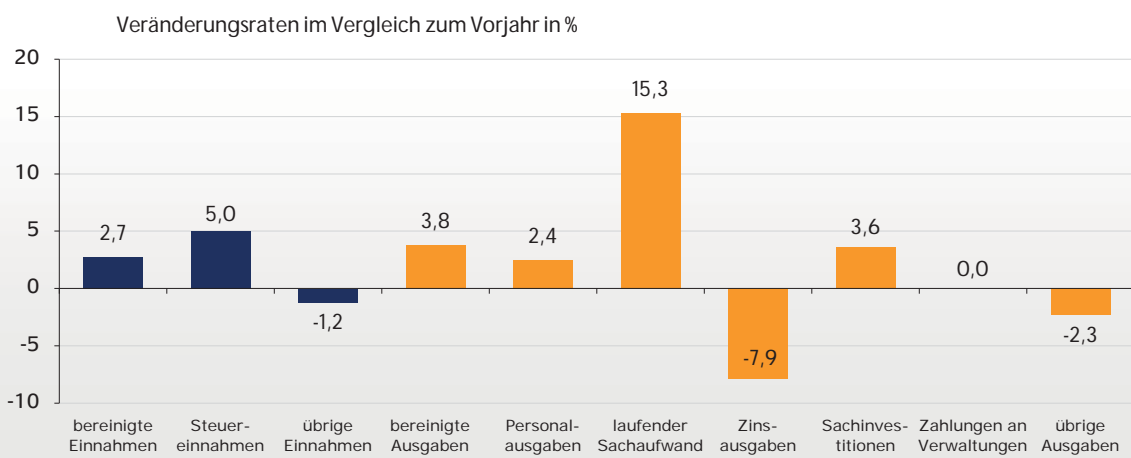
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2015

Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2015, Flächenländer (Ost)



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2015, Stadtstaaten



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im September durchschnittlich 1,33 % (1,33 % im August).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende September 0,59 % (0,80 % Ende August).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende September auf 0,040 % (- 0,033 % Ende August).

Der Rat der Europäischen Zentralbank hat am 3. September 2015 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 0,05 %, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,30 % und den Zinssatz für die Einlagefazilität bei - 0,20 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 9 660 Punkte am 30. September (10 259 Punkte am 31. August). Der Euro Stoxx 50 sank von 3 270 Punkten am 31. August auf 3 101 Punkte am 30. September.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im August bei 4,8 %, nach 5,3 % im Juli und 4,9 % im Juni. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von Juni bis August bei 5,0 %, verglichen mit 5,1 % in der Zeit von Mai bis Juli.

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im August auf 1,0 % (0,7 % im Vormonat).

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 2,83 % im August gegenüber 2,61 % im Juli.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

Von Januar bis September 2015 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 153,1 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 140,8 Mrd. € und inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 10,5 Mrd. € emittiert. Ferner wurden am Sekundärmarkt Bundeswertpapiere in Höhe von 1,9 Mrd. € verkauft.

Die Übersicht „Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2015“ zeigt die Kapital- und Geldmarktemissionen im Rahmen der Emissionsplanung des Bundes sowie die sonstigen Emissionen.

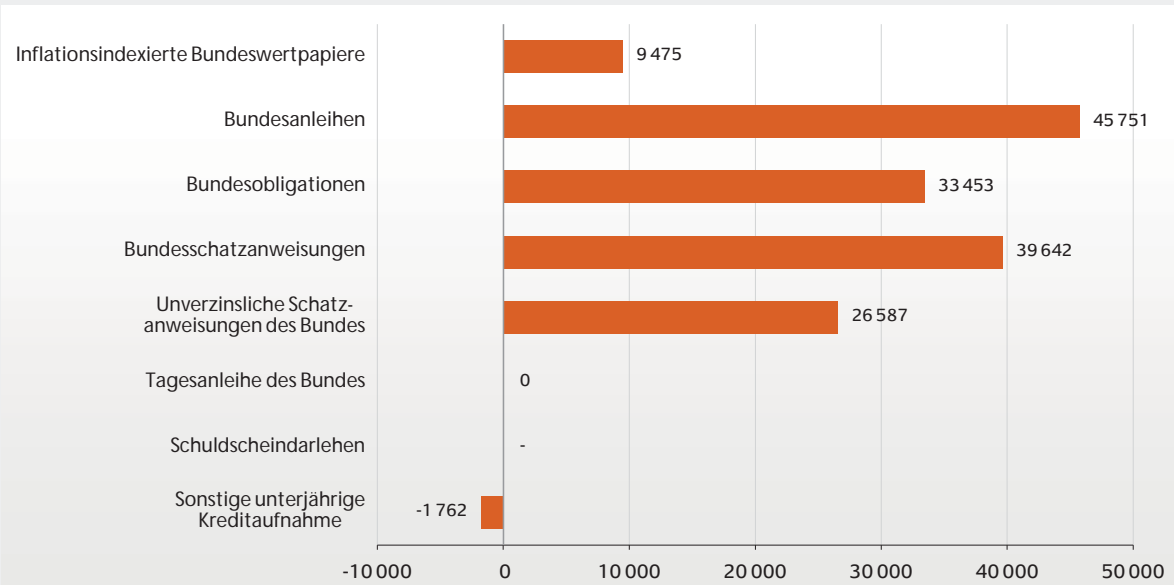
Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 180,6 Mrd. € (davon 158,7 Mrd. € Tilgungen und 21,8 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 27,4 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 151,1 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts, von 1,9 Mrd. € für die Finanzierung des Finanzmarktstabilisierungsfonds und von 0,1 Mrd. € für die Finanzierung des Investitions- und Tilgungsfonds eingesetzt.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

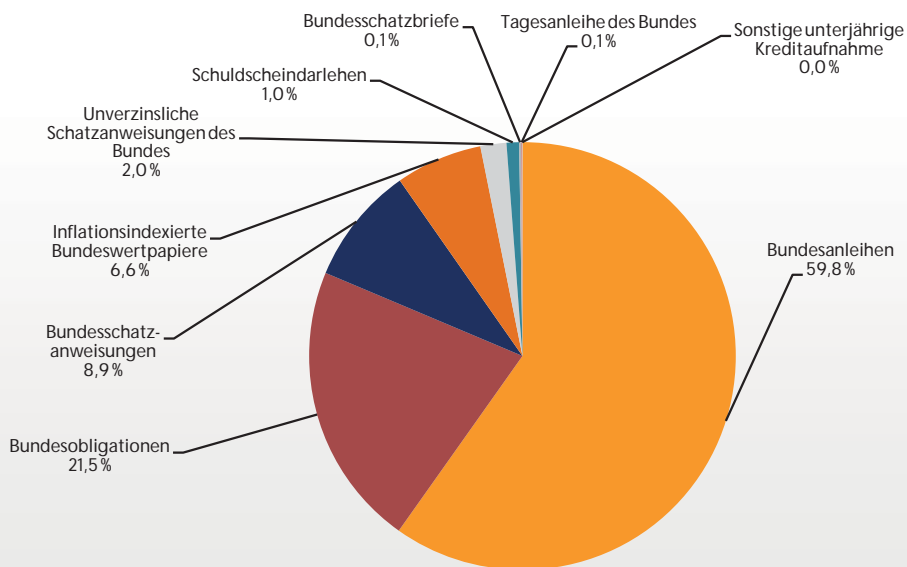
Kreditaufnahme des Bundes und seiner Sondervermögen bis September 2015¹
in Mio. €



¹ Bruttoemissionen ohne Rückhaltsquote und Aufbau von Eigenbeständen.
Nachrichtlich: kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 1862 Mio. €.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 30. September 2015



Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Eigenbestände: 1152,3 Mrd. €; darunter Eigenbestände: - 47,4 Mrd. €.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des BMF im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2015
in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
	in Mrd. €												
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesanleihen	23,0	-	-	-	-	-	21,0	-	-	-	-	-	44,0
Bundessobligationen	-	17,0	-	19,0	-	-	-	-	-	-	-	-	36,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-	-	45,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	4,0	4,0	4,0	4,0	2,0	2,0	4,0	4,0	4,0	-	-	-	32,0
Bundesschatzbriefe	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,3	0,0	0,0	-	-	-	0,7
Tagesanleihe des Bundes	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-	-	0,1
Schuldscheindarlehen	-	-	-	-	-	0,2	0,6	0,1	0,0	-	-	-	1,0
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-	-	-	-	-	0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	27,0	21,0	20,3	23,1	2,1	17,4	25,9	4,1	19,1	-	-	-	158,7

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2015
in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
	in Mrd. €												
Gesamte Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen	8,1	1,5	-0,3	1,1	-0,1	0,3	10,1	0,7	0,5	-	-	-	21,8

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2015
Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Bundesobligation ISIN DE0001141729 WKN 114172	Neuemission	1. Juli 2015	5 Jahre/fällig 16. Oktober 2020 Zinslaufbeginn 3. Juli 2015 erster Zinstermin 16. Oktober 2016	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104602 WKN 110460	Aufstockung	8. Juli 2015	2 Jahre/fällig 16. Juni 2017 Zinslaufbeginn 8. Mai 2015 erster Zinstermin 16. Juni 2016	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102382 WKN 110238	Neuemission	15. Juli 2015	10 Jahre/fällig 15. August 2025 Zinslaufbeginn 17. Juli 2015 erster Zinstermin 15. August 2016	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141729 WKN 114172	Aufstockung	5. August 2015	5 Jahre/fällig 16. Oktober 2020 Zinslaufbeginn 3. Juli 2015 erster Zinstermin 16. Oktober 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102382 WKN 110238	Aufstockung	12. August 2015	10 Jahre/fällig 15. August 2025 Zinslaufbeginn 17. Juli 2015 erster Zinstermin 15. August 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104610 WKN 110461	Neuemission	19. August 2015	2 Jahre/fällig 15. September 2017 Zinslaufbeginn 21. August 2015 erster Zinstermin 15. September 2016	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141729 WKN 114172	Aufstockung	2. September 2015	5 Jahre/fällig 16. Oktober 2020 Zinslaufbeginn 3. Juli 2015 erster Zinstermin 16. Oktober 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102382 WKN 110238	Aufstockung	9. September 2015	10 Jahre/fällig 15. August 2025 Zinslaufbeginn 17. Juli 2015 erster Zinstermin 15. August 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102341 WKN 110234	Aufstockung	16. September 2015	30 Jahre/fällig 15. August 2046 Zinslaufbeginn 28. Februar 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104610 WKN 110461	Aufstockung	23. September 2015	2 Jahre/fällig 15. September 2017 Zinslaufbeginn 21. August 2015 erster Zinstermin 15. September 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
3. Quartal 2015 insgesamt				40 Mrd. €	40 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

**Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2015
Geldmarktinstrumente**

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119485 WKN 111948	Neuemission	13. Juli 2015	6 Monate/fällig 13. Januar 2016	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119493 WKN 111949	Neuemission	27. Juli 2015	12 Monate/fällig 27. Juli 2016	1,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119501 WKN 111950	Neuemission	10. August 2015	6 Monate/fällig 10. Februar 2016	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119527 WKN 111952	Neuemission	14. September 2015	6 Monate/fällig 16. März 2016	2 Mrd. €	2 Mrd. €
3. Quartal 2015 insgesamt				7,5 Mrd. €	7,5 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2015
Sonstiges**

Emission	Art der Begebung	Tendertermin / Termin der Syndizierung	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau)	Volumen ¹ Ist
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere insgesamt 2015	Neuemission oder Aufstockung	am zweiten Dienstag eines Monats außer August und Dezember	Auswahl entsprechend Marktbedingungen	10 - 14 Mrd. €	8 Mrd. €
davon im 3. Quartal					
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030567 WKN 103056	Aufstockung	7. Juli 2015	10 Jahre/fällig 15. April 2026 Zinslaufbeginn 12. März 2015 erster Zinstermin 15. April 2016	1 Mrd. €	1 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030559 WKN 103055	Aufstockung	8. September 2015	15 Jahre/fällig 15. April 2030 Zinslaufbeginn 10. April 2014 erster Zinstermin 15. April 2016	1 Mrd. €	1 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rates am 5. und 6. Oktober 2015 in Luxemburg

In der Eurogruppe am 5. Oktober 2015 wurden die Situation in Griechenland, Reformen im Dienstleistungssektor, Politik im Niedrigzinsumfeld, die spanische Übersicht zur Haushaltsplanung sowie die Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank behandelt.

Zu Griechenland begrüßten die Minister das Bekenntnis der griechischen Regierung zum Reformprogramm. Sie verständigten sich auf diejenigen Reformmaßnahmen, deren Umsetzung die Voraussetzung für die Auszahlung des nächsten Teilbetrags von 2 Mrd. € der ersten Tranche des Hilfsprogramms bildet. Ziel ist die Umsetzung bis Mitte Oktober. Die Verständigung auf ein weiteres Paket von Meilensteinen als Voraussetzung für die Auszahlung des verbleibenden Teilbetrags von 1 Mrd. € soll im Laufe des Oktobers erfolgen.

Die Minister befassten sich mit Reformen im Dienstleistungsbereich auf Grundlage von allgemeinen Leitlinien der Kommission für nationale Reformen, die die Zustimmung der Minister fanden. Finnland, Frankreich und Spanien berichteten über ihre jeweiligen Erfahrungen. Die Minister waren sich einig, dass eine Vertiefung des Binnenmarkts im Dienstleistungsbereich weiteres Wachstumspotenzial für den Euroraum bietet. Sie begrüßten daher, dass die Kommission im Herbst eine neue Binnenmarktstrategie vorlegen wird.

Darüber hinaus setzten die Minister ihre Beratungen bezüglich angemessener Politik im Niedrigzinsumfeld fort. Dabei ging es insbesondere um die Frage, wie mit budgetären Entlastungen aufgrund der niedrigen Zinssätze umgegangen wird. Die Kommission hatte sich dafür ausgesprochen, dass hoch verschuldete Mitgliedstaaten die

Einsparungen zur Defizit- und Schulden-senkung verwenden sollen, während andere Mitgliedstaaten einen Teil der Einsparungen auch zur Finanzierung von Investitionen oder möglicher Kosten von Strukturreformen nutzen könnten.

Die Minister diskutierten die Übersicht zur Haushaltsplanung Spaniens. Spanien hatte diese vor dem Hintergrund der anstehenden Parlamentswahl und damit verbundenen Parlamentsauflösung frühzeitig übermittelt. Die Kommission warnte vor Risiken, die die Einhaltung der Fiskalziele gefährden könnten. Die Eurogruppe wird sich im November mit den Haushaltsentwürfen aller Mitgliedstaaten des Euroraums befassen.

Unter dem Punkt „Sonstiges“ diskutierten die Minister die mögliche Struktur und Organisation europäischer Stimmrechtsgruppen in der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank. Die Diskussion wird im November fortgesetzt.

Im ECOFIN-Rat am 6. Oktober 2015 wurden der verpflichtende automatische Informationsaustausch zu Tax Rulings, die Umsetzung der Bankenunion, die Kapitalmarktunion, das Europäische Semester 2015 sowie der Stabilitäts- und Wachstumspakt thematisiert.

Im Rahmen des Frühstücks fand ein Austausch zum Beschluss des kroatischen Parlaments statt, das die Zwangskonvertierung von in Schweizer Franken ausgegebenen Darlehen zum bei Abschluss gültigen Wechselkurs in Euro festgelegt hatte. Die Kommission informierte die Minister zudem über ihre laufenden Überlegungen in Bezug auf die finanziellen Auswirkungen der Flüchtlingskrise. Zwischen Kommission und Rat bestand

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Einvernehmen, dass die Kommission nun die Berücksichtigung im Rahmen der bestehenden Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts prüft.

Schließlich wurden die Minister beim Frühstück auch über den Stand der Diskussion bezüglich der Modalitäten der Brückenfinanzierung beim Einheitlichen Abwicklungsmechanismus in Kenntnis gesetzt. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble machte deutlich, dass Deutschland für die nationale Brückenfinanzierung bereit sei, ein Vorziehen der Beratungen zur Schaffung eines gemeinsamen Backstops aber ablehne. Die Minister kamen daher überein, dass die Erklärung des ECOFIN von 2013 weiter Gültigkeit habe. Dies bedeutet eine Brückenfinanzierung aus nationalen Quellen ab 2016.

Zum verpflichtenden automatischen Informationsaustausch zu Tax Rulings (Steuerbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen) ab 2017 konnte eine politische Einigung mit dem Ziel einer entsprechenden Änderung der Amtshilferichtlinie erzielt werden. Die luxemburgische Präsidentschaft würdigte die Einigung als wichtigen Schritt für mehr Steuertransparenz.

Zur Umsetzung der Bankenunion unterrichtete die Kommission zum aktuellen Stand der Umsetzung der Bankenrestrukturierungs- und -abwicklungsrichtlinie (BRRD), der Einlagensicherungsrichtlinie sowie der Ratifizierung der intergouvernementalen Vereinbarung (IGA) zum Einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund (SRF)). Die Kommission appellierte an die Mitgliedstaaten, die noch nicht geliefert

haben, ihre nationale Umsetzung bis spätestens zum Jahresende abzuschließen.

Die Kommission stellte zudem ihren am 30. September 2015 vorgelegten Aktionsplan zur Kapitalmarktunion vor. Ziel ist es, durch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, die bis 2019 umgesetzt werden sollen, einen einheitlichen europäischen Kapitalmarkt zu schaffen.

Zur Erfahrungsauswertung zum Europäischen Semester bestand Einvernehmen, dass das diesjährige Verfahren deutliche Verbesserungen gegenüber der Vergangenheit gebracht habe. Die Kommission kündigte Vorschläge zur weiteren Verschärfung und Verstärkung des Prozesses für voraussichtlich Ende Oktober an. Bundesfinanzminister Dr. Schäuble sprach sich für eine weitere Fokussierung der Empfehlungen sowie einen frühzeitigen politischen Austausch zum Reformbedarf in den Mitgliedstaaten aus, auch bevor die länderspezifischen Empfehlungen erstellt würden. Dies würde die nationale Identifikation mit den Empfehlungen verbessern. Er warb zudem dafür, die länderspezifischen Empfehlungen stärker mit den Strukturfonds des EU-Haushalts zu verknüpfen. Die Präsidentschaft bat die Kommission, diesen Vorschlag zu prüfen.

Zum Thema „Stabilitäts- und Wachstumspakt – gemeinsamer Standpunkt zur Flexibilität“ gab der Vorsitzende des Wirtschafts- und Finanzausschusses einen Zwischenbericht über die dortigen Diskussionen. Man sei einer gemeinsamen Position bereits nähergekommen; strittig sei insbesondere noch die Behandlung von Investitionen. Ziel sei eine Einigung beim ECOFIN im Dezember.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Termine, Publikationen

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

9./10. November 2015	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
13. November 2015	ECOFIN Rat (EU-Haushalt) in Brüssel
15./16. November 2015	G20-Gipfel in Antalya
7./8. Dezember 2015	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
17./18. Dezember 2015	Europäischer Rat in Brüssel
14./15. Januar 2016	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
11./12. Februar 2016	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
18./19. Februar 2016	Europäischer Rat in Brüssel
7./8. März 2016	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
17./18. März 2016	Europäischer Rat in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Bundeshaushalts 2016 und des Finanzplans bis 2019

18. März 2015	Eckwertebeschluss des Kabinetts zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019
5. bis 7. Mai 2015	Steuerschätzung in Saarbrücken
3. Juni 2015	Stabilitätsrat
1. Juli 2015	Kabinettsbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019
14. August 2015	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
8. bis 11. September 2015	1. Lesung Bundestag
25. September 2015	1. Beratung Bundesrat
3. bis 5. November 2015	Steuerschätzung in Nürnberg
24. bis 27. November 2015	2./3. Lesung Bundestag
18. Dezember 2015	2. Beratung Bundesrat

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Termine, Publikationen

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
November 2015	Oktober 2015	20. November 2015
Dezember 2015	November 2015	18. Dezember 2015
Januar 2016	Dezember 2015	29. Januar 2016
Februar 2016	Januar 2016	19. Februar 2016
März 2016	Februar 2016	21. März 2016
April 2016	März 2016	21. April 2016
Mai 2016	April 2016	20. Mai 2016
Juni 2016	Mai 2016	20. Juni 2016
Juli 2016	Juni 2016	21. Juli 2016
August 2016	Juli 2016	19. August 2016
September 2016	August 2016	22. September 2016
Oktober 2016	September 2016	21. Oktober 2016
November 2016	Oktober 2016	21. November 2016
Dezember 2016	November 2016	22. Dezember 2016

¹ Nach Special Data Dissemination Standard (SDDS) des IWF, siehe <http://dsbb.imf.org>.

Publikationen des BMF

Das BMF hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Unterrichtsmaterialien Finanzen & Steuern
- Vorsorgen und Steuern sparen (Ausgabe 2015)

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
 Wilhelmstraße 97
 10117 Berlin
 broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721
 Telefax: 03018 10 272 2721

Internet:

<http://www.bundesfinanzministerium.de>
<http://www.bmf.bund.de>

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	55
1 Kreditmarktmittel	55
2 Gewährleistungen	56
3 Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund.....	57
4 Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund.....	59
5 Bundeshaushalt 2014 bis 2019.....	61
6 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2011 bis 2016.....	62
7 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2016	64
8 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2016.....	68
9 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	70
10 Steueraufkommen nach Steuergruppen.....	72
11 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	74
12 Entwicklung der Staatsquote	75
13a Schulden der öffentlichen Haushalte.....	76
13b Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik	78
14 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte.....	79
15 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden.....	80
16 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich.....	81
17 Steuerquoten im internationalen Vergleich.....	82
18 Abgabenquoten im internationalen Vergleich.....	83
19 Staatsquoten im internationalen Vergleich	84
20 Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015	85
 Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte.....	86
 Abb. 1 Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2014/2015	86
1 Die Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2015.....	86
2 Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis August 2015.....	87
3 Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2015	89

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes 93

1	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	94
2	Produktionspotenzial und -lücken	95
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum	96
4	Bruttoinlandsprodukt	97
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	99
6	Kapitalstock und Investitionen	103
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	104
8	Preise und Löhne.....	105

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 107

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	107
2	Preisentwicklung.....	108
3	Außenwirtschaft	109
4	Einkommensverteilung.....	110
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich.....	111
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich.....	112
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich.....	113
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	114
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	115
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	116
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo.....	120

Quellen: soweit nicht anders gekennzeichnet Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel
in Mio. €

	Stand: 31. August 2015	Zunahme	Abnahme	Stand: 30. September 2015
Gliederung nach Schuldenarten				
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	74 500	1 000	-	75 500
Bundesanleihen	683 405	6 000	-	689 405
Bundesschatzbriefe	1 723	-	46	1 677
Bundesschatzanweisungen	114 000	4 000	15 000	103 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	26 544	-	4 004	22 540
Tagesanleihe des Bundes	1 121	0	15	1 106
Schuldscheindarlehen	11 037	-	43	10 994
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	865	-	754	111
Kreditmarktmittel insgesamt	1 157 194			1 152 333
Gliederung nach Restlaufzeiten				
	Stand: 31. August 2015			Stand: 30. September 2015
Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	200 206			194 126
Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	354 984			345 223
Langfristig (mehr als 4 Jahre)	602 004			612 985
Kreditmarktmittel insgesamt	1 157 194			1 152 333

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des BMF im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung	Belegung
		am 30. September 2015	am 30. September 2014
in Mrd. €			
Ausfuhren	160,0	132,2	140,5
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite	65,0	44,8	44,3
FZ-Vorhaben	22,2	12,6	9,7
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	158,0	105,0	107,6
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,8	56,8
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,0	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations – Haushalt Bund

	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs-saldo	Kassenmittel	Münzein-nahmen	Kapitalmarkt-saldo/ Nettokredit-aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
in Mio. €/€ m						
2015 Dezember	-	-	-	-	-	-
November	-	-	-	-	-	-
Oktober	-	-	-	-	-	-
September	228 888	226 166	-2 686	-14 053	188	11 555
August	202 583	196 915	-5 636	-12 976	191	7 531
Juli	180 764	174 943	-5 794	-21 268	179	15 653
Juni	147 444	147 872	450	-4 819	129	5 398
Mai	124 549	113 481	-11 046	-17 612	72	6 638
April	104 640	90 101	-14 518	-34 653	-28	20 106
März	81 483	68 011	-13 454	-28 180	-105	14 620
Februar	59 888	37 371	-22 506	-39 780	-129	17 144
Januar	38 092	19 565	-18 528	-28 905	-126	10 252
2014 Dezember	295 486	295 147	-297	0	297	0
November	273 755	252 401	-21 297	-18 391	118	-2 788
Oktober	251 113	229 707	-21 363	-28 982	137	7 756
September	227 810	208 955	-18 809	-21 206	110	2 507
August	205 597	180 504	-25 052	-29 508	124	4 579
Juli	184 378	159 069	-25 268	-35 248	121	10 100
Juni	150 047	134 048	-15 973	-16 582	94	704
Mai	127 591	103 500	-24 066	-25 388	0	1 322
April	103 067	84 896	-18 139	-28 185	-18	10 028
März	80 119	63 166	-16 936	-24 101	-126	7 040
Februar	59 707	35 554	-24 137	-29 495	-178	5 179
Januar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	-161	18 534
2013 Dezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072
November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144
Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245
August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050
Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954
Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 367
Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	-58	13 213
März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	-107	4 780
Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	-128	168
Januar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	-132	3 222

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations – Haushalt Bund

	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs-saldo	Kassenmittel	Münzein-nahmen	Kapitalmarkt-saldo/ Nettokredit-aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
in Mio. €/€ m						
2012 Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
Juli	184 344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16 515
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	-1	1 298
März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	-77	-2 406
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	-98	-10 254
Januar	42 651	18 162	-24 484	-24 357	-123	-250
2011 Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
Juli	185 285	150 535	-34 709	-4 344	162	-30 202
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 300	94	-36 257
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
Februar	63 623	34 012	-29 593	-17 844	-93	-11 841
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	-90	-3 861

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt –Schulden Bund

	Central Government Debt					Gewährleistungen ¹
	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten				Kreditmarktmittel insgesamt	
	Outstanding debt					Total outstanding debt
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)		Debt guaranteed	
	Short term	Medium term	Long term			
in Mio. €/€ m					in Mrd. €/€ bn	
2015 Dezember	-	-	-	-	-	-
November	-	-	-	-	-	-
Oktober	-	-	-	-	-	-
September	194 126	345 223	612 985	1 152 333	471	
August	200 206	354 984	602 004	1 157 194	-	
Juli	202 205	350 125	594 004	1 146 334	-	
Juni	199 834	346 331	607 064	1 153 229	469	
Mai	197 896	358 174	598 615	1 154 694	-	
April	196 390	353 279	588 623	1 138 291	-	
März	182 714	366 563	595 628	1 144 905	464	
Februar	186 389	374 708	589 632	1 150 729	-	
Januar	187 880	369 704	596 687	1 154 171	-	
2014 Dezember	188 386	363 717	607 701	1 159 804	464	
November	189 068	373 694	605 013	1 167 776	-	
Oktober	194 120	368 692	596 722	1 158 934	-	
September	194 113	363 965	597 130	1 155 207	459	
August	197 551	375 060	586 148	1 158 758	-	
Juli	198 685	370 109	579 210	1 148 003	-	
Juni	203 003	365 337	592 881	1 161 222	452	
Mai	201 653	376 498	582 958	1 161 109	-	
April	203 663	370 577	570 976	1 145 216	-	
März	205 708	355 628	592 045	1 153 381	449	
Februar	208 712	366 656	583 057	1 158 425	-	
Januar	194 906	361 641	587 112	1 143 659	-	
2013 Dezember	199 033	360 431	596 350	1 155 814	443	
November	203 206	369 508	592 718	1 165 432	-	
Oktober	204 212	364 644	579 937	1 148 592	-	
September	204 138	360 829	583 822	1 148 789	470	
August	207 355	371 083	572 836	1 151 273	-	
Juli	207 948	366 074	562 859	1 136 882	-	
Juni	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474	
Mai	207 541	377 104	562 867	1 147 512	-	
April	204 592	372 173	551 886	1 128 651	-	
März	216 723	368 251	558 954	1 143 928	472	
Februar	219 648	378 264	549 986	1 147 897	-	
Januar	219 615	357 434	554 028	1 131 078	-	

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt – Schulden Bund

	Central Government Debt					Gewährleistungen ¹
	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten				Kreditmarktmittel insgesamt	
	Outstanding debt					Total outstanding debt
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)		Debt guaranteed	
	Short term	Medium term	Long term			
in Mio. €/€ m					in Mrd. €/€ bn	
2012 Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470	
November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-	
Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	-	
September	216 883	357 763	555 802	1 130 449	508	
August	221 918	369 000	540 581	1 131 499	-	
Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841	-	
Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459	
Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356	-	
April	226 581	362 000	524 423	1 113 004	-	
März	214 444	351 945	545 695	1 112 084	454	
Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475	-	
Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	-	
2011 Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378	
November	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-	
Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	-	
September	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376	
August	237 224	357 519	534 543	1 129 286	-	
Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	-	
Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361	
Mai	232 210	364 702	534 474	1 131 385	-	
April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-	
März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348	
Februar	234 948	362 885	514 604	1 112 437	-	
Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	-	

¹ Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2014-2019
Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Ist	Soll ¹	RegEntw	Finanzplanung		
	Mrd. €					
1. Ausgaben	295,5	301,7	312,0	318,8	326,3	333,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-4,0	+2,1	+3,4	+2,2	+2,4	+2,1
2. Einnahmen²	295,1	306,4	311,7	318,5	326,0	332,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+3,4	+3,8	+1,7	+2,2	+2,4	+2,1
darunter:						
Steuereinnahmen	270,8	280,1	290,0	299,1	312,2	323,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+4,2	+3,4	+3,6	+3,1	+4,4	+3,7
3. Finanzierungssaldo	-0,3	4,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
in % der Ausgaben	0,1	X	0,1	0,1	0,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme³ (-)	201,8	176,0	209,1	185,8	193,0	182,9
5. Sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	-1,5	-12,6	3,2	0,6	-0,9	-2,3
6. Tilgungen (+)	200,3	188,6	205,9	185,2	193,9	185,2
7. Nettokreditaufnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
nachrichtlich:						
investive Ausgaben	29,3	30,1	30,4	31,2	31,8	30,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-12,6	+2,2	+1,2	+2,5	+1,8	-4,0
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	2,5	3,0	2,5	2,5	2,5	2,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ Entwurf zum 2. Nachtragshaushalt 2015, Stand 29. September 2015.² Gemäß BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.³ Nach Abzug der Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Oktober 2015




Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2011 bis 2016

Ausgabeart	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Ist				Soll ¹	RegEntwurf ²
	in Mio. €					
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 856	28 046	28 575	29 209	29 995	30 707
Aktivitätsbezüge	20 702	20 619	20 938	21 280	21 747	22 280
ziviler Bereich	9 274	9 289	9 599	9 997	11 241	11 306
militärischer Bereich	11 428	11 331	11 339	11 283	10 506	10 974
Versorgung	7 154	7 427	7 637	7 928	8 248	8 427
ziviler Bereich	2 472	2 538	2 619	2 699	2 832	2 830
militärischer Bereich	4 682	4 889	5 018	5 229	5 417	5 596
Laufender Sachaufwand	21 946	23 703	23 152	23 174	24 460	25 949
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 545	1 384	1 453	1 352	1 417	1 490
militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 137	10 287	8 550	8 814	9 568	10 164
sonstiger laufender Sachaufwand	10 264	12 033	13 148	13 008	13 476	14 295
Zinsausgaben	32 800	30 487	31 302	25 916	21 934	23 807
an andere Bereiche	32 800	30 487	31 302	25 916	21 934	23 807
Sonstige	32 800	30 487	31 302	25 916	21 934	23 807
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	32 759	30 446	31 261	25 874	21 892	23 766
an Ausland	- 0	-	-	0	0	0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 554	187 734	190 781	187 308	194 894	200 693
an Verwaltungen	15 930	17 090	27 273	21 108	24 216	23 965
Länder	10 642	11 529	13 435	14 133	16 030	16 699
Gemeinden	12	8	8	5	6	6
Sondervermögen	5 276	5 552	13 829	6 969	8 180	7 260
Zweckverbände	1	1	0	0	0	0
an andere Bereiche	171 624	170 644	163 508	166 200	170 678	176 728
Unternehmen	23 882	24 225	25 024	25 517	26 980	27 898
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	26 718	26 307	27 055	28 029	28 770	28 271
an Sozialversicherung	115 398	113 424	103 693	104 719	106 761	111 329
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 665	1 668	1 656	1 889	2 035	2 117
an Ausland	3 958	5 017	6 075	6 043	6 131	7 111
an Sonstige	2	2	5	5	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	270 156	269 971	273 811	265 607	271 284	281 156

¹ Entwurf zum 2. Nachtragshaushalt 2015, Stand 29. September 2015.² Stand: Kabinettsbeschluss vom 1. Juli 2015.

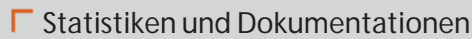

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2011 bis 2016

Ausgabeart	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Ist				Soll ¹	RegEntwurf ²
	in Mio. €					
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 175	7 760	7 895	7 865	7 841	9 046
Baumaßnahmen	5 814	6 147	6 264	6 419	6 132	7 085
Erwerb von beweglichen Sachen	869	983	1 020	983	1 222	1 325
Gründerwerb	492	629	611	463	486	636
Vermögensübertragungen	15 284	16 005	15 327	16 575	21 269	20 229
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14 589	15 524	14 772	15 971	20 593	19 509
an Verwaltungen	5 243	5 789	4 924	4 854	8 481	5 603
Länder	5 178	5 152	4 873	4 786	4 895	5 265
Gemeinden und Gemeindeverbände	65	56	52	68	86	107
Sondervermögen	-	581	-	0	3 501	231
an andere Bereiche	9 346	9 735	9 848	11 118	12 112	13 907
Sonstige – Inland	6 060	6 234	6 393	5 886	7 035	8 066
Ausland	3 287	3 501	3 455	5 232	5 077	5 841
sonstige Vermögensübertragungen	695	480	555	604	676	719
an andere Bereiche	695	480	555	604	676	719
Unternehmen – Inland	260	4	7	5	30	30
Sonstige – Inland	123	129	141	135	136	132
Ausland	311	348	406	464	510	557
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 613	13 040	10 810	5 439	1 624	1 869
Darlehensgewährung	2 825	2 736	2 032	1 024	1 554	1 416
an Verwaltungen	1	1	0	0	1	1
Länder	1	1	0	0	1	1
an andere Bereiche	2 825	2 735	2 032	1 023	1 553	1 416
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 115	1 070	597	793	1 156	1 126
Ausland	1 710	1 666	1 435	230	397	290
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	788	10 304	8 778	4 416	71	453
Inland	0	0	91	72	71	113
Ausland	788	10 304	8 687	4 343	0	340
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 072	36 804	34 032	29 879	30 734	31 143
darunter: investive Ausgaben	25 378	36 324	33 477	29 275	30 059	30 424
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	- 319	- 300
Ausgaben zusammen	296 228	306 775	307 843	295 486	301 700	312 000

¹ Entwurf zum 2. Nachtragshaushalt 2015, Stand 29. September 2015.² Stand: Kabinettsbeschluss vom 1. Juli 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2016


		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
0	Allgemeine Dienste	70 623	63 851	27 196	20 212	0	16 443
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	15 137	14 606	4 127	1 886	0	8 593
02	auswärtige Angelegenheiten	11 921	6 499	568	257	0	5 673
03	Verteidigung	33 966	33 744	16 570	15 874	0	1 300
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 797	4 363	2 662	1 358	0	343
05	Rechtsschutz	501	484	307	120	0	56
06	Finanzverwaltung	4 302	4 155	2 961	718	0	476
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	21 717	18 079	549	1 204	0	16 326
13	Hochschulen	5 414	4 397	12	10	0	4 375
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	3 563	3 558	0	182	0	3 376
15	sonstiges Bildungswesen	355	261	12	71	0	178
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	11 640	9 284	524	929	0	7 831
19	übrige Bereiche aus 1	746	579	1	12	0	566
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	158 205	157 273	301	288	0	156 683
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	106 718	106 718	39	0	0	106 679
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und Ähnliches	8 531	8 530	0	0	0	8 530
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 112	1 551	0	4	0	1 547
25	Arbeitsmarktpolitik	32 196	32 083	1	76	0	32 006
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	394	391	0	25	0	366
29	übrige Bereiche aus 2	8 255	8 000	262	183	0	7 555
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2 287	1 385	388	636	0	361
31	Gesundheitswesen	621	581	222	254	0	105
32	Sport und Erholung	195	139	0	7	0	132
33	Umwelt- und Naturschutz	864	475	99	313	0	63
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	607	190	67	62	0	62
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 966	517	0	19	0	498
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 273	506	0	8	0	498
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	690	11	0	11	0	0
43	kommunale Gemeinschaftsdienste	3	0	0	0	0	0
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 036	568	15	240	0	314
52	Landwirtschaft und Ernährung	1 011	544	0	232	0	311
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	129	129	0	101	0	28
529	übrige Bereiche aus 52	882	415	0	131	0	284
599	übrige Bereiche aus 5	26	24	15	8	0	2

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach
Ausgabengruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2016

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
in Mio. €						
0	Allgemeine Dienste	1 239	4 902	630	6 772	6 753
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	400	131	0	531	531
02	auswärtige Angelegenheiten	148	4 644	630	5 422	5 421
03	Verteidigung	177	44	0	222	204
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	351	83	0	434	434
05	Rechtsschutz	17	0	0	17	17
06	Finanzverwaltung	146	0	0	146	146
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	117	3 522	0	3 638	3 638
13	Hochschulen	1	1 015	0	1 016	1 016
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	0	5	0	5	5
15	sonstiges Bildungswesen	0	94	0	94	94
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	114	2 242	0	2 356	2 356
19	übrige Bereiche aus 1	1	166	0	167	167
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	16	909	7	933	262
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	0	0	0	0	0
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und Ähnliches	0	0	0	0	0
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	559	1	561	4
25	Arbeitsmarktpolitik	0	113	0	113	0
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	3	0	3	3
29	übrige Bereiche aus 2	15	234	7	255	255
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	445	456	0	901	901
31	Gesundheitswesen	32	7	0	39	39
32	Sport und Erholung	0	56	0	56	56
33	Umwelt- und Naturschutz	6	383	0	389	389
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	406	10	0	417	417
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	0	1 445	4	1 449	1 449
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	0	763	4	767	767
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	0	679	0	679	679
43	kommunale Gemeinschaftsdienste	0	3	0	3	3
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1	467	1	468	468
52	Landwirtschaft und Ernährung	0	466	1	467	467
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
529	übrige Bereiche aus 52	0	466	1	467	467
599	übrige Bereiche aus 5	1	1	0	1	1

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2016


		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 802	3 028	81	724	0	2 224
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	125	0	0	0	0	0
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 698	1 667	0	0	0	1 667
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	876	772	0	335	0	437
65	Handel und Tourismus	368	368	0	302	0	66
66	Geld- und Versicherungswesen	40	10	0	10	0	0
68	sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 213	93	0	40	0	52
69	regionale Fördermaßnahmen	1 386	25	0	24	0	1
699	übrige Bereiche aus 6	96	94	81	13	0	0
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	18 628	4 458	1 110	2 190	0	1 159
72	Straßen	8 786	1 181	0	998	0	183
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 576	560	102	386	0	72
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	5 349	82	0	4	0	78
75	Luftfahrt	336	222	60	23	0	140
799	übrige Bereiche aus 7	2 581	2 414	948	779	0	687
8	Finanzwirtschaft	31 735	31 996	1 067	436	23 807	6 685
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 912	5 912	0	0	0	5 912
82	Steuern und Finanzzuweisungen	811	773	0	0	0	773
83	Schulden	23 815	23 815	0	8	23 807	0
84	Beihilfen, Unterstützungen und Ähnliches	567	567	567	0	0	0
88	Globalposten	200	500	500	0	0	0
899	übrige Bereiche aus 8	429	429	0	428	0	0
Summe aller Hauptfunktionen		312 000	281 156	30 707	25 949	23 807	200 693

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2016

Funktion	Ausgabengruppe	Sachinvestitionen	Vermögensübertragungen	Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapitalrechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
in Mio. €						
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	2	1 657	1 115	2 774	2 744
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	0	125	0	125	125
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	0	31	0	31	31
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	0	105	0	105	105
65	Handel und Tourismus	0	0	0	0	0
66	Geld- und Versicherungswesen	0	30	0	30	0
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	0	5	1 115	1 120	1 120
69	regionale Fördermaßnahmen	0	1 361	0	1 361	1 361
699	übrige Bereiche aus 6	2	0	0	2	2
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	7 226	6 832	113	14 170	14 170
72	Straßen	6 165	1 441	0	7 606	7 606
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 015	1	0	1 016	1 016
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	0	5 267	0	5 267	5 267
75	Luftfahrt	1	0	113	114	114
799	übrige Bereiche aus 7	45	122	0	168	168
8	Finanzwirtschaft	0	38	0	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	0	0	0	0	0
82	Steuern und Finanzzuweisungen	0	38	0	38	38
83	Schulden	0	0	0	0	0
84	Beihilfen, Unterstützungen und Ähnliches	0	0	0	0	0
88	Globalposten	0	0	0	0	0
899	übrige Bereiche aus 8	0	0	0	0	0
Summe aller Hauptfunktionen		9 046	20 229	1 869	31 143	30 424



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2014
 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
Ist-Ergebnisse									
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd. €	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 8,6	+ 12,7	+ 37,5	+ 2,1	+ 0,0	- 1,4	- 1,0	+ 3,3
Einnahmen	Mrd. €	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 17,9	+ 0,2	+ 6,0	+ 5,0	+ 0,0	- 1,5	- 0,1	+ 7,8
Finanzierungssaldo	Mrd. €	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	- 31,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 0,4	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Münzeinnahmen	Mrd. €	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd. €	0,0	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	0,7	0,0	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd. €	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 12,4	+ 5,9	+ 6,5	+ 3,4	+ 4,5	+ 0,5	- 1,7	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,1
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
Zinsausgaben	Mrd. €	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 14,3	+ 23,1	+ 24,1	+ 5,1	+ 6,7	- 6,2	- 4,7	+ 3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
Investive Ausgaben	Mrd. €	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 10,2	+ 11,0	- 4,4	- 0,5	+ 8,4	+ 8,8	- 1,7	+ 6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
Steuereinnahmen⁴	Mrd. €	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 18,7	+ 0,5	+ 6,0	+ 4,6	+ 4,7	- 3,4	+ 3,3	+ 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁵	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,1
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	9,7	12,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0	.	75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
nachrichtlich: Schuldenstand⁶									
öffentliche Haushalte ⁵	Mrd. €	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1 018,8	1 210,9	1 489,9
darunter: Bund	Mrd. €	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903,3

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts
1969 bis 2016
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	
										Ist-Ergebnisse
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd. €	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	301,7	312,0	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+3,5	+3,9	-2,4	+3,6	+0,3	-4,0	+2,1	+3,4	
Einnahmen	Mrd. €	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	306,4	311,7	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-4,7	+0,6	+7,4	+2,0	+0,5	+3,4	+3,8	+1,7	
Finanzierungssaldo	Mrd. €	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3	4,7	-0,3	
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	-34,1	-44,0	-17,3	-22,5	-22,1	0,0	0,0	0,0	
Münzeinnahmen	Mrd. €	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	
Rücklagenbewegung	Mrd. €	-	-	-	-	-	-	5,0	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	-	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd. €	27,9	28,2	27,9	28,0	28,6	29,2	30,0	30,7	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+3,4	+0,9	-1,2	+0,7	+1,9	+2,2	+2,7	+2,4	
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,6	9,3	9,4	9,1	9,3	9,9	9,9	9,8	
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	14,9	14,8	13,1	12,9	12,7	12,4	12,4	12,7	
Zinsausgaben	Mrd. €	38,1	33,1	32,8	30,5	31,3	25,9	21,9	23,8	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-5,2	-13,1	-0,9	-7,1	+2,7	-17,2	-15,4	+8,5	
Anteil an den Bundesausgaben	%	13,0	10,9	11,1	9,9	10,2	8,8	7,3	7,6	
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	61,2	57,4	42,4	44,8	47,7	46,5	43,6	47,3	
Investive Ausgaben	Mrd. €	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	30,1	30,4	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+11,5	-3,8	-2,7	+43,1	-7,8	-12,6	+2,7	+1,2	
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,3	8,6	8,6	11,8	10,9	9,9	10,0	9,8	
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	27,8	34,2	27,8	40,7	38,3	33,6	35,0	35,4	
Steuereinnahmen⁴	Mrd. €	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8	270,8	280,1	290,0	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-4,8	-0,7	+9,7	+3,2	+1,5	+4,2	+3,4	+3,6	
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,0	74,5	83,7	83,5	84,4	91,6	92,8	93,0	
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,4	87,2	89,1	90,2	91,0	91,7	91,4	93,1	
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁵	%	43,5	42,6	43,3	42,7	41,9	42,1	42,1	43,6	
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	-34,1	-44,0	-17,3	-22,5	-22,1	0,0	0,0	0,0	
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,7	14,5	5,9	7,3	7,2	0,0	0,0	0,0	
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	126,0	168,8	68,3	61,9	65,9	0,0	0,0	0,0	
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	-38,0	-55,9	-67,0	-83,4	-169,9	0,0	0,0	0,0	
nachrichtlich: Schuldenstand⁶										
öffentliche Haushalte ⁵	Mrd. €	1 694,4	2 011,7	2 025,4	2 068,3	2 038,0	.	.	.	
darunter: Bund	Mrd. €	1 053,8	1 287,5	1 279,6	1 287,5	1 277,3	.	.	.	

¹Entwurf zum 2. Nachtragshaushalt 2015, Stand: 29. September 2015.²Stand: Kabinettsbeschluss vom 1. Juli 2015.³Stand: Juli 2015; 2015 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite.⁴Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.⁵Ab 1991 Gesamtdeutschland⁶Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	in Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	679,2	716,5	717,4	772,3	774,7	780,4	792,5
Einnahmen	668,9	626,5	638,8	746,4	747,7	767,3	795,6
Finanzierungssaldo	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0	-13,0	1,8
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5
Einnahmen	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1
Finanzierungssaldo	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	46,3	62,4	49,8	75,4	64,5	69,3	69,9
Einnahmen	40,4	41,7	43,0	80,6	65,1	77,8	72,5
Finanzierungssaldo	-5,8	-20,7	-6,8	5,3	0,5	8,5	2,7
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	317,4	338,5	340,9	357,0	354,0	351,3	346,5
Einnahmen	299,7	283,3	289,7	344,5	331,7	337,4	348,8
Finanzierungssaldo	-17,6	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-13,9	2,4
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	277,2	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7	319,4
Einnahmen	276,2	260,1	266,8	286,5	293,5	306,8	318,9
Finanzierungssaldo	-1,1	-27,0	-20,6	-9,6	-5,7	-1,9	-0,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	48,4	44,2	46,3	48,1
Einnahmen	-	-	-	48,0	44,8	48,0	50,0
Finanzierungssaldo	-	-	-	-0,4	0,6	1,7	0,4
Länder insgesamt ¹							
Ausgaben	277,2	287,1	287,3	319,6	321,4	329,5	341,3
Einnahmen	276,2	260,1	266,8	308,9	315,7	329,2	342,8
Finanzierungssaldo	-1,1	-27,0	-20,6	-10,6	-5,6	-0,2	0,1
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	168,0	178,3	182,3	184,9	187,5	195,6	205,1
Einnahmen	176,4	170,8	175,4	183,9	190,0	197,3	205,3
Finanzierungssaldo	8,4	-7,5	-6,9	-1,0	2,6	1,7	0,2
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,7	4,9	5,1	16,4	17,1	11,4	17,6
Einnahmen	4,7	4,7	4,9	15,3	16,2	10,7	16,7
Finanzierungssaldo	0,0	-0,3	-0,2	-1,1	-1,8	-0,6	-0,9
Gemeinden insgesamt ¹							
Ausgaben	170,4	180,9	185,0	196,9	200,5	204,7	217,6
Einnahmen	178,8	173,1	177,9	194,8	202,3	205,8	217,0
Finanzierungssaldo	8,4	-7,7	-7,0	-2,1	0,8	1,1	-0,7

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	4,6	5,5	0,1	7,7	0,3	0,7	1,6
Einnahmen	3,2	-6,3	2,0	16,8	0,2	2,6	3,7
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3	-4,0
Einnahmen	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	3,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	13,7	34,9	-20,2	51,4	-14,4	7,5	0,8
Einnahmen	4,1	3,0	3,2	87,5	-19,3	19,5	-6,8
Bund insgesamt							
Ausgaben	4,8	6,7	0,7	4,7	-0,8	-0,8	-1,4
Einnahmen	4,7	-5,5	2,3	18,9	-3,7	1,7	3,4
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,4	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2	3,5
Einnahmen	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5	4,5	4,0
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-8,7	4,7	3,9
Einnahmen	-	-	-	-	-6,7	7,0	4,2
Länder insgesamt							
Ausgaben	4,4	3,6	0,1	11,2	0,6	2,5	3,6
Einnahmen	1,1	-5,8	2,6	15,8	2,2	4,3	4,1
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,0	6,1	2,2	1,4	1,4	4,4	4,8
Einnahmen	3,9	-3,2	2,7	4,9	3,3	3,8	4,1
Extrahaushalte							
Ausgaben	1,9	5,1	2,8	224,7	3,9	-33,4	55,0
Einnahmen	0,4	-1,1	4,8	213,1	6,1	-33,9	55,6
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	4,0	6,1	2,3	6,4	1,8	2,1	6,3
Einnahmen	3,8	-3,2	2,8	9,5	3,8	1,7	5,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Bis 2010 sind als Extrahaushalte ausgewählte Sondervermögen der jeweiligen Ebene ausgewiesen.

Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Abgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen") finanzstatistisch dargestellt.

¹ Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: Juli 2015.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	in Mrd. €			in %	
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
in Mrd. €		in %			
Bundesrepublik Deutschland					
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3
2014	643,6	335,8	307,8	52,2	47,8
2015 ²	666,5	350,5	315,9	52,6	47,4
2016 ²	691,4	366,0	325,4	52,9	47,1
2017 ²	715,5	383,0	332,5	53,5	46,5
2018 ²	742,7	402,0	340,7	54,1	45,9
2019 ²	768,7	419,5	349,2	54,6	45,4

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 5. bis 7. Mai 2015.

Stand: Mai 2015.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung


Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹
(Steuer- und Sozialbeitragsentnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²			Abgrenzung der Finanzstatistik ³		
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
	in Relation zum BIP in %					
1960	33,4	23,0	10,3	.	.	.
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,3	22,0	16,3	36,9	21,4	15,5
1992	39,1	22,4	16,7	38,1	22,1	16,0
1993	39,5	22,3	17,2	38,4	21,9	16,4
1994	40,1	22,4	17,7	38,7	21,9	16,8
1995	40,1	22,0	18,1	39,1	21,9	17,2
1996	40,5	21,8	18,7	38,9	21,2	17,6
1997	40,4	21,5	19,0	38,4	20,7	17,7
1998	40,6	21,9	18,7	38,5	21,1	17,4
1999	41,4	22,9	18,5	39,1	21,9	17,2
2000	41,2	23,2	18,1	39,0	22,1	16,9
2001	39,3	21,4	17,8	37,1	20,5	16,6
2002	38,8	21,0	17,8	36,7	20,0	16,7
2003	39,1	21,1	18,0	36,7	19,9	16,8
2004	38,2	20,6	17,6	36,0	19,5	16,5
2005	38,2	20,8	17,4	35,9	19,6	16,2
2006	38,5	21,6	16,9	36,8	20,4	16,4
2007	38,5	22,4	16,1	36,3	21,4	14,9
2008	38,8	22,7	16,1	36,8	21,9	14,9
2009	39,3	22,4	16,9	37,0	21,3	15,7
2010	37,9	21,4	16,5	35,8	20,6	15,3
2011	38,4	22,0	16,4	36,4	21,2	15,1
2012	39,0	22,5	16,5	37,1	21,8	15,3
2013	39,1	22,6	16,5	37,3	22,0	15,3
2014	39,2	22,6	16,5	37,4	22,1	15,4

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
2012 bis 2014: vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2015.

³ Bis 2011: Rechnungsergebnisse. 2012 bis 2014: teilweise Kassenergebnisse.



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	Ausgaben des Staates		
	insgesamt	darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³
in Relation zum BIP in %			
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1985	45,2	27,8	17,4
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,4	28,8	17,5
1992	47,2	28,5	18,7
1993	48,0	28,6	19,4
1994	47,9	28,4	19,5
1995 ⁴	48,2	28,2	20,0
1995	54,7	34,6	20,0
1996	48,9	28,1	20,9
1997	48,1	27,4	20,7
1998	47,7	27,2	20,5
1999	47,7	27,1	20,6
2000 ⁵	44,7	24,2	20,5
2000	45,1	23,9	21,2
2001	46,9	26,3	20,6
2002	47,3	26,3	21,0
2003	47,8	26,5	21,3
2004	46,3	25,8	20,6
2005	46,2	26,0	20,2
2006	44,7	25,4	19,3
2007	42,8	24,4	18,4
2008	43,6	25,2	18,4
2009	47,6	27,2	20,3
2010	47,3	27,6	19,6
2011	44,7	25,9	18,8
2012	44,4	25,7	18,7
2013	44,5	25,6	18,9
2014	44,3	25,3	19,0

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
2012 bis 2014: vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2015.³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhändanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der VGR wirken diese Erlöse ausgabenkend.


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Schulden (Mio. €)						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel i.w.S.	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel i.w.S.	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346
Kreditmarktmittel i.w.S.	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 337
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	986	1 124	1 325	20 827
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	571
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel i.w.S.	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386
Kassenkredite	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 771
Kreditmarktmittel i.w.S.	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 724
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 555
Maastricht-Schuldenstand	1 397 938	1 469 117	1 540 311	1 588 545	1 598 062	1 666 170	1 783 669
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14 357	-	-	-
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	-
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 498
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 493

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 13a : Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Schulden (Mio. €)						
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	531
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-	-	-	531
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	.
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-	-	-	36
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	-
	Anteil an den Schulden (in %)						
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							0,0
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
	Anteil der Schulden am BIP (in %)						
Öffentlicher Gesamthaushalt	61,2	63,0	64,8	64,6	61,8	61,6	68,9
Bund	37,2	38,3	39,3	39,7	38,1	38,5	42,8
Kernhaushalte	34,6	35,8	38,6	38,4	37,4	37,5	40,3
Extrahaushalte	2,6	2,5	0,7	1,3	0,6	1,0	2,4
Länder	19,1	19,8	20,5	20,2	19,3	18,9	21,4
Gemeinden	4,8	4,9	5,0	4,7	4,4	4,2	4,6
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	23,9	24,7	25,5	24,9	23,7	23,1	26,0
Maastricht-Schuldenstand	63,0	64,7	66,9	66,4	63,6	65,0	72,5
	Schulden insgesamt (€)						
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2220,1	2270,6	2300,9	2393,3	2513,2	2561,7	2460,3
Einwohner 30. Juni	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte
Neue Systematik¹

	2010	2011	2012	2013	2014
	in Mio. €				
Öffentlicher Gesamthaushalt²	2 011 677	2 025 438	2 068 289	2 043 344	2 049 014
in Relation zum BIP in %	78,0	74,9	75,1	72,4	70,3
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517	1 282 683	1 289 542
Wertpapiersschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179	1 262 675	1 269 607
Kassenkredite	16 256	7 313	14 338	20 008	19 936
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882	1 091 201	1 092 592
Extrahaushalte Wertpapiersschulden und Kredite	251 813	236 181	214 635	191 482	196 951
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395	12 224	12 576
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450	24 328	25 524
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265	21 194	19 870
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520	133 732	136 125
sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5	3	2856
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929	624 915	619 477
Wertpapiersschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626	620 948	611 894
Kassenkredite	4 930	3 748	6 304	3 967	7 583
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389	542 375	547 166
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541	82 540	72 311
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178	135 116	139 436
Wertpapiersschulden und Kredite	84 363	85 613	87 758	87 733	91 405
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419	47 383	48 031
Kernhaushalte	115 253	121 092	126 331	125 903	127 518
Zweckverbände ³ und sonstige Extrahaushalte	8 315	8 542	8 846	9 213	11 918
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665	631	559
Wertpapiersschulden und Kredite	539	765	661	625	559
Kassenkredite	0	58	4	6	0
Kernhaushalte	506	735	627	598	539
Extrahaushalte⁴	32	88	38	33	20
Schulden insgesamt (€)					
je Einwohner	24 607	25 244	25 725	25 356	25 320
Maastricht-Schuldenstand	2 090 037	2 118 535	2 195 819	2 181 924	2 184 302
in Relation zum BIP in %	81,0	78,4	79,7	77,4	74,9
nachrichtlich:					
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 580	2 703	2 755	2 821	2 916
Einwohner 30. Juni	81 750 716	80 233 104	80 399 253	80 585 684	80 925 031

¹ Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

² Einschließlich aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.

³ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

⁴ Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank, Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen.



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
	in Mrd. €			in Relation zum BIP in %			in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-50,0	-60,9	10,9	-3,2	-3,9	0,7	-62,8	-4,0
1992	-44,0	-42,0	-2,0	-2,6	-2,5	-0,1	-59,2	-3,5
1993	-53,9	-56,5	2,6	-3,1	-3,2	0,1	-70,5	-4,0
1994	-45,9	-47,3	1,5	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,2
1995 ⁴	-179,0	-171,2	-7,8	-9,4	-9,0	-0,4	-55,9	-2,9
1995	-59,4	-51,6	-7,8	-3,1	-2,7	-0,4	-	-
1996	-68,2	-60,9	-7,4	-3,5	-3,2	-0,4	-62,3	-3,2
1997	-57,9	-58,2	0,2	-2,9	-3,0	0,0	-48,1	-2,4
1998	-51,1	-52,3	1,2	-2,5	-2,6	0,1	-28,8	-1,4
1999	-35,1	-38,9	3,9	-1,7	-1,9	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	18,2	-27,4	-1,3	0,9	0,9	-0,1	-	-
2000	-32,6	-31,3	-1,3	-1,5	-1,5	-0,1	-34,0	-1,6
2001	-67,8	-62,5	-5,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,1
2002	-87,1	-79,9	-7,3	-3,9	-3,6	-0,3	-56,8	-2,6
2003	-92,7	-85,4	-7,3	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,1
2004	-84,9	-83,8	-1,1	-3,7	-3,7	0,0	-65,5	-2,9
2005	-78,6	-73,5	-5,1	-3,4	-3,2	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-41,2	-45,5	4,3	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,7
2007	4,7	-5,5	10,2	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-4,5	-11,0	6,4	-0,2	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-79,6	-65,2	-14,4	-3,2	-2,6	-0,6	-90,0	-3,7
2010	-108,9	-112,7	3,8	-4,2	-4,4	0,1	-78,7	-3,1
2011	-25,9	-41,2	15,3	-1,0	-1,5	0,6	-25,9	-1,0
2012	-2,4	-20,7	18,3	-0,1	-0,8	0,7	-27,0	-1,0
2013	-3,1	-8,5	5,3	-0,1	-0,3	0,2	-13,0	-0,5
2014	8,9	5,6	3,4	0,3	0,2	0,1	1,8	0,1

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.² Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
2012 bis 2014: vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2015.³ Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser.
Bis 2012: Rechnungsergebnisse, 2013 und 2014: Kassenergebnisse.⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandaanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise geleistete Vermögensübertragungen.⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP								
	1995	2000 ²	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	-9,3	1,0	-3,3	-4,1	0,1	0,1	0,7	0,6	0,5
Belgien	-4,4	-0,1	-2,6	-4,0	-4,1	-2,9	-3,2	-2,6	-2,4
Estland	-	0,0	1,1	0,2	-0,2	-0,2	0,6	-0,2	-0,1
Finnland	-5,9	6,9	2,6	-2,6	-2,1	-2,5	-3,2	-3,3	-3,2
Frankreich	-5,1	-1,3	-3,2	-6,8	-4,8	-4,1	-4,0	-3,8	-3,5
Griechenland	-	-	-	-11,1	-8,7	-12,3	-3,5	-2,1	-2,2
Irland	-2,1	4,9	1,3	-32,5	-8,1	-5,8	-4,1	-2,8	-2,9
Italien	-7,3	-1,3	-4,2	-4,2	-3,0	-2,9	-3,0	-2,6	-2,0
Lettland	-1,4	-2,8	-0,4	-8,1	-0,8	-0,7	-1,4	-1,4	-1,6
Litauen	-	-	-0,3	-6,9	-3,1	-2,6	-0,7	-1,5	-0,9
Luxemburg	2,4	5,7	0,2	-0,5	0,1	0,9	0,6	0,0	0,3
Malta	-3,5	-5,5	-2,7	-3,3	-3,6	-2,6	-2,1	-1,8	-1,5
Niederlande	-8,6	1,9	-0,3	-5,0	-4,0	-2,3	-2,3	-1,7	-1,2
Österreich	-6,1	-2,0	-2,5	-4,5	-2,2	-1,3	-2,4	-2,0	-2,0
Portugal	-5,2	-3,2	-6,2	-11,2	-5,6	-4,8	-4,5	-3,1	-2,8
Slowakei	-3,3	-12,1	-2,9	-7,5	-4,2	-2,6	-2,9	-2,7	-2,5
Slowenien	-8,2	-3,6	-1,5	-5,6	-4,0	-14,9	-4,9	-2,9	-2,8
Spanien	-7,0	-1,0	1,2	-9,4	-10,3	-6,8	-5,8	-4,5	-3,5
Zypern	-0,7	-2,2	-2,2	-4,8	-5,8	-4,9	-8,8	-1,1	-0,1
Euroraum	-	-	-	-6,1	-3,6	-2,9	-2,4	-2,0	-1,7
Bulgarien	-7,2	-0,5	1,0	-3,2	-0,7	-0,9	-2,8	-2,9	-2,9
Dänemark	-3,6	1,9	5,0	-2,7	-3,7	-1,1	1,2	-1,5	-2,6
Kroatien	-	-	-	-	-5,3	-5,4	-5,7	-5,6	-5,7
Polen	-4,2	-3,0	-4,0	-7,6	-3,7	-4,0	-3,2	-2,8	-2,6
Rumänien	-2,0	-4,7	-1,2	-6,6	-2,9	-2,2	-1,5	-1,6	-3,5
Schweden	-7,0	3,2	1,8	0,0	-0,9	-1,4	-1,9	-1,5	-1,0
Tschechien	-12,4	-3,5	-3,1	-4,4	-3,9	-1,2	-2,0	-2,0	-1,5
Ungarn	-8,7	-3,0	-7,9	-4,5	-2,3	-2,5	-2,6	-2,5	-2,2
Vereinigtes Königreich	-5,6	1,2	-3,5	-9,7	-8,3	-5,7	-5,7	-4,5	-3,1
EU	-	-	-	-	-4,2	-3,2	-2,9	-2,5	-2,0
USA	-4,1	0,8	-4,2	-12,0	-8,9	-5,6	-4,9	-4,2	-3,8
Japan	-4,6	-7,5	-4,8	-8,3	-8,7	-8,5	-7,8	-7,1	-6,5

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95. Ab September 2014 ist für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der EU das ESVG 2010 maßgeblich.

² Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Ameco.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2015.

Stand: Mai 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung


Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP								
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	54,9	59,0	67,1	80,5	79,3	77,1	74,7	71,5	68,2
Belgien	130,7	109,0	94,7	99,5	103,8	104,4	106,5	106,5	106,4
Estland	8,2	5,1	4,5	6,5	9,7	10,1	10,6	10,3	9,8
Finnland	55,1	42,5	40,0	47,1	52,9	55,8	59,3	62,6	64,8
Frankreich	55,8	58,7	67,2	81,7	89,6	92,3	95,0	96,4	97,0
Griechenland	93,2	99,6	106,8	146,0	156,9	175,0	177,1	180,2	173,5
Irland	78,7	36,3	26,2	87,4	121,7	123,2	109,7	107,1	103,8
Italien	116,9	105,1	101,9	115,3	123,1	128,5	132,1	133,1	130,6
Lettland	13,9	12,2	11,7	46,8	40,9	38,2	40,0	37,3	40,4
Litauen	11,5	23,6	17,6	36,2	39,8	38,8	40,9	41,7	37,3
Luxemburg	7,7	6,1	6,3	19,6	21,9	24,0	23,6	24,9	25,3
Malta	34,4	60,9	70,1	67,6	67,4	69,2	68,0	67,2	65,4
Niederlande	73,5	51,3	49,4	59,0	66,5	68,6	68,8	69,9	68,9
Österreich	68,0	65,9	68,3	82,4	81,5	80,9	84,5	87,0	85,8
Portugal	58,3	50,3	67,4	96,2	125,8	129,7	130,2	124,4	123,0
Slowakei	21,7	49,6	33,8	40,9	52,1	54,6	53,6	53,4	53,5
Slowenien	18,3	25,9	26,3	38,2	53,7	70,3	80,9	81,5	81,7
Spanien	61,7	58,0	42,3	60,1	84,4	92,1	97,7	100,4	101,4
Zypern	47,9	55,2	63,4	56,5	79,5	102,2	107,5	106,7	108,4
Euroraum	70,8	68,0	69,2	83,9	91,1	93,2	94,2	94,0	92,5
Bulgarien	-	70,1	27,1	15,9	18,0	18,3	27,6	29,8	31,2
Dänemark	73,1	52,4	37,4	42,9	45,6	45,0	45,2	39,5	39,2
Kroatien	-	-	40,7	57,0	69,2	80,6	85,0	90,5	93,9
Polen	47,6	36,5	46,7	53,6	54,4	55,7	50,1	50,9	50,8
Rumänien	6,6	22,4	15,7	29,9	37,3	38,0	39,8	40,1	42,4
Schweden	69,9	50,6	48,2	36,8	36,6	38,7	43,9	44,2	43,4
Tschechien	13,6	17,0	28,0	38,2	44,6	45,0	42,6	41,5	41,6
Ungarn	84,5	55,2	60,8	80,9	78,5	77,3	76,9	75,0	73,5
Vereinigtes Königreich	48,3	39,1	41,6	76,4	85,8	87,3	89,4	89,9	90,1
EU	-	-	-	78,5	85,1	87,3	88,6	88,0	86,9
USA	68,8	53,1	64,9	94,8	102,9	104,7	104,8	104,9	104,7
Japan	95,1	143,8	186,4	216,0	236,7	243,2	247,0	250,8	251,9

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Ameco.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2015.

Stand: Mai 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP										
	1965	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland ^{2,3}	23,1	23,9	21,8	22,1	22,1	22,4	22,2	21,3	21,9	22,5	22,7
Belgien	21,0	28,9	27,5	30,2	29,3	29,4	28,0	28,7	29,1	29,8	30,4
Dänemark	28,4	41,8	44,9	46,4	46,7	45,6	45,4	45,5	45,6	46,3	47,8
Finnland	28,0	27,1	31,9	34,3	30,0	29,7	28,8	28,7	30,0	30,1	31,3
Frankreich	22,1	22,6	22,9	27,5	26,7	26,4	25,1	25,5	26,6	27,5	28,2
Griechenland	11,7	13,8	17,5	23,1	20,3	20,4	19,4	20,1	21,8	22,9	22,9
Irland	22,9	25,8	27,8	27,2	26,3	24,1	22,5	22,5	22,2	23,1	23,9
Italien	16,2	17,8	24,4	29,0	29,2	28,6	28,7	28,5	28,5	29,8	29,6
Japan	13,9	17,5	21,0	17,3	18,1	17,4	15,9	16,2	16,8	17,2	-
Kanada	23,8	27,2	31,0	30,2	27,6	27,0	26,6	25,9	25,7	25,9	25,7
Luxemburg	17,8	24,2	24,8	27,7	26,9	26,6	27,3	27,0	26,5	27,2	28,0
Niederlande	21,4	25,0	25,3	22,4	23,7	23,1	22,6	23,0	22,1	21,4	-
Norwegen	26,1	33,5	30,2	33,7	34,0	33,3	32,1	33,1	33,2	32,7	31,1
Österreich	25,2	26,7	26,4	27,7	26,9	27,6	26,7	26,8	26,9	27,4	27,9
Polen	-	-	-	19,8	22,6	22,9	20,1	20,3	20,5	20,0	-
Portugal	12,3	15,4	19,3	22,7	23,1	22,8	20,8	21,3	22,9	22,4	24,5
Schweden	27,6	31,2	36,0	36,1	33,2	33,0	33,2	32,3	32,6	32,4	33,0
Schweiz	14,1	17,9	18,0	20,9	20,0	20,5	20,6	20,2	20,4	20,2	20,4
Slowakei	-	-	-	19,7	17,4	17,1	16,1	15,7	16,3	15,7	16,3
Slowenien	-	-	-	22,7	23,6	22,6	21,6	21,9	21,6	21,6	22,0
Spanien	10,3	11,3	20,4	21,8	24,7	20,4	18,1	19,7	19,5	20,6	21,3
Tschechien	-	-	-	18,1	19,3	18,7	18,1	18,0	18,7	19,0	19,3
Ungarn	-	-	-	27,3	26,7	26,7	26,8	25,8	24,0	25,8	26,0
Vereinigtes Königreich	24,8	27,9	28,1	28,8	27,8	27,5	26,0	26,6	27,3	26,7	26,7
Vereinigte Staaten	20,4	19,9	19,7	21,8	20,6	19,1	17,0	17,6	18,5	18,9	19,2

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 - 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2014.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP											
	1965	1975	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland ^{2,3}	31,6	34,3	36,4	34,8	36,3	34,9	35,3	36,1	35,0	35,7	36,5	36,7
Belgien	30,6	38,8	40,6	41,2	43,8	42,4	42,9	42,0	42,4	42,9	44,0	44,6
Dänemark	29,5	37,8	42,3	45,8	48,1	47,7	46,6	46,4	46,5	46,6	47,2	48,6
Finnland	30,0	36,1	35,3	42,9	45,8	41,5	41,2	40,9	40,8	42,0	42,8	44,0
Frankreich	33,6	34,9	39,4	41,0	43,1	42,4	42,2	41,3	41,6	42,9	44,0	45,0
Griechenland	17,0	18,6	20,6	25,0	33,1	30,9	31,2	29,6	31,1	32,5	33,7	33,5
Irland	24,5	27,9	30,1	32,4	30,9	30,4	28,6	27,0	26,8	26,7	27,3	28,3
Italien	24,7	24,5	28,7	36,4	40,6	41,7	41,5	41,9	41,5	41,4	42,7	42,6
Japan	17,8	20,4	24,8	28,5	26,6	28,5	28,5	27,0	27,6	28,6	29,5	-
Kanada	25,2	31,4	30,4	35,3	34,9	32,3	31,6	31,4	30,5	30,4	30,7	30,6
Luxemburg	26,4	31,2	33,9	33,9	37,2	37,2	37,2	39,0	38,0	37,5	38,5	39,3
Niederlande	30,9	38,4	40,4	40,4	36,8	36,3	36,6	35,4	36,1	35,9	36,3	-
Norwegen	29,6	39,2	42,4	41,0	42,6	42,9	42,1	42,0	42,6	42,7	42,3	40,8
Österreich	33,6	36,4	38,7	39,4	42,1	40,5	41,4	41,0	40,9	41,0	41,7	42,5
Polen	-	-	-	-	32,7	34,5	34,2	31,3	31,3	31,8	32,1	-
Portugal	15,7	18,9	21,9	26,5	30,6	31,3	31,3	29,5	30,0	32,0	31,2	33,4
Schweden	31,4	38,9	43,7	49,5	49,0	44,9	43,9	44,0	43,1	42,3	42,3	42,8
Schweiz	16,6	22,5	23,3	23,6	27,6	26,1	26,7	27,1	26,5	27,0	26,9	27,1
Slowakei	-	-	-	-	33,6	28,8	28,7	28,4	27,7	28,3	28,1	29,6
Slowenien	-	-	-	-	36,6	37,1	36,4	36,2	36,7	36,3	36,5	36,8
Spanien	14,3	18,0	22,0	31,6	33,4	36,4	32,2	29,8	31,4	31,2	32,1	32,6
Tschechien	-	-	-	-	32,5	34,3	33,5	32,4	32,5	33,4	33,8	34,1
Ungarn	-	-	-	-	38,7	39,6	39,5	39,0	37,6	36,9	38,5	38,9
Vereinigtes Königreich	29,3	33,6	33,5	33,9	34,7	34,1	34,0	32,3	32,8	33,6	33,0	32,9
Vereinigte Staaten	23,5	24,6	25,5	26,3	28,4	26,9	25,4	23,3	23,7	24,0	24,4	25,4

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2014.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP													
	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	54,6	44,7	46,1	44,6	42,7	43,5	47,4	47,2	44,6	44,2	44,3	43,9	43,7	43,5
Belgien	52,0	48,7	50,9	47,7	47,6	49,4	53,2	52,3	53,4	54,8	54,5	54,3	53,3	52,6
Estland	–	36,4	34,0	33,6	34,3	39,7	46,0	40,5	38,0	39,8	38,8	38,8	40,2	39,8
Finnland	61,1	48,0	49,3	48,3	46,8	48,3	54,8	54,8	54,4	56,1	57,8	58,7	58,9	58,7
Frankreich	54,2	51,1	52,9	52,5	52,2	53,0	56,8	56,4	55,9	56,8	57,0	57,2	56,9	56,5
Griechenland	–	–	–	44,9	46,9	50,6	54,0	52,2	54,0	54,4	60,1	49,3	50,2	47,9
Irland	40,9	31,0	33,5	34,1	35,9	42,0	47,6	66,1	46,3	42,3	40,7	39,0	37,2	36,8
Italien	51,8	45,5	47,1	47,6	46,8	47,8	51,1	49,9	49,1	50,8	50,9	51,1	50,6	49,9
Lettland	35,7	37,7	34,2	36,0	33,9	37,0	43,4	44,0	38,8	36,5	36,0	36,9	36,1	35,6
Litauen	–	–	34,1	34,3	35,2	38,1	44,9	42,3	42,5	36,1	35,5	34,9	33,9	33,4
Luxemburg	38,5	36,4	42,5	39,6	38,1	39,4	45,1	44,0	42,3	43,5	43,6	44,0	44,4	43,8
Malta	39,1	40,2	42,2	42,3	41,1	42,6	41,9	41,0	40,9	42,4	42,3	43,8	44,3	42,4
Niederlande	53,7	41,7	42,7	43,5	42,8	43,8	48,2	48,2	47,0	47,5	46,8	46,6	46,5	45,7
Österreich	55,5	50,3	51,0	50,2	49,1	49,8	54,1	52,8	50,8	50,9	50,9	52,3	52,0	51,2
Portugal	42,6	42,6	46,7	45,2	44,5	45,3	50,2	51,8	50,0	48,5	50,1	49,0	48,0	47,2
Slowakei	48,2	51,8	39,3	38,5	36,1	36,7	43,8	42,0	40,6	40,2	41,0	41,8	42,4	40,1
Slowenien	52,1	46,1	44,9	44,2	42,2	44,0	48,5	49,3	50,0	48,6	59,9	49,8	47,7	46,2
Spanien	44,3	39,1	38,3	38,3	38,9	41,1	45,8	45,6	45,4	47,3	44,3	43,6	42,4	41,4
Zypern	30,8	34,5	39,7	39,1	38,1	38,9	42,6	42,5	42,8	42,1	41,4	49,1	40,7	39,6
Bulgarien	41,3	40,3	37,3	34,2	38,2	37,7	40,6	37,4	34,7	35,2	38,3	39,2	39,3	39,1
Dänemark	58,5	52,7	51,2	49,8	49,6	50,5	56,8	57,1	56,8	58,8	57,1	57,2	56,3	54,9
Kroatien	–	–	–	–	–	–	–	–	48,5	47,0	47,7	48,0	48,3	48,6
Polen	47,7	42,0	44,4	44,7	43,1	44,4	45,2	45,9	43,9	42,9	42,2	41,8	41,7	41,3
Rumänien	34,1	38,4	33,4	35,3	38,3	38,9	40,6	39,6	39,1	36,4	35,2	34,9	34,7	34,3
Schweden	63,5	53,6	52,7	51,3	49,7	50,3	53,1	52,0	51,4	52,6	53,3	53,0	52,7	52,3
Tschechien	51,8	40,4	41,8	40,8	40,0	40,2	43,6	43,0	42,4	43,8	41,9	42,0	42,0	40,8
Ungarn	55,4	47,3	49,8	51,9	50,2	48,9	50,8	49,8	49,9	48,7	49,8	50,1	49,2	46,0
Vereinigtes Königreich	41,9	38,0	42,9	43,0	42,9	46,6	49,7	48,7	46,9	47,0	45,5	44,4	43,2	41,9
Euroraum	–	–	–	46,0	45,3	46,5	50,6	50,4	49,0	49,5	49,4	49,0	48,6	48,0
EU-28	–	–	–	–	–	–	–	–	48,5	49,0	48,6	48,1	47,4	46,7
USA	37,1	33,7	36,4	36,1	36,9	39,0	42,9	42,6	41,5	40,1	38,7	38,2	37,6	37,3
Japan	35,7	38,8	36,4	36,0	35,8	36,9	41,9	40,7	41,9	41,8	42,3	42,7	42,4	41,8

Quelle: EU-Kommission, "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Stand: Mai 2015.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

1	EU-Haushalt 2014				EU-Haushalt 2015			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
2	3	4	5	6	7	8	9	
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	63 986,3	44,8	65 300,1	47,0	66 783,0	46,0	66 923,0	47,4
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 190,9	41,5	56 443,8	40,6	58 808,6	40,5	55 998,6	39,7
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 172,0	1,5	1 665,5	1,2	2 146,7	1,5	1 859,5	1,3
4. Die EU als globaler Akteur	8 325,0	5,8	6 840,9	4,9	8 408,4	5,8	7 422,5	5,3
5. Verwaltung	8 404,5	5,9	8 405,5	6,0	8 660,5	6,0	8 658,8	6,1
6. Ausgleichszahlungen	28,6	0,0	28,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
besondere Instrumente	582,9	0,4	350,0	0,3	515,4	0,35	351,7	0,25
Gesamtbetrag	142 690,3	100,0	139 034,2	100,0	145 321,5	100,0	141 214,0	100,0

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
Rubrik				
1. Nachhaltiges Wachstum	4,4	2,5	2 796,6	1 622,9
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-0,6	-0,8	-382,4	-445,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	-1,2	11,6	-25,3	194,0
4. Die EU als globaler Akteur	1,0	8,5	83,4	581,6
5. Verwaltung	3,0	3,0	255,9	253,3
6. Ausgleichszahlungen	-100,0	-100,0	-28,6	-28,6
besondere Instrumente	-11,6	0,5	-67,5	1,7
Gesamtbetrag	1,8	1,6	2 631,2	2 179,8

Statistiken und Dokumentationen

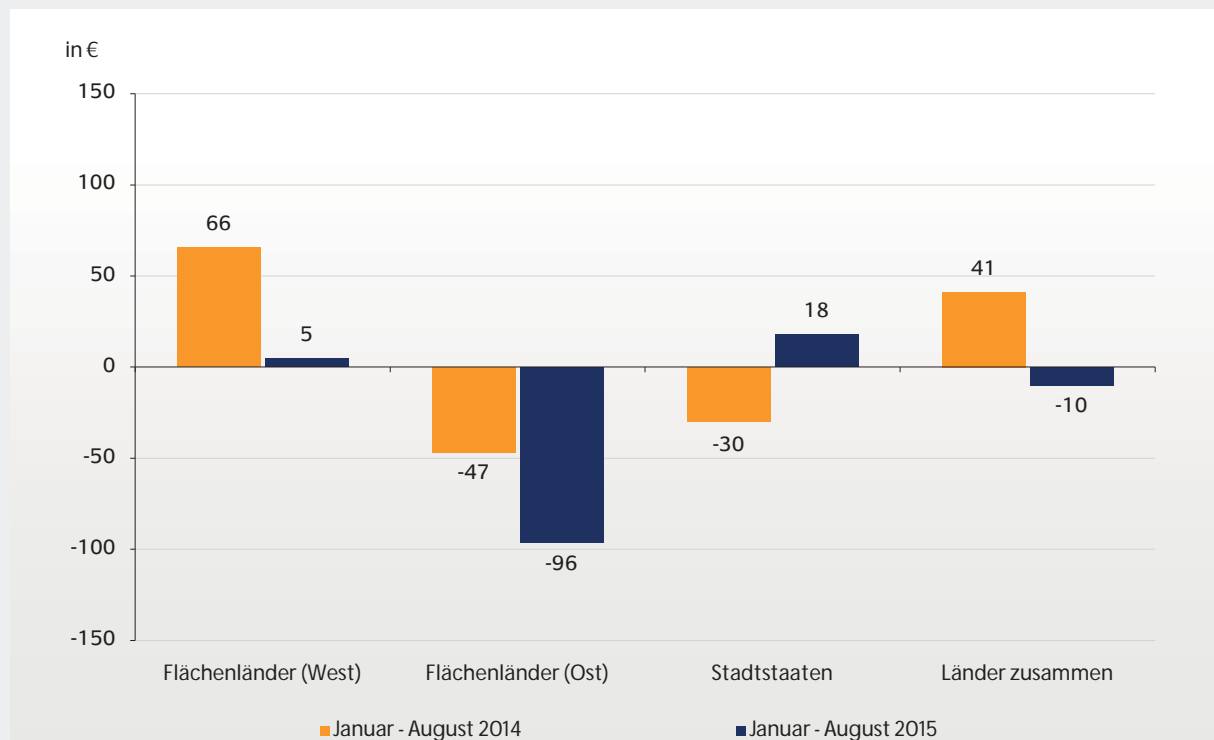
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2015 im Vergleich zum Jahressoll 2015

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
in Mio. €								
Bereinigte Einnahmen	232 161	154 901	54 152	35 260	40 148	27 179	319 242	212 855
darunter:								
Steuereinnahmen	182 591	121 012	32 596	21 966	25 296	17 656	240 483	160 634
übrige Einnahmen	49 570	33 890	21 556	13 294	14 852	9 523	78 759	52 221
Bereinigte Ausgaben	238 702	155 197	55 168	34 055	40 674	27 285	327 326	212 051
darunter:								
Personalausgaben	92 585	61 804	13 743	8 871	13 046	8 616	119 374	79 291
laufender Sachaufwand	15 918	9 980	4 147	2 416	9 353	6 389	29 417	18 785
Zinsausgaben	11 331	7 546	2 077	1 282	3 530	2 126	16 937	10 953
Sachinvestitionen	4 476	2 018	1 673	730	641	371	6 790	3 119
Zahlungen an Verwaltungen	73 240	46 072	19 506	12 747	1 332	986	86 860	55 320
übrige Ausgaben	41 153	27 777	14 023	8 009	12 772	8 796	67 948	44 582
Finanzierungssaldo	-6 542	- 296	-1016	1 205	- 526	- 105	-8 083	805

Abbildung 1: Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2014/2015



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis August 2015

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €								
		August 2014			Juli 2015			August 2015		
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	180 504	201 960	369 317	174 943	187 363	348 489	196 915	212 855	394 737
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	178 034	194 230	372 264	171 862	180 853	352 714	193 809	205 802	399 610
111	Steuereinnahmen	163 240	150 392	313 632	154 315	141 401	295 716	175 099	160 634	335 732
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 792	36 389	38 181	1 577	32 769	34 346	1 803	37 384	39 187
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	1 667	1 667	-	1 648	1 648	-	1 648	1 648
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	2 470	7 730	10 199	3 082	6 510	9 592	3 107	7 053	10 160
121	Veräußerungserlöse	1 088	789	1 877	1 652	143	1 795	1 670	167	1 837
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	886	674	1 561	827	57	884	827	62	889
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	398	4 038	4 436	389	3 799	4 188	377	4 067	4 444
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	205 597	205 299	397 749	180 764	187 288	354 235	202 583	212 051	399 601
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	187 789	188 398	376 188	167 855	172 267	340 121	187 906	194 938	382 844
211	Personalausgaben	19 842	77 477	97 319	18 081	69 764	87 845	20 516	79 291	99 807
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	5 950	23 821	29 772	5 482	22 093	27 575	6 193	25 144	31 337
212	laufender Sachaufwand	12 601	17 385	29 986	11 208	16 518	27 726	12 915	18 785	31 700
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	7 554	11 754	19 308	7 039	10 905	17 944	8 087	12 434	20 521
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	23 300	11 886	35 186	19 630	9 982	29 612	20 071	10 953	31 023
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	12 072	46 205	58 277	12 691	43 830	56 521	13 950	49 405	63 355
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	-	267	267	-	302	302	-	500	500
2142	Zuweisungen an Gemeinden	4	42 987	42 991	17	40 804	40 821	18	45 869	45 886
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	17 807	16 901	34 708	12 909	15 022	27 931	14 678	17 113	31 790
221	Sachinvestitionen	4 007	3 141	7 148	3 129	2 666	5 795	3 822	3 119	6 941
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	2 794	5 402	8 196	2 976	5 409	8 385	3 134	5 915	9 049
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	17 402	16 406	33 807	12 442	14 585	27 027	14 185	16 662	30 847

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis August 2015

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €								
		August 2014			Juli 2015			August 2015		
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-25 052 ²	-3 340	-28 392	-5 794 ²	75	-5 719	-5 636 ²	805	-4 832
Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	132 542	49 997	182 539	112 335	39 408	151 744	123 842	44 035	167 877
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	137 121	61 900	199 021	127 988	64 636	192 625	131 373	67 331	198 704
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-4 579	-11 903	-16 482	-15 653	-25 228	-40 881	-7 531	-23 296	-30 827
Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	857	8 390	9 247	-2 237	10 853	8 616	-12 695	12 446	-249
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	16 937	16 937	-	16 239	16 239	-	15 980	15 980
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-857	-5 097	-5 954	2 238	-2 759	-521	12 696	-7 431	5 264

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich; Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2015

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern ³	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	27 208	33 873^a	6 825	15 762	4 905	18 985	40 395	10 171	2 533
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	26 607	32 871 ^a	6 436	15 395	4 547	18 412	39 077	9 820	2 492
111	Steuereinnahmen	20 806	26 885	4 344	12 626	2 876	14 366 ⁴	31 851	7 296	1 795
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	4 503	3 374	1 674	1 913	1 367	2 659	5 400	1 933	605
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	109	-	-	110	167	79	34
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	246	-	309	260	361	207	96
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	601	1 002	389	367	358	572	1 318	351	41
121	Veräußerungserlöse	3	0	6	9	4	3	10	61	5
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	-	-	-	1	-	47	4
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	468	753	161	252	137	470	606	161	26
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	27 277	33 008^b	6 789	16 225	4 612	18 507	40 971	10 770	2 679
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	25 104	30 207 ^b	6 110	15 275	4 060	17 641	37 750	9 909	2 512
211	Personalausgaben	11 405	13 967	1 720	5 761	1 224	7 253 ²	15 435 ²	4 180	1 070
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4 097	4 303	193	1 994	102	2 546	5 733	1 459	447
212	laufender Sachaufwand	1 273	2 471 ^c	404	1 242	298	1 229	2 496	772	122
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 156	1 990 ^c	336	1 005	253	948	1 820	599	107
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 196	666 ^d	225	959	172	960	2 375	603	338
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	7 050	10 036	2 629	4 829	1 614	5 149	10 576	2 978	439
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	1 042	3 389	-	1 566	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	5 932	6 544	2 267	3 110	1 363	5 005	10 360	2 935	432
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 173	2 801	679	951	552	866	3 221	861	167
221	Sachinvestitionen	418	887	29	287	146	116	184	42	24
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	840	961	213	395	232	194	1 182	241	31
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 138	2 684	679	924	552	866	3 059	820	155

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2015

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern ³	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 70	865^e	36	- 463	293	477	- 576	- 600	- 146
Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	5 495	1 020	2 405	2 317	505	3 963	9 970	3 116	463
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	12 178	3 181 ^f	4 048	3 966	963	5 800	14 116	4 204	1 022
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-6 683	-2 161 ^g	-1 643	-1 650	-458	-1 837	-4 146	-1 088	-559
Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 965	70	2 905	262	-	-	513	211
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 186	1 044	167	1 452	657	2 479	3 080	3	555
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-30	28	-739	-662	738	326	274	-494	-150

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²Ohne September-Bezüge.

³BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 3,0 Mio. €, b 277,9 Mio. €, c 0,8 Mio. €, d 277,1 Mio. €, e -274,9 Mio. €, f 1 238,0 Mio. €, g -1 238,0 Mio. €.

⁴NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 8,2 Mio. €.



Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2015

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	11 011	6 581	6 987	5 938	15 912	3 161	8 144	212 855
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	10 368	6 158	6 818	5 708	15 459	3 091	8 079	205 802
111	Steuereinnahmen	7 089	3 889	5 387	3 769	9 298	1 713	6 645	160 634
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 868	1 951	1 039	1 592	4 733	1 103	671	37 384
1121	darunter: Allgemeine BEZ	213	119	51	111	550	106	-	1 648
1122	Länderfinanzausgleich ¹	693	395	87	364	2 081	434	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	644	423	169	230	453	70	65	7 053
121	Veräußerungserlöse	1	1	2	5	53	0	5	167
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	1	1	9	-	-	62
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	319	228	105	145	153	60	23	4 067
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	10 429	6 459	6 770	5 767	16 143	3 213	7 966	212 051
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	9 136	5 858	6 528	5 181	14 763	3 005	7 435	194 938
211	Personalausgaben	2 688	1 612	2 732	1 627	5 191	1 023	2 403	79 291
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	197	162	1 037	142	1 422	367	944	25 144
212	laufender Sachaufwand	672	656	375	386	3 922	562	1 905	18 785
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	485	189	314	244	1 642	261	1 086	12 434
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	155	360	447	370	1 327	372	426	10 953
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 379	1 955	2 105	1 820	216	108	57	49 405
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	37	500
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 834	1 525	2 018	1 530	2	11	0	45 869
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 293	602	242	586	1 380	209	531	17 113
221	Sachinvestitionen	352	97	61	106	192	32	147	3 119
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	427	279	78	200	575	67	0	5 915
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 294	602	240	585	1 331	203	531	16 662

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.



Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2015

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	583	121	217	172	- 230	- 53	178	805
Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	3 856	2 032	1 123	3 872	1 376	2 522	44 035
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	670	2 926	3 132	1 460	5 854	1 013	2 798	67 331
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 670	930	- 1 100	- 337	- 1 982	364	- 276	- 23 296
Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	481	3 900	-	-	882	1 025	233	12 446
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 021	71	-	330	1 035	635	266	15 980
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	- 4 016	- 876	24	- 874	- 883	- 98	- 7 431

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.²Ohne September-Bezüge.³BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 3,0 Mio. €, b 277,9 Mio. €, c 0,8 Mio. €, d 277,1 Mio. €, e -274,9 Mio. €, f 1 238,0 Mio. €, g -1 238,0 Mio. €.⁴NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 8,2 Mio. €.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 14. Oktober 2015

Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite <https://circabc.europa.eu/>. Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke¹ sowie methodischer Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission².

2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktions-

potenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), wobei aktuellen Entwicklungen Rechnung getragen wird (inklusive Flüchtlinge/Zuwanderung). In diesem Zusammenhang wurde die Fortschreibung der Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment (NAWRU) für die Jahre 2015 bis 2020 ebenfalls angepasst. Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.

3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.

4. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Herbstprojektion 2015 der Bundesregierung.

5. Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

¹ Siehe Girouard und André (2005), „Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries“, OECD Economics Department Working Papers 434.

² Siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): „The Cyclically-Adjusted Budget Balance Used in the EU Fiscal Framework: An Update“, Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478 sowie Mourre, Astarita und Princen (2014): „Adjusting the Budget Balance for the Business Cycle: The EU Methodology“, Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 536.

Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des BIP vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von „negativen“ beziehungsweise „positiven“ Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des BIP bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch dazu, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der

Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsemielastizität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden (http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_123210/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/Monatsbericht__des__BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/node.html?__nnn=true).

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemielastizität	Konjunkturkomponente ¹
	in Mrd. € (nominal)				in Mrd. € (nominal)
2016	3 134,7	3 135,9	1,2	0,205	0,3
2017	3 240,0	3 238,8	-1,2	0,205	-0,2
2018	3 340,5	3 339,5	-0,9	0,205	-0,2
2019	3 442,5	3 443,4	0,9	0,205	0,2
2020	3 550,5	3 550,5	0,0	0,205	0,0


¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

	Produktionspotenzial				Produktionslücken			
	preisbereinigt		nominal		preisbereinigt		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1980	1 505,7	.	860,3	.	34,2	2,3	19,6	2,3
1981	1 540,8	+2,3	917,1	+6,6	7,3	0,5	4,4	0,5
1982	1 573,8	+2,1	979,6	+6,8	-31,8	-2,0	-19,8	-2,0
1983	1 607,1	+2,1	1 028,5	+5,0	-40,8	-2,5	-26,1	-2,5
1984	1 640,8	+2,1	1 070,9	+4,1	-30,4	-1,9	-19,8	-1,9
1985	1 675,2	+2,1	1 116,6	+4,3	-27,3	-1,6	-18,2	-1,6
1986	1 712,6	+2,2	1 175,8	+5,3	-27,0	-1,6	-18,5	-1,6
1987	1 751,7	+2,3	1 218,0	+3,6	-42,4	-2,4	-29,5	-2,4
1988	1 794,0	+2,4	1 268,5	+4,1	-21,3	-1,2	-15,1	-1,2
1989	1 842,4	+2,7	1 340,2	+5,7	-0,7	0,0	-0,5	0,0
1990	1 895,8	+2,9	1 425,9	+6,4	42,7	2,3	32,1	2,3
1991	1 951,3	+2,9	1 512,2	+6,1	87,2	4,5	67,6	4,5
1992	2 008,5	+2,9	1 638,8	+8,4	69,3	3,4	56,5	3,4
1993	2 061,1	+2,6	1 751,3	+6,9	-3,2	-0,2	-2,7	-0,2
1994	2 104,8	+2,1	1 827,1	+4,3	3,7	0,2	3,2	0,2
1995	2 143,3	+1,8	1 897,4	+3,8	1,7	0,1	1,5	0,1
1996	2 179,6	+1,7	1 941,5	+2,3	-17,0	-0,8	-15,2	-0,8
1997	2 214,4	+1,6	1 977,7	+1,9	-11,8	-0,5	-10,6	-0,5
1998	2 249,0	+1,6	2 020,7	+2,2	-2,8	-0,1	-2,5	-0,1
1999	2 285,9	+1,6	2 060,4	+2,0	5,0	0,2	4,5	0,2
2000	2 324,2	+1,7	2 085,5	+1,2	34,5	1,5	30,9	1,5
2001	2 362,3	+1,6	2 146,8	+2,9	36,4	1,5	33,1	1,5
2002	2 398,3	+1,5	2 209,0	+2,9	0,4	0,0	0,3	0,0
2003	2 431,2	+1,4	2 266,2	+2,6	-49,5	-2,0	-46,2	-2,0
2004	2 463,4	+1,3	2 321,4	+2,4	-53,9	-2,2	-50,8	-2,2
2005	2 495,3	+1,3	2 366,1	+1,9	-68,8	-2,8	-65,2	-2,8
2006	2 527,6	+1,3	2 403,9	+1,6	-11,2	-0,4	-10,7	-0,4
2007	2 558,2	+1,2	2 474,4	+2,9	40,2	1,6	38,9	1,6
2008	2 584,4	+1,0	2 520,7	+1,9	42,1	1,6	41,0	1,6
2009	2 601,8	+0,7	2 582,2	+2,4	-122,9	-4,7	-122,0	-4,7
2010	2 621,0	+0,7	2 621,0	+1,5	-41,0	-1,6	-41,0	-1,6
2011	2 646,1	+1,0	2 674,4	+2,0	28,4	1,1	28,7	1,1
2012	2 676,0	+1,1	2 745,3	+2,7	9,3	0,3	9,5	0,3
2013	2 708,8	+1,2	2 837,0	+3,3	-15,4	-0,6	-16,2	-0,6
2014	2 745,5	+1,4	2 925,4	+3,1	-9,1	-0,3	-9,7	-0,3
2015	2 785,6	+1,5	3 035,4	+3,8	-2,3	-0,1	-2,5	-0,1
2016	2 831,2	+1,6	3 134,7	+3,3	1,1	0,0	1,2	0,0
2017	2 877,0	+1,6	3 240,0	+3,4	-1,1	0,0	-1,2	0,0
2018	2 922,2	+1,6	3 340,5	+3,1	-0,8	0,0	-0,9	0,0
2019	2 966,8	+1,5	3 442,5	+3,1	0,8	0,0	0,9	0,0
2020	3 014,6	+1,6	3 550,5	+3,1	0,0	0,0	0,0	0,0

 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,3	1,0	0,2	1,1
1982	+2,1	1,0	0,1	1,0
1983	+2,1	1,1	0,1	0,9
1984	+2,1	1,2	0,0	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,2	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	-0,1	0,8
1988	+2,4	1,7	-0,1	0,8
1989	+2,7	1,8	0,0	0,9
1990	+2,9	1,9	0,1	0,9
1991	+2,9	1,9	0,1	0,9
1992	+2,9	1,7	0,2	1,0
1993	+2,6	1,5	0,0	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,2	-0,3	1,0
1996	+1,7	1,1	-0,3	0,9
1997	+1,6	1,0	-0,3	0,8
1998	+1,6	1,0	-0,3	0,8
1999	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2000	+1,7	1,1	-0,2	0,8
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,4	0,8	0,0	0,6
2004	+1,3	0,7	0,1	0,5
2005	+1,3	0,7	0,1	0,5
2006	+1,3	0,7	0,2	0,5
2007	+1,2	0,6	0,1	0,5
2008	+1,0	0,5	0,0	0,5
2009	+0,7	0,4	-0,2	0,4
2010	+0,7	0,5	-0,1	0,4
2011	+1,0	0,5	0,1	0,4
2012	+1,1	0,5	0,2	0,4
2013	+1,2	0,5	0,3	0,4
2014	+1,4	0,6	0,4	0,4
2015	+1,5	0,6	0,4	0,4
2016	+1,6	0,7	0,5	0,4
2017	+1,6	0,7	0,4	0,4
2018	+1,6	0,8	0,3	0,4
2019	+1,5	0,8	0,2	0,5
2020	+1,6	0,9	0,3	0,5

¹ Abweichungen des ausgewiesenen Potenzialwachstums von der Summe der Wachstumsbeiträge sind rundungsbedingt.



Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt ¹		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	750,2	.	171,7	.
1961	784,9	+4,6	191,9	+11,8
1962	821,6	+4,7	213,1	+11,1
1963	844,7	+2,8	225,8	+5,9
1964	900,9	+6,7	250,4	+10,9
1965	949,2	+5,4	274,7	+9,7
1966	975,6	+2,8	285,0	+3,7
1967	972,6	-0,3	279,9	-1,8
1968	1 025,7	+5,5	307,3	+9,8
1969	1 102,2	+7,5	350,5	+14,1
1970	1 157,7	+5,0	402,4	+14,8
1971	1 194,0	+3,1	446,6	+11,0
1972	1 245,3	+4,3	486,9	+9,0
1973	1 304,8	+4,8	542,3	+11,4
1974	1 316,4	+0,9	587,0	+8,2
1975	1 305,0	-0,9	614,8	+4,8
1976	1 369,6	+4,9	666,6	+8,4
1977	1 415,5	+3,3	710,3	+6,6
1978	1 458,1	+3,0	757,6	+6,7
1979	1 518,6	+4,2	822,8	+8,6
1980	1 540,0	+1,4	879,9	+6,9
1981	1 548,1	+0,5	921,4	+4,7
1982	1 542,0	-0,4	959,9	+4,2
1983	1 566,3	+1,6	1 002,3	+4,4
1984	1 610,5	+2,8	1 051,1	+4,9
1985	1 648,0	+2,3	1 098,4	+4,5
1986	1 685,7	+2,3	1 157,3	+5,4
1987	1 709,3	+1,4	1 188,5	+2,7
1988	1 772,7	+3,7	1 253,4	+5,5
1989	1 841,7	+3,9	1 339,7	+6,9
1990	1 938,5	+5,3	1 458,0	+8,8
1991	2 038,5	+5,2	1 579,8	+8,4
1992	2 077,7	+1,9	1 695,3	+7,3
1993	2 057,9	-1,0	1 748,6	+3,1
1994	2 108,4	+2,5	1 830,3	+4,7
1995	2 145,1	+1,7	1 898,9	+3,7
1996	2 162,6	+0,8	1 926,3	+1,4
1997	2 202,6	+1,8	1 967,1	+2,1
1998	2 246,2	+2,0	2 018,2	+2,6
1999	2 290,8	+2,0	2 064,9	+2,3



Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt ¹		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 358,7	+3,0	2 116,5	+2,5
2001	2 398,7	+1,7	2 179,9	+3,0
2002	2 398,7	+0,0	2 209,3	+1,4
2003	2 381,7	-0,7	2 220,1	+0,5
2004	2 409,5	+1,2	2 270,6	+2,3
2005	2 426,5	+0,7	2 300,9	+1,3
2006	2 516,3	+3,7	2 393,3	+4,0
2007	2 598,4	+3,3	2 513,2	+5,0
2008	2 626,5	+1,1	2 561,7	+1,9
2009	2 478,9	-5,6	2 460,3	-4,0
2010	2 580,1	+4,1	2 580,1	+4,9
2011	2 674,5	+3,7	2 703,1	+4,8
2012	2 685,3	+0,4	2 754,9	+1,9
2013	2 693,3	+0,3	2 820,8	+2,4
2014	2 736,4	+1,6	2 915,7	+3,4
2015	2 783,3	+1,7	3 032,9	+4,0
2016	2 832,3	+1,8	3 135,9	+3,4
2017	2 875,9	+1,5	3 238,8	+3,3
2018	2 921,4	+1,6	3 339,5	+3,1
2019	2 967,6	+1,6	3 443,4	+3,1
2020	3 014,6	+1,6	3 550,5	+3,1

¹Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2010 = 100).

Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung ¹		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
			Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in %	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
1960	53 512	.	.	61,3	32 340	.
1961	53 521	+0,0	.	61,8	32 791	+1,4
1962	53 655	+0,2	.	61,8	32 905	+0,3
1963	53 882	+0,4	.	61,8	32 983	+0,2
1964	54 062	+0,3	.	61,6	33 011	+0,1
1965	54 336	+0,5	61,2	61,6	33 199	+0,6
1966	54 623	+0,5	60,8	61,1	33 097	-0,3
1967	54 675	+0,1	60,4	60,0	32 019	-3,3
1968	54 779	+0,2	60,1	59,5	32 046	+0,1
1969	55 196	+0,8	59,9	59,5	32 545	+1,6
1970	55 400	+0,4	59,9	59,9	32 993	+1,4
1971	55 540	+0,3	59,9	60,1	33 143	+0,5
1972	55 929	+0,7	59,9	60,1	33 325	+0,6
1973	56 313	+0,7	59,8	60,5	33 727	+1,2
1974	56 565	+0,4	59,7	60,1	33 408	-0,9
1975	56 603	+0,1	59,5	59,4	32 570	-2,5
1976	56 658	+0,1	59,4	59,2	32 434	-0,4
1977	56 840	+0,3	59,3	59,0	32 508	+0,2
1978	57 125	+0,5	59,4	59,2	32 829	+1,0
1979	57 507	+0,7	59,7	59,6	33 463	+1,9
1980	57 956	+0,8	60,2	60,1	34 024	+1,7
1981	58 346	+0,7	60,8	60,7	34 065	+0,1
1982	58 569	+0,4	61,5	61,5	33 802	-0,8
1983	58 675	+0,2	62,3	62,5	33 494	-0,9
1984	58 700	+0,0	63,1	63,2	33 783	+0,9
1985	58 723	+0,0	63,9	64,1	34 257	+1,4
1986	58 836	+0,2	64,6	64,6	34 915	+1,9
1987	58 932	+0,2	65,3	65,2	35 402	+1,4
1988	59 036	+0,2	65,9	65,9	35 906	+1,4
1989	59 298	+0,4	66,5	66,3	36 580	+1,9
1990	59 677	+0,6	66,8	67,3	37 733	+3,2
1991	60 160	+0,8	67,0	68,1	38 790	+2,8
1992	60 807	+1,1	67,0	67,2	38 283	-1,3
1993	61 406	+1,0	67,0	66,5	37 786	-1,3
1994	61 742	+0,5	66,9	66,6	37 798	+0,0
1995	61 927	+0,3	66,9	66,5	37 958	+0,4
1996	62 054	+0,2	67,1	66,8	37 969	+0,0
1997	62 095	+0,1	67,4	67,2	37 947	-0,1
1998	62 094	-0,0	67,7	67,8	38 407	+1,2
1999	62 142	+0,1	68,1	68,2	39 031	+1,6

Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung ¹		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
			Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in %	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	62 225	+0,1	68,4	69,2	39 917	+2,3
2001	62 351	+0,2	68,7	68,8	39 809	-0,3
2002	62 523	+0,3	68,9	68,8	39 630	-0,4
2003	62 643	+0,2	69,1	68,7	39 200	-1,1
2004	62 698	+0,1	69,3	69,3	39 337	+0,3
2005	62 731	+0,1	69,5	69,9	39 326	-0,0
2006	62 728	-0,0	69,7	69,7	39 635	+0,8
2007	62 683	-0,1	70,0	69,9	40 325	+1,7
2008	62 583	-0,2	70,2	70,1	40 856	+1,3
2009	62 357	-0,4	70,5	70,5	40 892	+0,1
2010	62 094	-0,4	70,8	70,6	41 020	+0,3
2011	61 934	-0,3	71,1	71,0	41 577	+1,4
2012	61 890	-0,1	71,5	71,6	42 060	+1,2
2013	61 877	-0,0	71,9	71,9	42 328	+0,6
2014	61 882	+0,0	72,2	72,4	42 703	+0,9
2015	62 056	+0,3	72,6	72,5	42 987	+0,7
2016	62 305	+0,4	72,9	72,9	43 258	+0,6
2017	62 463	+0,3	73,2	73,4	43 518	+0,6
2018	62 531	+0,1	73,5	73,6	43 585	+0,2
2019	62 526	-0,0	73,8	73,8	43 652	+0,2
2020	62 578	+0,1	74,1	74,0	43 720	+0,2
2021	62 584	+0,0	74,3	74,3	.	.
2022	62 437	-0,2	74,6	74,6	.	.
2023	62 236	-0,3	74,8	74,8	.	.

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich bzw. prognostiziert		in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in % der Erwerbspersonen	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr				
1960	.	.	2 167	.	25 152	.	1,4	.
1961	.	.	2 141	-1,2	25 768	+2,5	0,9	.
1962	.	.	2 104	-1,7	26 138	+1,4	0,8	.
1963	.	.	2 073	-1,4	26 436	+1,1	1,0	.
1964	.	.	2 085	+0,6	26 733	+1,1	0,9	.
1965	2 067	.	2 071	-0,7	27 096	+1,4	0,7	.
1966	2 043	-1,2	2 045	-1,3	27 111	+0,1	0,8	.
1967	2 019	-1,2	2 007	-1,8	26 198	-3,4	2,4	0,6
1968	1 996	-1,1	1 995	-0,6	26 364	+0,6	1,7	0,8
1969	1 973	-1,2	1 975	-1,0	27 095	+2,8	0,9	0,9
1970	1 949	-1,2	1 960	-0,8	27 877	+2,9	0,5	1,1
1971	1 924	-1,3	1 928	-1,6	28 339	+1,7	0,7	1,3
1972	1 898	-1,4	1 905	-1,2	28 680	+1,2	0,9	1,5
1973	1 872	-1,4	1 876	-1,5	29 199	+1,8	1,0	1,7
1974	1 847	-1,3	1 837	-2,1	29 048	-0,5	1,7	1,9
1975	1 825	-1,2	1 800	-2,0	28 383	-2,3	3,1	2,3
1976	1 807	-1,0	1 813	+0,7	28 461	+0,3	3,2	2,6
1977	1 790	-0,9	1 795	-1,0	28 696	+0,8	3,1	3,0
1978	1 775	-0,9	1 776	-1,1	29 090	+1,4	2,9	3,3
1979	1 759	-0,9	1 764	-0,7	29 822	+2,5	2,4	3,8
1980	1 744	-0,9	1 745	-1,1	30 405	+2,0	2,4	4,2
1981	1 729	-0,9	1 724	-1,2	30 484	+0,3	3,8	4,6
1982	1 713	-0,9	1 712	-0,6	30 260	-0,7	6,2	5,1
1983	1 698	-0,9	1 699	-0,8	29 992	-0,9	8,6	5,5
1984	1 681	-1,0	1 688	-0,7	30 281	+1,0	8,9	5,8
1985	1 664	-1,0	1 665	-1,4	30 758	+1,6	9,0	6,2
1986	1 646	-1,1	1 646	-1,1	31 393	+2,1	8,1	6,4
1987	1 629	-1,1	1 624	-1,3	31 914	+1,7	7,8	6,7
1988	1 612	-1,0	1 619	-0,3	32 429	+1,6	7,7	6,9
1989	1 595	-1,0	1 595	-1,4	33 078	+2,0	6,9	7,1
1990	1 580	-1,0	1 572	-1,4	34 212	+3,4	6,0	7,2
1991	1 567	-0,8	1 554	-1,2	35 227	+3,0	5,3	7,3
1992	1 555	-0,7	1 565	+0,7	34 675	-1,6	6,3	7,4
1993	1 545	-0,7	1 542	-1,5	34 120	-1,6	7,5	7,5
1994	1 534	-0,7	1 537	-0,3	34 052	-0,2	8,0	7,6
1995	1 523	-0,7	1 528	-0,6	34 161	+0,3	7,8	7,7
1996	1 512	-0,8	1 511	-1,1	34 115	-0,1	8,4	7,8
1997	1 499	-0,8	1 500	-0,7	34 036	-0,2	9,0	7,9
1998	1 486	-0,9	1 494	-0,4	34 447	+1,2	8,7	7,9
1999	1 472	-0,9	1 479	-1,0	35 046	+1,7	7,9	8,0

Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich bzw. prognostiziert		in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in % der Erwerbspersonen	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr				
2000	1 459	-0,9	1 452	-1,8	35 922	+2,5	7,2	8,0
2001	1 447	-0,8	1 442	-0,7	35 797	-0,3	7,1	8,0
2002	1 437	-0,7	1 431	-0,8	35 570	-0,6	7,9	8,0
2003	1 429	-0,5	1 425	-0,4	35 078	-1,4	8,9	7,9
2004	1 423	-0,4	1 422	-0,2	35 079	+0,0	9,5	7,8
2005	1 419	-0,3	1 411	-0,8	34 916	-0,5	10,3	7,7
2006	1 416	-0,3	1 425	+1,0	35 152	+0,7	9,4	7,5
2007	1 411	-0,3	1 424	-0,0	35 798	+1,8	7,9	7,3
2008	1 404	-0,5	1 418	-0,4	36 353	+1,6	6,9	7,0
2009	1 396	-0,6	1 373	-3,2	36 407	+0,1	7,0	6,8
2010	1 389	-0,5	1 390	+1,3	36 533	+0,3	6,4	6,5
2011	1 383	-0,5	1 393	+0,2	37 014	+1,3	5,5	6,2
2012	1 377	-0,4	1 375	-1,3	37 500	+1,3	5,0	5,8
2013	1 372	-0,3	1 362	-1,0	37 869	+1,0	4,9	5,5
2014	1 369	-0,2	1 366	+0,3	38 306	+1,2	4,7	5,2
2015	1 368	-0,1	1 368	+0,1	38 684	+1,0	4,4	5,2
2016	1 367	-0,0	1 370	+0,1	39 033	+0,9	4,7	5,2
2017	1 367	-0,0	1 369	-0,0	39 355	+0,8	5,1	5,2
2018	1 367	-0,0	1 368	-0,1	39 430	+0,2	5,2	5,2
2019	1 367	-0,0	1 367	-0,1	39 505	+0,2	5,4	5,2
2020	1 366	-0,0	1 366	-0,1	39 580	+0,2	5,6	5,2
2021	1 366	-0,0	1 366	-0,1
2022	1 365	-0,0	1 365	-0,0
2023	1 365	-0,0	1 364	-0,0

¹ 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.


² Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.



Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlagevermögen		Bruttoanlageinvestitionen		Abgangssquote
	preisbereinigt		preisbereinigt		tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in %
1980	7 465,3	+3,5	348,8	+2,3	1,4
1981	7 705,8	+3,2	332,6	-4,7	1,2
1982	7 923,0	+2,8	317,4	-4,6	1,3
1983	8 130,7	+2,6	326,9	+3,0	1,5
1984	8 335,7	+2,5	327,4	+0,2	1,5
1985	8 534,2	+2,4	329,6	+0,7	1,6
1986	8 733,5	+2,3	340,1	+3,2	1,7
1987	8 936,9	+2,3	347,2	+2,1	1,6
1988	9 147,4	+2,4	364,7	+5,0	1,7
1989	9 373,5	+2,5	391,1	+7,2	1,8
1990	9 621,9	+2,7	422,4	+8,0	1,9
1991	9 884,4	+2,7	442,3	+4,7	1,9
1992	10 178,4	+3,0	460,5	+4,1	1,7
1993	10 486,7	+3,0	441,2	-4,2	1,3
1994	10 783,4	+2,8	457,2	+3,6	1,5
1995	11 079,3	+2,7	457,1	-0,0	1,5
1996	11 365,0	+2,6	454,8	-0,5	1,5
1997	11 641,2	+2,4	458,4	+0,8	1,6
1998	11 918,1	+2,4	476,2	+3,9	1,7
1999	12 206,0	+2,4	498,3	+4,6	1,8
2000	12 499,7	+2,4	510,0	+2,3	1,8
2001	12 779,6	+2,2	497,1	-2,5	1,7
2002	13 019,3	+1,9	468,4	-5,8	1,8
2003	13 225,3	+1,6	462,2	-1,3	2,0
2004	13 416,7	+1,4	462,4	+0,0	2,0
2005	13 596,5	+1,3	465,8	+0,7	2,1
2006	13 785,0	+1,4	500,8	+7,5	2,3
2007	13 992,5	+1,5	521,2	+4,1	2,3
2008	14 203,7	+1,5	529,2	+1,5	2,3
2009	14 380,5	+1,2	475,8	-10,1	2,1
2010	14 533,2	+1,1	501,4	+5,4	2,4
2011	14 700,5	+1,2	537,4	+7,2	2,5
2012	14 876,6	+1,2	535,1	-0,4	2,4
2013	15 043,2	+1,1	527,9	-1,3	2,4
2014	15 209,1	+1,1	546,3	+3,5	2,5
2015	15 383,8	+1,1	561,0	+2,7	2,5
2016	15 561,5	+1,2	577,3	+2,9	2,6
2017	15 750,3	+1,2	595,5	+3,2	2,6
2018	15 951,9	+1,3	608,0	+2,1	2,6
2019	16 163,8	+1,3	620,7	+2,1	2,6
2020	16 383,2	+1,4	633,7	+2,1	2,6


 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen		Totale Faktorproduktivität	
		log		log
1980		-7,4164		-7,4272
1981		-7,4149		-7,4173
1982		-7,4193		-7,4072
1983		-7,4019		-7,3958
1984		-7,3840		-7,3835
1985		-7,3693		-7,3703
1986		-7,3597		-7,3562
1987		-7,3541		-7,3409
1988		-7,3329		-7,3242
1989		-7,3059		-7,3062
1990		-7,2745		-7,2875
1991		-7,2438		-7,2690
1992		-7,2311		-7,2519
1993		-7,2330		-7,2369
1994		-7,2169		-7,2236
1995		-7,2079		-7,2120
1996		-7,2014		-7,2013
1997		-7,1864		-7,1911
1998		-7,1802		-7,1811
1999		-7,1729		-7,1709
2000		-7,1548		-7,1604
2001		-7,1394		-7,1502
2002		-7,1380		-7,1409
2003		-7,1407		-7,1328
2004		-7,1352		-7,1254
2005		-7,1277		-7,1186
2006		-7,1074		-7,1121
2007		-7,0916		-7,1062
2008		-7,0918		-7,1011
2009		-7,1333		-7,0971
2010		-7,1071		-7,0923
2011		-7,0853		-7,0875
2012		-7,0847		-7,0826
2013		-7,0833		-7,0775
2014		-7,0792		-7,0720
2015		-7,0713		-7,0658
2016		-7,0628		-7,0589
2017		-7,0553		-7,0515
2018		-7,0446		-7,0436
2019		-7,0341		-7,0353
2020		-7,0238		-7,0267

 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	22,9		26,3		83,5	
1961	24,4	+6,8	27,2	+3,3	94,2	+12,9
1962	25,9	+6,1	28,0	+2,9	104,3	+10,6
1963	26,7	+3,0	28,8	+3,0	111,9	+7,3
1964	27,8	+4,0	29,4	+2,2	122,4	+9,4
1965	28,9	+4,2	30,4	+3,2	135,8	+11,0
1966	29,2	+0,9	31,5	+3,6	146,2	+7,7
1967	28,8	-1,5	32,0	+1,6	146,0	-0,2
1968	30,0	+4,1	32,5	+1,6	156,7	+7,4
1969	31,8	+6,2	33,1	+1,9	176,4	+12,6
1970	34,8	+9,3	34,3	+3,5	209,5	+18,7
1971	37,4	+7,6	36,2	+5,6	237,4	+13,3
1972	39,1	+4,5	37,9	+4,7	263,2	+10,9
1973	41,6	+6,3	40,7	+7,4	299,6	+13,8
1974	44,6	+7,3	44,0	+8,0	331,4	+10,6
1975	47,1	+5,7	46,4	+5,5	346,3	+4,5
1976	48,7	+3,3	48,1	+3,8	374,3	+8,1
1977	50,2	+3,1	49,4	+2,7	401,8	+7,4
1978	52,0	+3,5	50,4	+1,9	429,0	+6,8
1979	54,2	+4,3	53,3	+5,7	464,5	+8,3
1980	57,1	+5,5	56,8	+6,7	504,9	+8,7
1981	59,5	+4,2	60,3	+6,1	529,5	+4,9
1982	62,2	+4,6	63,4	+5,0	546,2	+3,1
1983	64,0	+2,8	65,4	+3,2	558,3	+2,2
1984	65,3	+2,0	67,0	+2,5	580,1	+3,9
1985	66,7	+2,1	68,0	+1,5	603,3	+4,0
1986	68,7	+3,0	67,3	-1,1	635,4	+5,3
1987	69,5	+1,3	67,3	-0,1	664,3	+4,5
1988	70,7	+1,7	68,5	+1,9	692,2	+4,2
1989	72,7	+2,9	71,1	+3,9	724,2	+4,6
1990	75,2	+3,4	73,3	+3,0	783,6	+8,2
1991	77,5	+3,0	75,4	+3,0	854,4	+9,0
1992	81,6	+5,3	78,6	+4,2	927,4	+8,5
1993	85,0	+4,1	81,6	+3,7	950,1	+2,4
1994	86,8	+2,2	83,2	+2,1	975,6	+2,7
1995	88,5	+2,0	84,3	+1,3	1 012,6	+3,8
1996	89,1	+0,6	85,1	+1,0	1 021,9	+0,9
1997	89,3	+0,3	86,2	+1,3	1 026,4	+0,4
1998	89,9	+0,6	86,6	+0,5	1 048,3	+2,1
1999	90,1	+0,3	87,0	+0,4	1 078,6	+2,9

Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	89,7	-0,4	87,7	+0,8	1 120,5	+3,9
2001	90,9	+1,3	89,2	+1,7	1 137,7	+1,5
2002	92,1	+1,4	90,3	+1,3	1 144,8	+0,6
2003	93,2	+1,2	92,0	+1,8	1 146,2	+0,1
2004	94,2	+1,1	92,9	+1,0	1 148,4	+0,2
2005	94,8	+0,6	94,3	+1,5	1 145,9	-0,2
2006	95,1	+0,3	95,3	+1,1	1 165,3	+1,7
2007	96,7	+1,7	96,8	+1,6	1 197,1	+2,7
2008	97,5	+0,8	98,5	+1,7	1 241,3	+3,7
2009	99,2	+1,8	98,1	-0,4	1 245,7	+0,4
2010	100,0	+0,8	100,0	+2,0	1 282,0	+2,9
2011	101,1	+1,1	102,0	+2,0	1 337,3	+4,3
2012	102,6	+1,5	103,6	+1,6	1 389,2	+3,9
2013	104,7	+2,1	104,9	+1,2	1 428,3	+2,8
2014	106,6	+1,7	105,9	+0,9	1 482,8	+3,8
2015	109,0	+2,3	106,6	+0,6	1 540,6	+3,9
2016	110,7	+1,6	107,9	+1,2	1 592,4	+3,4
2017	112,6	+1,7	109,7	+1,6	1 647,7	+3,5
2018	114,3	+1,5	111,3	+1,5	1 696,9	+3,0
2019	114,3	+1,5	111,3	+1,5	1 696,9	+3,0
2020	116,0	+1,5	113,0	+1,5	1 747,3	+3,0

Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbsquote ² in %	Erwerbslose in Mio.	Erwerbslosen- quote ³ in %	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴ in %
	in Mio.	Veränderung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigem	je Erwerbs- tätigen- stunde	
			Veränderung in % p. a.						
1991	38,8	.	51,3	2,2	5,3	.	.	.	24,9
1992	38,3	-1,3	50,7	2,6	6,3	+1,9	+3,3	+2,5	25,1
1993	37,8	-1,3	50,3	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,9	23,9
1994	37,8	+0,0	50,5	3,3	8,0	+2,5	+2,4	+2,7	24,0
1995	38,0	+0,4	50,3	3,2	7,8	+1,7	+1,3	+1,9	23,4
1996	38,0	+0,0	50,5	3,5	8,4	+0,8	+0,8	+2,0	22,8
1997	37,9	-0,1	50,7	3,8	9,0	+1,8	+1,9	+2,6	22,5
1998	38,4	+1,2	51,2	3,7	8,8	+2,0	+0,8	+1,2	22,6
1999	39,0	+1,6	51,5	3,4	8,0	+2,0	+0,4	+1,4	22,9
2000	39,9	+2,3	52,2	3,1	7,3	+3,0	+0,7	+2,5	23,0
2001	39,8	-0,3	51,9	3,1	7,2	+1,7	+2,0	+2,7	21,7
2002	39,6	-0,4	52,0	3,4	7,9	+0,0	+0,5	+1,2	20,0
2003	39,2	-1,1	52,0	3,8	8,9	-0,7	+0,4	+0,8	19,5
2004	39,3	+0,3	52,5	4,1	9,5	+1,2	+0,8	+1,0	19,2
2005	39,3	-0,0	53,0	4,5	10,3	+0,7	+0,7	+1,5	19,1
2006	39,6	+0,8	53,0	4,1	9,4	+3,7	+2,9	+1,9	19,8
2007	40,3	+1,7	53,2	3,5	7,9	+3,3	+1,5	+1,5	20,1
2008	40,9	+1,3	53,4	3,0	6,9	+1,1	-0,2	+0,2	20,3
2009	40,9	+0,1	53,7	3,1	7,1	-5,6	-5,7	-2,6	19,2
2010	41,0	+0,3	53,6	2,8	6,4	+4,1	+3,8	+2,5	19,4
2011	41,6	+1,4	53,7	2,4	5,5	+3,7	+2,3	+2,1	20,3
2012	42,1	+1,2	54,0	2,2	5,0	+0,4	-0,7	+0,5	20,2
2013	42,3	+0,6	54,1	2,2	4,9	+0,3	-0,3	+0,7	19,8
2014	42,7	+0,9	54,3	2,1	4,7	+1,6	+0,7	+0,4	20,1
2009/04	40,1	+0,8	53,1	3,7	8,5	+0,6	-0,2	+0,5	19,6
2014/09	41,8	+0,9	53,9	2,5	5,6	+2,0	+1,1	+1,2	19,8

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 2010.

² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose (ILO)) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 2010.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 2010.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung


Tabelle 2: Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2010=100)	Lohnstück- kosten ²
	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	+7,3	+5,3	+3,3	+4,4	+4,2	+5,1	+6,9
1993	+3,1	+4,1	+2,0	+3,7	+3,7	+4,5	+4,1
1994	+4,7	+2,2	+1,0	+1,9	+2,1	+2,6	+0,7
1995	+3,7	+2,0	+1,7	+1,6	+1,3	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,3	+0,7	+1,0	+1,4	+0,4
1997	+2,1	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,9	+0,1	+0,5	+1,0	+0,3
1999	+2,3	+0,3	+0,8	+0,1	+0,4	+0,6	+1,0
2000	+2,5	-0,4	-4,3	+0,8	+0,8	+1,4	+0,7
2001	+3,0	+1,3	+0,1	+1,2	+1,7	+2,0	-0,3
2002	+1,4	+1,3	+2,0	+0,8	+1,3	+1,4	+0,6
2003	+0,5	+1,2	+1,2	+1,0	+1,8	+1,1	+1,1
2004	+2,3	+1,1	+0,2	+1,1	+1,0	+1,6	-0,5
2005	+1,3	+0,6	-1,8	+1,2	+1,5	+1,6	-0,4
2006	+4,0	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,7	+0,2	+1,7	+1,6	+2,3	-0,8
2008	+1,9	+0,8	-1,7	+1,5	+1,7	+2,6	+2,4
2009	-4,0	+1,8	+4,6	+0,3	-0,4	+0,3	+6,9
2010	+4,9	+0,8	-2,3	+1,6	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,8	+1,1	-2,7	+2,1	+2,0	+2,1	+0,5
2012	+1,9	+1,5	-0,4	+1,6	+1,6	+2,0	+3,1
2013	+2,4	+2,1	+1,4	+1,6	+1,2	+1,5	+2,0
2014	+3,4	+1,7	+1,5	+1,2	+1,0	+0,9	+1,8
2009/04	+1,6	+1,0	-0,1	+1,1	+1,1	+1,7	+1,1
2014/09	+3,5	+1,4	-0,5	+1,6	+1,6	-1,5	+1,1

¹ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderung in % p. a.		in Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	-8,1	-26,0	23,7	24,2	-0,5	-1,6
1992	+0,7	+0,9	-8,9	-21,0	22,3	22,8	-0,5	-1,2
1993	-5,7	-8,2	1,1	-17,0	20,4	20,3	0,1	-1,0
1994	+8,7	+8,0	3,6	-27,9	21,1	20,9	0,2	-1,5
1995	+8,0	+6,7	8,9	-25,2	22,0	21,5	0,5	-1,3
1996	+5,6	+4,0	15,8	-15,1	22,9	22,1	0,8	-0,8
1997	+13,2	+11,9	23,3	-10,3	25,4	24,2	1,2	-0,5
1998	+6,9	+6,5	26,7	-14,6	26,5	25,1	1,3	-0,7
1999	+4,6	+7,2	14,7	-29,3	27,0	26,3	0,7	-1,4
2000	+16,9	+19,0	5,7	-31,2	30,8	30,6	0,3	-1,5
2001	+6,5	+1,5	38,4	-9,9	31,9	30,1	1,8	-0,5
2002	+3,6	-5,1	96,7	37,8	32,6	28,2	4,4	1,7
2003	+0,5	+3,1	81,3	37,6	32,6	28,9	3,7	1,7
2004	+11,2	+7,5	114,5	101,2	35,4	30,4	5,0	4,5
2005	+7,9	+8,9	116,4	104,6	37,7	32,7	5,1	4,5
2006	+13,5	+14,2	126,8	137,3	41,2	35,9	5,3	5,7
2007	+9,7	+6,4	167,1	170,8	43,0	36,4	6,6	6,8
2008	+3,0	+5,1	153,1	140,5	43,5	37,5	6,0	5,5
2009	-16,5	-15,8	121,5	142,7	37,8	32,9	4,9	5,8
2010	+17,2	+18,2	134,1	150,0	42,3	37,1	5,2	5,8
2011	+11,1	+12,9	132,1	162,7	44,8	39,9	4,9	6,0
2012	+4,6	+1,8	167,7	197,9	46,0	39,9	6,1	7,2
2013	+1,3	+1,3	169,4	188,2	45,5	39,5	6,0	6,7
2014	+3,9	+2,1	196,4	227,8	45,7	39,0	6,7	7,8
2009/04	+2,9	+3,2	133,2	132,9	39,8	34,3	5,5	5,5
2014/09	+7,5	+7,1	153,5	178,2	43,7	38,0	5,6	6,5

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2015.

Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 4: Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeit- nehmer)	Reallöhne (je Arbeit- nehmer) ³
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt ¹	bereinigt ²		
	Veränderung in % p. a.			in %		Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	69,9	69,9	.	.
1992	+6,5	+2,2	+8,4	71,1	71,3	+10,2	+4,2
1993	+1,5	-0,4	+2,3	71,6	72,1	+4,3	+0,8
1994	+3,7	+6,3	+2,6	70,9	71,5	+1,9	-1,8
1995	+3,9	+4,6	+3,6	70,7	71,4	+3,0	-0,6
1996	+1,4	+2,6	+0,9	70,4	71,2	+1,2	+0,5
1997	+1,6	+4,3	+0,4	69,6	70,5	+0,0	-2,5
1998	+2,0	+1,7	+2,1	69,7	70,6	+0,9	+0,5
1999	+1,3	-2,4	+2,9	70,8	71,6	+1,3	+1,4
2000	+2,3	-1,5	+3,9	71,9	72,6	+1,0	+1,5
2001	+2,7	+5,7	+1,5	71,0	71,8	+2,3	+1,7
2002	+0,6	+0,5	+0,7	71,1	71,9	+1,4	-0,1
2003	+0,4	+0,9	+0,2	70,9	72,0	+1,2	-1,5
2004	+5,0	+16,5	+0,2	67,7	69,0	+0,5	+1,1
2005	+1,4	+4,8	-0,2	66,6	68,2	+0,3	-1,3
2006	+5,5	+12,9	+1,8	64,3	65,9	+0,7	-1,3
2007	+3,9	+5,9	+2,8	63,6	65,1	+1,4	-0,6
2008	+0,8	-4,4	+3,7	65,5	66,8	+2,4	+0,1
2009	-4,0	-12,3	+0,4	68,4	69,8	-0,1	+0,5
2010	+5,6	+11,2	+3,0	66,8	68,1	+2,5	+2,0
2011	+5,5	+7,7	+4,4	66,1	67,4	+3,4	+0,5
2012	+1,2	-4,1	+3,9	67,8	69,1	+2,8	+1,0
2013	+2,2	+0,9	+2,8	68,2	69,3	+2,1	+0,7
2014	+3,8	+3,8	+3,8	68,3	69,1	+2,7	+1,5
2009/04	+1,5	+1,0	+1,7	66,0	67,5	+1,0	-0,5
2014/09	+3,6	+3,7	+3,6	67,6	68,8	+2,7	+1,1

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung


Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %								
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	1,7	3,1	0,7	4,0	0,4	0,1	1,6	1,9	2,0
Belgien	22,9	3,7	1,8	2,3	0,1	0,3	1,0	1,1	1,5
Estland	6,5	9,9	8,9	3,3	4,7	1,6	2,1	2,3	2,9
Finnland	4,0	5,3	2,9	3,4	-1,4	-1,3	-0,1	0,3	1,0
Frankreich	2,0	3,7	1,8	1,7	0,3	0,3	0,4	1,1	1,7
Griechenland	-	4,5	2,3	-4,9	-6,6	-3,9	0,8	0,5	2,9
Irland	-	10,6	6,1	-1,1	-0,3	0,2	4,8	3,6	3,5
Italien	2,9	3,7	0,9	1,7	-2,8	-1,7	-0,4	0,6	1,4
Lettland	-0,6	5,3	10,1	-1,3	4,8	4,2	2,4	2,3	3,2
Litauen	-	3,6	7,8	1,6	3,8	3,3	2,9	2,8	3,3
Luxemburg	-	8,4	5,3	3,1	-0,2	2,0	3,1	3,4	3,5
Malta	-	-	3,6	4,3	2,5	2,7	3,5	3,6	3,2
Niederlande	3,1	3,9	2,0	1,5	-1,6	-0,7	0,9	1,6	1,7
Österreich	2,7	3,7	2,4	1,8	0,9	0,2	0,3	0,8	1,5
Portugal	-	3,9	0,8	1,9	-4,0	-1,6	0,9	1,6	1,8
Slowakei	7,9	1,4	6,7	4,4	1,6	1,4	2,4	3,0	3,4
Slowenien	7,4	4,3	4,0	1,3	-2,6	-1,0	2,6	2,3	2,1
Spanien	5,0	5,0	3,6	-0,2	-2,1	-1,2	1,4	2,8	2,6
Zypern	-	5,0	3,9	1,3	-2,4	-5,4	-2,3	-0,5	1,4
Euroraum	-	3,8	1,7	2,0	-0,8	-0,4	0,9	1,5	1,9
Bulgarien	-	5,7	6,4	0,4	0,5	1,1	1,7	1,0	1,3
Dänemark	3,1	3,5	2,4	1,4	-0,7	-0,5	1,1	1,8	2,1
Kroatien	-	3,8	4,3	-2,3	-2,2	-0,9	-0,4	0,3	1,2
Polen	-	4,3	3,6	3,9	1,8	1,7	3,4	3,3	3,4
Rumänien	7,1	2,4	4,2	-1,1	0,6	3,4	2,8	2,8	3,3
Schweden	3,9	4,5	3,2	6,6	-0,3	1,3	2,1	2,5	2,8
Tschechien	6,2	4,2	6,8	2,5	-0,8	-0,7	2,0	2,5	2,6
Ungarn	-	4,2	4,0	1,1	-1,5	1,5	3,6	2,8	2,2
Vereinigtes Königreich	3,5	4,4	3,2	1,7	0,7	1,7	2,8	2,6	2,4
EU	-	3,9	2,2	2,0	-0,5	0,0	1,4	1,8	2,1
USA	2,7	4,1	3,3	2,5	2,3	2,2	2,4	3,1	3,0
Japan	1,9	2,3	1,3	4,7	1,8	1,6	0,0	1,1	1,4

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Eurostat.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2015.

Stand: Mai 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderung in %					
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	+2,5	+2,1	+1,6	+0,8	+0,3	+1,8
Belgien	+3,4	+2,6	+1,2	+0,5	+0,3	+1,3
Estland	+5,1	+4,2	+3,2	+0,5	+0,2	+1,9
Finnland	+3,3	+3,2	+2,2	+1,2	+0,2	+1,3
Frankreich	+2,3	+2,2	+1,0	+0,6	+0,0	+1,0
Griechenland	+3,1	+1,0	-0,9	-1,4	-1,5	+0,8
Irland	+1,2	+1,9	+0,5	+0,3	+0,4	+1,5
Italien	+2,9	+3,3	+1,3	+0,2	+0,2	+1,8
Lettland	+4,2	+2,3	+0,0	+0,7	+0,7	+2,2
Litauen	+4,1	+3,2	+1,2	+0,2	-0,4	+1,7
Luxemburg	+3,7	+2,9	+1,7	+0,7	+0,8	+2,1
Malta	+2,5	+3,2	+1,0	+0,8	+1,3	+1,9
Niederlande	+2,5	+2,8	+2,6	+0,3	+0,2	+1,3
Österreich	+3,6	+2,6	+2,1	+1,5	+0,8	+1,9
Portugal	+3,6	+2,8	+0,4	-0,2	+0,2	+1,3
Slowakei	+4,1	+3,7	+1,5	-0,1	-0,2	+1,4
Slowenien	+2,1	+2,8	+1,9	+0,4	+0,1	+1,7
Spanien	+3,1	+2,4	+1,5	-0,2	-0,6	+1,1
Zypern	+3,5	+3,1	+0,4	-0,3	-0,8	+0,9
Euroraum	+2,7	+2,5	+1,4	+0,4	+0,1	+1,5
Bulgarien	+3,4	+2,4	+0,4	-1,6	-0,5	+1,0
Dänemark	+2,7	+2,4	+0,5	+0,3	+0,6	+1,7
Kroatien	+2,2	+3,4	+2,3	+0,2	+0,1	+1,3
Polen	+3,9	+3,7	+0,8	+0,1	-0,4	+1,1
Rumänien	+5,8	+3,4	+3,2	+1,4	+0,2	+0,9
Schweden	+1,4	+0,9	+0,4	+0,2	+0,7	+1,6
Tschechien	+2,1	+3,5	+1,4	+0,4	+0,2	+1,4
Ungarn	+3,9	+5,7	+1,7	+0,0	+0,0	+2,5
Vereinigtes Königreich	+4,5	+2,8	+2,6	+1,5	+0,4	+1,6
EU	+3,1	+2,6	+1,5	+0,6	+0,1	+1,5
USA	+3,1	+2,1	+1,5	+1,6	+0,4	+2,2
Japan	-0,3	+0,0	+0,4	+2,7	+0,5	+0,9

Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2015.

Stand: Mai 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung								
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	8,2	7,9	11,2	7,0	5,4	5,2	5,0	4,6	4,4
Belgien	9,7	6,9	8,5	8,3	7,6	8,4	8,5	8,4	8,1
Estland	-	14,6	8,0	16,7	10,0	8,6	7,4	6,2	5,8
Finnland	15,4	9,8	8,4	8,4	7,7	8,2	8,7	9,1	9,0
Frankreich	10,2	8,6	8,9	9,3	9,8	10,3	10,3	10,3	10,0
Griechenland	-	11,2	10,0	12,7	24,5	27,5	26,5	25,4	23,2
Irland	12,3	4,2	4,4	13,9	14,7	13,1	11,3	9,6	9,2
Italien	11,2	10,0	7,7	8,4	10,7	12,1	12,7	12,4	12,4
Lettland	-	14,3	10,0	19,5	15,0	11,9	10,8	10,4	9,4
Litauen	-	16,4	8,3	17,8	13,4	11,8	10,7	9,9	9,1
Luxemburg	2,9	2,2	4,6	4,6	5,1	5,9	5,9	5,7	5,4
Malta	-	6,7	6,9	6,9	6,3	6,4	5,9	5,9	5,9
Niederlande	8,3	3,7	5,9	5,0	5,8	7,3	7,4	7,1	6,9
Österreich	4,2	3,9	5,6	4,8	4,9	5,4	5,6	5,8	5,7
Portugal	7,9	5,1	8,8	12,0	15,8	16,4	14,1	13,4	12,6
Slowakei	-	18,9	16,4	14,5	14,0	14,2	13,2	12,1	10,8
Slowenien	-	6,7	6,5	7,3	8,9	10,1	9,7	9,4	9,2
Spanien	20,7	11,9	9,2	19,9	24,8	26,1	24,5	22,4	20,5
Zypern	-	4,8	5,3	6,3	11,9	15,9	16,1	16,2	15,2
Euroraum	-	8,9	9,1	10,2	11,4	12,0	11,6	11,0	10,5
Bulgarien	-	16,4	10,1	10,3	12,3	13,0	11,4	10,4	9,8
Dänemark	6,7	4,3	4,8	7,5	7,5	7,0	6,6	6,2	5,9
Kroatien	-	15,8	13,0	11,7	16,0	17,3	17,3	17,0	16,6
Polen	-	16,1	17,9	9,7	10,1	10,3	9,0	8,4	7,9
Rumänien	-	7,6	7,1	7,0	6,8	7,1	6,8	6,6	6,4
Schweden	8,8	5,6	7,7	8,6	8,0	8,0	7,9	7,7	7,6
Tschechien	4,0	8,8	7,9	7,3	7,0	7,0	6,1	5,6	5,5
Ungarn	-	6,3	7,2	11,2	11,0	10,2	7,7	6,8	6,0
Vereinigtes Königreich	8,5	5,4	4,8	7,8	7,9	7,6	6,1	5,4	5,3
EU	-	8,9	9,0	9,6	10,5	10,9	10,2	9,6	9,2
USA	5,6	4,0	5,1	9,6	8,1	7,4	6,2	5,4	5,0
Japan	3,1	4,7	4,4	5,0	4,3	4,0	3,6	3,6	3,5

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Eurostat.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2015.

Stand: Mai 2015.

Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	2013	2014	2015 ¹	2016 ¹	2013	2014	2015 ¹	2016 ¹	2013	2014	2015 ¹	2016 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+2,2	+1,0	-2,6	+0,3	+6,4	+8,1	+16,8	+9,4	0,6	2,2	2,5	3,7
darunter												
Russische Föderation	+1,3	+0,6	-3,8	-1,1	+6,8	+7,8	+17,9	+9,8	1,6	3,1	5,4	6,3
Ukraine	+0,0	-6,8	-5,5	+2,0	-0,3	+12,1	+33,5	+10,6	-9,2	-4,0	-1,4	-1,3
Asien	+7,0	+6,8	+6,6	+6,4	+4,8	+3,5	+3,0	+3,1	1,0	1,3	2,1	2,0
darunter												
China	+7,8	+7,4	+6,8	+6,3	+2,6	+2,0	+1,2	+1,5	1,9	2,0	3,2	3,2
Indien	+6,9	+7,2	+7,5	+7,5	+10,0	+6,0	+6,1	+5,7	-1,7	-1,4	-1,3	-1,6
Indonesien	+5,6	+5,0	+5,2	+5,5	+6,4	+6,4	+6,8	+5,8	-3,2	-3,0	-3,0	-2,9
Malaysia	+4,7	+6,0	+4,8	+4,9	+2,1	+3,1	+2,7	+3,0	4,0	4,6	2,1	1,4
Thailand	+2,9	+0,7	+3,7	+4,0	+2,2	+1,9	+0,3	+2,4	-0,6	3,8	4,4	2,4
Lateinamerika	+2,9	+1,3	+0,9	+2,0	+7,1	.	.	.	-2,8	-2,8	-3,2	-3,0
darunter												
Argentinien	+2,9	+0,5	-0,3	+0,1	+10,6	.	+18,6	+23,2	-0,8	-0,9	-1,7	-1,8
Brasilien	+2,7	+0,1	-1,0	+1,0	+6,2	+6,3	+7,8	+5,9	-3,4	-3,9	-3,7	-3,4
Chile	+4,3	+1,8	+2,7	+3,3	+1,9	+4,4	+3,0	+3,0	-3,7	-1,2	-1,2	-2,0
Mexiko	+1,4	+2,1	+3,0	+3,3	+3,8	+4,0	+3,2	+3,0	-2,4	-2,1	-2,2	-2,2
Sonstige												
Türkei	+4,1	+2,9	+3,1	+3,6	+7,5	+8,9	+6,6	+6,5	-7,9	-5,7	-4,2	-4,8
Südafrika	+2,2	+1,5	+2,0	+2,1	+5,8	+6,1	+4,5	+5,6	-5,8	-5,4	-4,6	-4,7

¹Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2015.

Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15. Oktober 2015	2014	zu Ende 2014	2014 / 2015	2014 / 2015
Dow Jones	17 142	17 823	-3,82	15 373	18 312
Euro Stoxx 50	3 239	3 146	2,95	2 875	3 829
Dax	10 065	9 806	2,64	8 572	12 375
CAC 40	4 675	4 273	9,41	3 919	5 269
Nikkei	18 097	17 451	3,70	13 910	20 868
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	15. Oktober 2015	2014	US-Bond	2014 / 2015	2014 / 2015
USA	2,03	2,18	-	1,65	3,02
Deutschland	0,55	0,54	-1,48	0,08	1,96
Japan	0,32	0,33	-1,71	0,21	0,73
Vereinigtes Königreich	1,77	1,76	-0,26	1,33	3,08
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15. Oktober 2015	2014	zu Ende 2014	2014 / 2015	2014 / 2015
US-Dollar/Euro	1,14	1,21	-5,46	1,06	1,40
Yen/US-Dollar	118,87	119,68	-0,68	100,97	125,61
Yen/Euro	135,23	145,23	-6,89	126,52	149,03
Pfund/Euro	0,74	0,78	-5,17	0,70	0,84

Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

 Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
 G7-Länder/Euroraum/EU-28

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Deutschland												
EU-KOM	+0,1	+1,6	+1,9	+2,0	+1,6	+0,8	+0,3	+1,8	5,2	5,0	4,6	4,4
OECD	+0,2	+1,5	+1,1	+1,8	+1,6	+0,9	+1,2	+1,7	5,3	5,1	5,1	5,1
IWF	+0,4	+1,6	+1,5	+1,6	+1,6	+0,8	+0,2	+1,2	5,2	5,0	4,7	4,7
USA												
EU-KOM	+2,2	+2,4	+3,1	+3,0	+1,5	+1,6	+0,4	+2,2	7,4	6,2	5,4	5,0
OECD	+2,2	+2,2	+3,1	+3,0	+1,5	+1,7	+1,4	+2,0	7,4	6,2	5,6	5,3
IWF	+1,5	+2,4	+2,6	+2,8	+1,5	+1,6	+0,1	+1,1	7,4	6,2	5,3	4,9
Japan												
EU-KOM	+1,6	+0,0	+1,1	+1,4	+0,4	+2,7	+0,5	+0,9	4,0	3,6	3,6	3,5
OECD	+1,5	+0,4	+0,8	+1,0	+0,4	+2,9	+1,8	+1,6	4,0	3,6	3,5	3,5
IWF	+1,6	-0,1	+0,6	+1,0	+0,4	+2,7	+0,7	+0,4	4,0	3,6	3,5	3,5
Frankreich												
EU-KOM	+0,3	+0,4	+1,1	+1,7	+1,0	+0,6	+0,0	+1,0	10,3	10,3	10,3	10,0
OECD	+0,4	+0,4	+0,8	+1,5	+1,0	+0,6	+0,5	+0,9	9,9	9,9	10,1	10,0
IWF	+0,7	+0,2	+1,2	+1,5	+1,0	+0,6	+0,1	+1,0	10,3	10,3	10,2	9,9
Italien												
EU-KOM	-1,7	-0,4	+0,6	+1,4	+1,3	+0,2	+0,2	+1,8	12,1	12,7	12,4	12,4
OECD	-1,9	-0,4	+0,2	+1,0	+1,3	+0,1	-0,0	+0,6	12,2	12,4	12,3	12,1
IWF	-1,7	-0,4	+0,8	+1,3	+1,3	+0,2	+0,2	+0,7	12,2	12,7	12,2	11,9
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+1,7	+2,8	+2,6	+2,4	+2,6	+1,5	+0,4	+1,6	7,6	6,1	5,4	5,3
OECD	+1,7	+3,0	+2,7	+2,5	+2,6	+1,6	+1,8	+2,1	7,6	6,2	5,6	5,4
IWF	+1,7	+3,0	+2,5	+2,2	+2,6	+1,5	+0,1	+1,5	7,6	6,2	5,6	5,5
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,0	+2,4	+2,6	+2,4	+1,0	+2,0	+1,6	+1,9	7,1	6,9	6,5	6,3
IWF	+2,0	+2,4	+1,0	+1,7	+1,0	+1,9	+1,0	+1,6	7,1	6,9	6,8	6,8
Euroraum												
EU-KOM	-0,4	+0,9	+1,5	+1,9	+1,4	+0,4	+0,1	+1,5	12,0	11,6	11,0	10,5
OECD	-0,4	+0,8	+1,1	+1,7	+1,3	+0,5	+0,6	+1,0	11,9	11,4	11,1	10,8
IWF	-0,3	+0,9	+1,5	+1,6	+1,3	+0,4	+0,2	+1,0	12,0	11,6	11,0	10,5
EU-28												
EU-KOM	+0,0	+1,4	+1,8	+2,1	+1,5	+0,6	+0,1	+1,5	10,9	10,2	9,6	9,2
IWF	+0,2	+1,5	+1,9	+1,9	+1,5	+0,5	+0,1	+1,1	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

Stand: Oktober 2015.

Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

 noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
 Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Belgien												
EU-KOM	+0,3	+1,0	+1,1	+1,5	+1,2	+0,5	+0,3	+1,3	8,4	8,5	8,4	8,1
OECD	+0,3	+1,0	+1,4	+1,7	+1,2	+0,6	+0,7	+1,2	8,4	8,5	8,4	8,1
IWF	+0,3	+1,1	+1,3	+1,5	+1,2	+0,5	+0,7	+1,1	8,4	8,5	8,5	8,3
Estland												
EU-KOM	+1,6	+2,1	+2,3	+2,9	+3,2	+0,5	+0,2	+1,9	8,6	7,4	6,2	5,8
OECD	+1,6	+2,0	+2,4	+3,4	+3,2	+0,5	+0,9	+1,7	8,6	7,4	7,0	6,6
IWF	+1,6	+2,9	+2,0	+2,9	+3,2	+0,5	+0,2	+1,6	8,6	7,4	6,8	6,5
Finnland												
EU-KOM	-1,3	-0,1	+0,3	+1,0	+2,2	+1,2	+0,2	+1,3	8,2	8,7	9,1	9,0
OECD	-1,2	-0,2	+0,9	+1,3	+2,2	+1,3	+1,4	+1,2	8,2	8,5	8,6	8,5
IWF	-1,1	-0,4	+0,4	+0,9	+2,2	+1,2	+0,0	+1,3	8,1	8,7	9,5	9,5
Griechenland												
EU-KOM	-3,9	+0,8	+0,5	+2,9	-0,9	-1,4	-1,5	+0,8	27,5	26,5	25,4	23,2
OECD	-4,0	+0,8	+2,3	+3,3	-0,9	-1,0	-0,7	-0,3	27,5	26,4	25,2	24,1
IWF	-3,9	+0,8	-2,3	-1,3	-1,2	-1,5	-0,4	+0,0	27,5	26,5	26,8	27,1
Irland												
EU-KOM	+0,2	+4,8	+3,6	+3,5	+0,5	+0,3	+0,4	+1,5	13,1	11,3	9,6	9,2
OECD	+0,2	+4,3	+3,3	+3,2	+0,5	+0,2	+0,5	+1,2	13,0	11,5	10,5	9,9
IWF	+1,4	+5,2	+4,8	+3,8	+0,5	+0,3	+0,2	+1,5	13,0	11,3	9,6	8,5
Lettland												
EU-KOM	+4,2	+2,4	+2,3	+3,2	+0,0	+0,7	+0,7	+2,2	11,9	10,8	10,4	9,4
OECD	+4,2	+2,5	+3,2	+3,9	+0,0	+0,8	+1,9	+2,3	11,9	10,9	9,7	8,8
IWF	+4,2	+2,4	+2,2	+3,3	+0,0	+0,7	+0,4	+1,8	11,9	10,8	10,4	10,2
Litauen¹												
EU-KOM	+3,3	+2,9	+2,8	+3,3	+1,2	+0,2	-0,4	+1,7	11,8	10,7	9,9	9,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,3	+3,0	+1,8	+2,6	+1,2	+0,2	-0,4	+1,6	11,8	10,7	10,6	10,0
Luxemburg												
EU-KOM	+2,0	+3,1	+3,4	+3,5	+1,7	+0,7	+0,8	+2,1	5,9	5,9	5,7	5,4
OECD	+2,0	+3,1	+2,2	+2,6	+1,7	+0,9	+1,2	+1,5	6,9	7,1	7,2	7,2
IWF	+4,4	+5,6	+4,4	+3,4	+1,7	+0,7	+0,3	+1,6	6,9	7,2	6,9	6,8
Malta												
EU-KOM	+2,7	+3,5	+3,6	+3,2	+1,0	+0,8	+1,3	+1,9	6,4	5,9	5,9	5,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,4	+3,5	+3,4	+3,5	+1,0	+0,8	+1,0	+1,4	6,4	5,9	5,7	5,5
Niederlande												
EU-KOM	-0,7	+0,9	+1,6	+1,7	+2,6	+0,3	+0,2	+1,3	7,3	7,4	7,1	6,9
OECD	-0,7	+0,8	+1,4	+1,6	+2,6	+0,4	+0,8	+0,9	6,5	6,8	6,6	6,2
IWF	-0,5	+1,0	+1,8	+1,9	+2,6	+0,3	+1,0	+1,3	7,3	7,4	7,2	7,0

¹ Seit 1. Januar 2015 Mitglied im Euroraum.

Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
 Übrige Länder des Euroraums**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Österreich												
EU-KOM	+0,2	+0,3	+0,8	+1,5	+2,1	+1,5	+0,8	+1,9	5,4	5,6	5,8	5,7
OECD	+0,3	+0,5	+0,9	+1,6	+2,1	+1,5	+1,6	+1,9	5,0	5,0	5,2	5,1
IWF	+0,3	+0,4	+0,8	+1,6	+2,1	+1,5	+1,0	+1,7	5,3	5,6	5,8	5,6
Portugal												
EU-KOM	-1,6	+0,9	+1,6	+1,8	+0,4	-0,2	+0,2	+1,3	16,4	14,1	13,4	12,6
OECD	-1,4	+0,8	+1,3	+1,5	+0,4	-0,2	+0,2	+0,4	16,2	13,7	12,8	12,4
IWF	-1,6	+0,9	+1,6	+1,5	+0,4	-0,2	+0,6	+1,3	16,2	13,9	12,3	11,3
Slowakei												
EU-KOM	+1,4	+2,4	+3,0	+3,4	+1,5	-0,1	-0,2	+1,4	14,2	13,2	12,1	10,8
OECD	+1,4	+2,6	+2,8	+3,4	+1,5	-0,0	+1,0	+1,2	14,2	13,4	12,8	12,2
IWF	+1,4	+2,4	+3,2	+3,6	+1,5	-0,1	-0,1	+1,4	14,3	13,2	11,9	11,1
Slowenien												
EU-KOM	-1,0	+2,6	+2,3	+2,1	+1,9	+0,4	+0,1	+1,7	10,1	9,7	9,4	9,2
OECD	-1,0	+2,1	+1,4	+2,2	+1,9	+0,4	+0,6	+1,0	10,1	9,9	10,0	9,3
IWF	-1,1	+3,0	+2,3	+1,8	+1,8	+0,2	-0,4	+0,7	10,1	9,7	8,7	8,1
Spanien												
EU-KOM	-1,2	+1,4	+2,8	+2,6	+1,5	-0,2	-0,6	+1,1	26,1	24,5	22,4	20,5
OECD	-1,2	+1,3	+1,7	+1,9	+1,5	-0,1	+0,1	+0,5	26,1	24,5	23,1	21,9
IWF	-1,2	+1,4	+3,1	+2,5	+1,4	-0,2	-0,3	+0,9	26,1	24,5	21,8	19,9
Zypern												
EU-KOM	-5,4	-2,3	-0,5	+1,4	+0,4	-0,3	-0,8	+0,9	15,9	16,1	16,2	15,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,4	-2,3	+0,5	+1,4	+0,4	-0,3	-1,0	+0,9	15,9	16,1	16,0	15,0

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

Stand: Oktober 2015.


 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

 noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
 Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Bulgarien												
EU-KOM	+1,1	+1,7	+1,0	+1,3	+0,4	-1,6	-0,5	+1,0	13,0	11,4	10,4	9,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,1	+1,7	+1,7	+1,9	+0,4	-1,6	-0,8	+0,6	13,0	11,5	10,3	9,7
Dänemark												
EU-KOM	-0,5	+1,1	+1,8	+2,1	+0,5	+0,3	+0,6	+1,7	7,0	6,6	6,2	5,9
OECD	-0,1	+0,8	+1,4	+1,8	+0,8	+0,5	+0,7	+1,2	7,0	6,6	6,3	6,1
IWF	-0,5	+1,1	+1,6	+2,0	+0,8	+0,6	+0,5	+1,8	7,0	6,5	6,2	6,0
Kroatien												
EU-KOM	-0,9	-0,4	+0,3	+1,2	+2,3	+0,2	+0,1	+1,3	17,3	17,3	17,0	16,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,1	-0,4	+0,8	+1,0	+2,2	-0,2	-0,4	+1,1	17,0	17,1	16,6	16,1
Polen												
EU-KOM	+1,7	+3,4	+3,3	+3,4	+0,8	+0,1	-0,4	+1,1	10,3	9,0	8,4	7,9
OECD	+1,7	+3,3	+3,0	+3,5	+1,0	+0,1	+0,6	+1,6	10,3	9,2	8,6	8,2
IWF	+1,7	+3,4	+3,5	+3,5	+0,9	-0,0	-0,8	+1,0	10,3	9,0	7,5	7,2
Rumänien												
EU-KOM	+3,4	+2,8	+2,8	+3,3	+3,2	+1,4	+0,2	+0,9	7,1	6,8	6,6	6,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,4	+2,8	+3,4	+3,9	+4,0	+1,1	-0,4	-0,2	7,1	6,8	6,9	6,8
Schweden												
EU-KOM	+1,3	+2,1	+2,5	+2,8	+0,4	+0,2	+0,7	+1,6	8,0	7,9	7,7	7,6
OECD	+1,5	+2,1	+2,8	+3,1	-0,0	-0,1	+0,8	+1,5	8,0	7,9	7,5	7,3
IWF	+1,3	+2,3	+2,8	+3,0	+0,4	+0,2	+0,5	+1,1	8,0	7,9	7,7	7,6
Tschechien												
EU-KOM	-0,7	+2,0	+2,5	+2,6	+1,4	+0,4	+0,2	+1,4	7,0	6,1	5,6	5,5
OECD	-0,7	+2,4	+2,3	+2,7	+1,4	+0,3	+1,1	+1,8	6,9	6,3	6,2	6,0
IWF	-0,5	+2,0	+3,9	+2,6	+1,4	+0,4	+0,4	+1,5	7,0	6,1	5,2	4,9
Ungarn												
EU-KOM	+1,5	+3,6	+2,8	+2,2	+1,7	+0,0	+0,0	+2,5	10,2	7,7	6,8	6,0
OECD	+1,5	+3,3	+2,1	+1,7	+1,7	-0,1	+2,0	+3,0	10,2	7,8	7,6	7,6
IWF	+1,5	+3,6	+3,0	+2,5	+1,7	-0,2	+0,3	+2,3	10,2	7,8	7,3	7,0

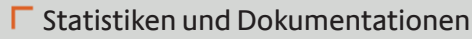
Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

Stand: Oktober 2015.


 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
G7-Länder/Euroraum/EU-28**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Deutschland												
EU-KOM	0,1	0,7	0,6	0,5	77,1	74,7	71,5	68,2	6,9	7,6	7,9	7,7
OECD	0,1	0,2	0,0	0,2	76,7	74,3	71,1	69,5	6,8	7,4	7,2	6,7
IWF	0,1	0,3	0,5	0,3	77,0	74,6	70,7	68,2	6,4	7,4	8,5	8,0
USA												
EU-KOM	-5,6	-4,9	-4,2	-3,8	104,7	104,8	104,9	104,7	-2,5	-2,6	-2,2	-2,4
OECD	-5,7	-5,1	-4,3	-4,0	109,2	109,7	110,1	110,0	-2,4	-2,2	-1,7	-1,7
IWF	-4,7	-4,1	-3,8	-3,6	104,8	104,8	104,9	106,0	-2,3	-2,2	-2,6	-3,0
Japan												
EU-KOM	-8,5	-7,8	-7,1	-6,5	243,2	247,0	250,8	251,9	0,7	0,6	1,4	1,7
OECD	-9,0	-8,3	-7,3	-6,3	224,2	230,0	233,8	236,7	0,7	0,1	0,9	1,4
IWF	-8,5	-7,3	-5,9	-4,5	242,6	246,2	245,9	247,8	0,8	0,5	3,0	3,0
Frankreich												
EU-KOM	-4,1	-4,0	-3,8	-3,5	92,3	95,0	96,4	97,0	-2,0	-1,7	-0,9	-1,2
OECD	-4,1	-4,4	-4,3	-4,1	92,2	95,8	99,3	101,8	-1,4	-1,7	-1,4	-1,1
IWF	-4,1	-4,0	-3,8	-3,4	92,3	95,6	97,1	98,0	-0,8	-0,9	-0,2	-0,4
Italien												
EU-KOM	-2,9	-3,0	-2,6	-2,0	128,5	132,1	133,1	130,6	0,9	2,0	2,2	2,2
OECD	-2,8	-3,0	-2,8	-2,1	127,9	130,6	132,8	133,5	1,0	1,5	1,8	2,1
IWF	-2,9	-3,0	-2,7	-2,0	128,5	132,1	133,1	132,3	0,9	1,9	2,0	2,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-5,7	-5,7	-4,5	-3,1	87,3	89,4	89,9	90,1	-4,5	-5,5	-4,9	-4,1
OECD	-5,6	-5,5	-4,4	-3,1	85,3	87,9	89,5	90,0	-4,2	-4,8	-4,6	-4,4
IWF	-5,7	-5,7	-4,2	-2,8	87,3	89,4	88,9	88,0	-4,5	-5,9	-4,7	-4,3
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-2,7	-2,0	-1,8	-1,4	92,9	93,9	94,3	94,0	-3,2	-2,6	-2,8	-2,3
IWF	-2,7	-1,6	-1,7	-1,3	87,7	87,9	90,4	89,4	-3,0	-2,1	-2,9	-2,3
Euroraum												
EU-KOM	-2,9	-2,4	-2,0	-1,7	93,2	94,2	94,0	92,5	2,5	3,0	3,5	3,4
OECD	-2,9	-2,6	-2,3	-1,9	93,3	94,3	94,6	94,7	2,8	3,0	3,1	3,2
IWF	-2,9	-2,4	-2,0	-1,7	93,1	94,2	93,7	92,8	1,8	2,0	3,2	3,0
EU-28												
EU-KOM	-3,2	-2,9	-2,5	-2,0	87,3	88,6	88,0	86,9	1,5	1,6	1,9	1,9
IWF	-3,1	-2,9	-2,5	-2,0	86,9	88,1	87,7	86,9	1,7	1,7	2,2	2,1

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

Stand: Oktober 2015.


Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Belgien												
EU-KOM	-2,9	-3,2	-2,6	-2,4	104,0	106,5	106,5	106,4	-1,5	0,4	2,1	2,2
OECD	-2,9	-2,9	-2,1	-1,3	104,6	106,1	106,4	105,0	0,1	0,2	0,6	1,0
IWF	-2,9	-3,2	-2,8	-2,3	104,4	106,6	106,7	106,2	-0,2	1,6	2,1	2,1
Estland												
EU-KOM	-0,2	0,6	-0,2	-0,1	10,1	10,6	10,3	9,8	-0,4	0,1	-0,3	-0,5
OECD	-0,5	-0,3	-0,3	-0,2	10,1	9,5	8,8	8,0	-1,4	0,1	0,0	-0,2
IWF	-0,5	0,6	-0,7	-0,5	9,9	10,4	10,8	10,8	-1,1	0,1	0,6	0,3
Finnland												
EU-KOM	-2,5	-3,2	-3,3	-3,2	55,8	59,3	62,6	64,8	-1,9	-1,8	-0,7	-0,4
OECD	-2,4	-2,6	-2,1	-1,8	56,0	59,0	60,8	62,4	-1,4	-1,6	-1,1	-0,8
IWF	-2,5	-3,2	-3,2	-2,8	55,6	59,0	61,9	64,0	-1,8	-1,9	-1,1	-0,8
Griechenland												
EU-KOM	-12,3	-3,5	-2,1	-2,2	175,0	177,1	180,2	173,5	-2,3	-2,2	-1,6	-1,3
OECD	-12,2	-1,1	-0,5	0,2	175,1	176,1	174,3	171,4	0,8	1,2	1,0	1,8
IWF	-2,9	-3,9	-4,2	-3,6	175,0	177,1	197,0	206,6	0,6	0,9	0,7	1,5
Irland												
EU-KOM	-5,8	-4,1	-2,8	-2,9	123,2	109,7	107,1	103,8	4,4	6,2	5,7	5,3
OECD	-5,7	-3,7	-2,9	-2,7	123,4	111,0	109,4	106,7	4,4	5,2	6,0	6,4
IWF	-5,6	-4,0	-2,0	-1,3	120,0	107,6	100,6	95,9	3,1	3,6	3,2	3,0
Lettland												
EU-KOM	-0,7	-1,4	-1,4	-1,6	38,2	40,0	37,3	40,4	-2,0	-2,9	-2,3	-3,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,6	-1,7	-1,4	-1,1	35,2	37,8	37,8	37,0	-2,3	-3,1	-1,7	-2,7
Litauen¹												
EU-KOM	-2,6	-0,7	-1,5	-0,9	38,8	40,9	41,7	37,3	1,5	0,6	-0,2	-1,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,6	-0,7	-1,2	-1,4	38,8	40,9	38,8	38,5	1,6	0,1	-2,2	-2,4
Luxemburg												
EU-KOM	0,9	0,6	0,0	0,3	24,0	23,6	24,9	25,3	4,9	5,3	4,6	4,6
OECD	0,6	0,9	0,2	0,5	23,6	24,4	25,9	27,1	4,9	5,1	4,0	4,0
IWF	0,8	0,6	0,1	0,5	23,0	22,1	22,8	23,2	4,7	5,1	5,6	5,6
Malta												
EU-KOM	-2,6	-2,1	-1,8	-1,5	69,2	68,0	67,2	65,4	3,0	2,9	0,6	0,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,6	-2,1	-1,7	-1,4	69,8	68,5	67,2	66,9	3,2	3,3	1,5	1,3
Niederlande												
EU-KOM	-2,3	-2,3	-1,7	-1,2	68,6	68,8	69,9	68,9	8,5	9,9	9,0	9,4
OECD	-2,3	-2,6	-2,3	-2,2	68,9	69,8	70,1	71,2	10,2	10,7	10,9	11,3
IWF	-2,2	-2,3	-2,1	-1,8	67,6	67,9	67,6	65,6	10,8	10,2	9,6	9,2

¹ Seit 1. Januar 2015 Mitglied im Euroraum.



Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Osterreich												
EU-KOM	-1,3	-2,4	-2,0	-2,0	80,9	84,5	87,0	85,8	2,3	2,3	2,4	2,4
OECD	-1,5	-3,0	-2,2	-1,8	81,2	86,1	85,1	84,4	2,6	1,6	1,7	1,6
IWF	-1,3	-2,4	-2,0	-1,7	80,8	84,5	86,7	85,6	1,0	0,7	1,6	1,7
Portugal												
EU-KOM	-4,8	-4,5	-3,1	-2,8	129,7	130,2	124,4	123,0	0,9	0,5	1,2	1,4
OECD	-4,9	-4,9	-2,9	-2,3	124,8	127,2	128,1	127,6	0,5	-0,4	0,4	0,9
IWF	-4,8	-4,5	-3,1	-2,7	129,7	130,2	127,8	125,0	1,4	0,6	0,7	1,6
Slowakei												
EU-KOM	-2,6	-2,9	-2,7	-2,5	54,6	53,6	53,4	53,5	0,8	1,9	1,8	0,7
OECD	-2,6	-2,9	-2,6	-2,2	54,6	54,4	54,6	54,8	2,1	0,9	1,1	1,5
IWF	-2,6	-2,9	-2,5	-2,6	54,6	53,6	53,3	53,6	1,5	0,1	0,1	0,1
Slowenien												
EU-KOM	-14,9	-4,9	-2,9	-2,8	70,3	80,9	81,5	81,7	4,8	5,3	5,4	5,6
OECD	-14,6	-4,4	-2,9	-2,4	70,4	74,4	77,0	78,9	5,8	5,4	6,0	6,5
IWF	-13,9	-5,8	-3,7	-5,3	70,5	80,8	81,8	82,7	5,6	7,0	6,7	6,2
Spanien												
EU-KOM	-6,8	-5,8	-4,5	-3,5	92,1	97,7	100,4	101,4	1,5	0,6	1,2	1,0
OECD	-6,8	-5,5	-4,4	-3,3	92,1	96,7	99,5	100,9	1,4	0,7	0,8	0,9
IWF	-6,8	-5,8	-4,4	-3,2	92,1	97,7	98,6	98,8	1,4	0,8	0,9	1,1
Zypern												
EU-KOM	-4,9	-8,8	-1,1	-0,1	102,2	107,5	106,7	108,4	-2,0	-4,0	-3,9	-4,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,4	-0,2	-1,3	0,1	102,2	107,5	106,4	98,4	-1,6	-4,5	-4,2	-3,8


Quellen:

EU-KOM:Frühjahrsprognose, Mai 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

Stand: Oktober 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Bulgarien												
EU-KOM	-0,9	-2,8	-2,9	-2,9	18,3	27,6	29,8	31,2	1,6	0,9	1,3	1,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,8	-3,7	-2,0	-1,6	17,6	26,9	28,6	29,6	2,3	0,0	1,0	0,2
Dänemark												
EU-KOM	-1,1	1,2	-1,5	-2,6	45,0	45,2	39,5	39,2	7,2	6,2	6,1	6,2
OECD	-0,7	-1,7	-2,2	-2,3	45,0	46,6	48,7	50,7	7,1	6,2	6,9	7,0
IWF	-1,1	1,8	-2,7	-2,8	45,0	45,2	47,0	48,0	7,2	6,3	7,0	7,2
Kroatien												
EU-KOM	-5,4	-5,7	-5,6	-5,7	80,6	85,0	90,5	93,9	0,1	0,6	2,0	3,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,4	-5,7	-5,1	-4,4	80,8	85,1	89,3	91,8	0,8	0,7	1,7	1,5
Polen												
EU-KOM	-4,0	-3,2	-2,8	-2,6	55,7	50,1	50,9	50,8	-1,3	-1,4	-1,8	-2,2
OECD	-4,0	-3,3	-2,9	-2,6	56,1	49,4	50,9	51,7	-1,4	-0,9	-1,4	-1,5
IWF	-4,0	-3,2	-2,8	-2,5	55,7	50,1	51,1	51,0	-1,3	-1,3	-0,5	-1,0
Rumänien												
EU-KOM	-2,2	-1,5	-1,6	-3,5	38,0	39,8	40,1	42,4	-1,2	-0,5	-0,8	-1,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,5	-1,9	-1,8	-2,6	38,8	40,6	40,9	41,5	-0,8	-0,4	-0,7	-1,5
Schweden												
EU-KOM	-1,4	-1,9	-1,5	-1,0	38,7	43,9	44,2	43,4	6,9	5,8	5,8	5,6
OECD	-1,3	-1,7	-1,3	-0,6	39,0	40,8	41,2	42,9	6,6	5,3	5,0	5,1
IWF	-1,4	-1,9	-1,4	-0,7	38,7	43,8	43,9	42,6	6,7	6,2	6,7	6,7
Tschechien												
EU-KOM	-1,2	-2,0	-2,0	-1,5	45,0	42,6	41,5	41,6	-2,2	-0,9	0,4	0,7
OECD	-1,3	-1,4	-2,1	-1,5	45,7	44,5	45,0	44,8	-1,4	-0,1	0,1	0,2
IWF	-1,2	-2,0	-1,8	-1,1	45,1	42,6	40,6	40,0	-0,5	0,6	1,7	1,2
Ungarn												
EU-KOM	-2,5	-2,6	-2,5	-2,2	77,3	76,9	75,0	73,5	4,2	4,4	5,5	6,2
OECD	-2,4	-2,9	-2,6	-2,5	77,3	76,6	76,7	75,7	4,2	3,9	4,4	4,7
IWF	-2,5	-2,6	-2,7	-2,3	77,3	77,0	75,3	74,2	4,0	4,0	5,0	4,3

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

Stand: Oktober 2015.



Die vor Ihnen liegende gedruckte Fassung des Monatsberichts ist unter www.bundesfinanzministerium.de verfügbar. Neben den vorliegenden Inhalten enthält die Online-Version auch den Teil „Statistiken und Dokumentationen“. Darüber hinaus stehen Ihnen mit der elektronischen Fassung viele komfortable Funktionen zum Umgang mit dem Monatsbericht zur Verfügung.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

Redaktion

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Stand

Oktober 2015

Lektorat, Satz und Gestaltung

heimbüchel pr
kommunikation und publizistik GmbH,
Köln

Bildnachweis

BMF/ Jörg Rüger

Publikationsbestellung

Tel: 03018 272 2721
Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de
www.ministere-federal-des-finances.de
www.federal-ministry-of-finance.de
www.stabiler-euro.de
www.bundeshaushalt-info.de
www.finanzforscher.de
www.bundesfinanzministerium.de/APP
www.youtube.com/finanzministeriumtv
www.twitter.com/bmf_bund

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.